

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Wierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechs-spaltige Kolonne
jede oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 27. Februar 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Wie die preussische Regierung den Arbeitslosen hilft.

Bei der Beratung unserer Arbeitslosigkeits-Interpellation im Reichstage wies Graf Posadowsky auf die seitens der Einzelstaaten in Aussicht stehenden Maßnahmen hin, durch welche den Arbeitslosen Beschäftigung und Brot verschafft werden solle.

Da endlich kommt die preussische Regierung den Arbeitslosen mit einer Maßnahme zu Hilfe und geht so den übrigen deutschen Regierungen mit löblichem Beispiel voran! Die Maßnahme geht bezeichnenderweise von dem preussischen Polizeiminister aus, der unserm Minister der Reichs-Socialreform in der „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ beibringt.

Seit einiger Zeit bemerkt die Polizei und das honette Bürgertum die durch die Arbeitslosigkeit erzeugte schreckliche Not an der zunehmenden „Bettelpilger“. In den Straßen der Großstädte sieht man scharenweise heruntergekommene Gestalten dahinstreichen, Proletarier, denen schon seit Monaten die Arie das durch Arbeit erworbene Stück Brot aus der Hand geschlagen hat und die nun verkommen und untergehen.

So hat das erschreckende Anwachsen der Arbeitslosen-Armee, des „Bettels“ und der „Vagabondage“, den preussischen Polizeiminister zu einer „socialpolitischen“ Maßnahme veranlaßt, die so recht zeigt, wie Staat und Gesellschaft den Arbeitslosen „helfen“ und wie sie, anstatt auf des Nebels Abhilfe zu hoffen, sich darauf beschränken, die aufgedröhene sociale Wunde möglichst zu bedecken.

Das ist alles, was der preussische Staat für die Arbeitslosen thut! Uns aber ist das Vorgehen des Polizeiministers in Preußen nur ein Beweis, wie unheimlich groß die Armeearbeitsloser Proletarier bereits angeschwollen ist.

Die Annahme des Zollkompromisses.

In der Mittwoch-Sitzung, die mit einstündiger Mittagspause von 10 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags dauerte, ist die Entscheidung über die Minimalzölle und damit zugleich über das Tarifgesetz und die ersten vier Stellen des Tarifs (Hoggen, Weizen und Spelz, Gerste und Hafer) gefallen.

Jetzt muß der preussische Polizeiminister nachdrücklich zureden, damit die Verpflegungsstationen in Stand gesetzt werden. Den Orts-Armenverbänden liege an sich die vorläufige Unterstützungspflicht ob, das ergebe die Rechtsprechung des Bundesamts für das Heimatwesen.

behörden ihren Einfluß bei den Kreisen und Gemeinden mit Nachdruck geltend machen, daß die Stationen in Betrieb erhalten würden. Der Minister wünscht diese Einwirkung auf die Kreise und Gemeinden, namentlich für den Fall, daß die Wiederherstellung eines vollständigen Stationsnetzes geboten erscheinen würde.

Auch weiterhin zeigt der Erlaß des preussischen Polizeiministers, daß man mit einer Steigerung der industriellen Reserve-Armee auf den Landstraßen rechnet. Es sei damit zu rechnen, so sagt die Verfügung, daß die anderweitige Unterbringung der Arbeitslosen durch die Arbeitsnachweise sich bei starkem Andrang nur langsam vollziehen könne, daß auch die Aufnahme aller nicht sofort unterzubringenden Arbeitslosen in die Arbeiterkolonien sich nicht immer würde durchführen lassen.

Das ist also des Pudels Kern bei den preussisch-polizeilichen Arbeitslosigkeits-Maßnahmen! Nicht um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an sich handelt es sich, sondern um eine polizeiliche Reglementierung und Kommandierung des Arbeitslosenstromes, damit es besser möglich ist, ihn durch Polizeibeamte und Gendarmen zu überwachen.

Uns aber ist das Vorgehen des Polizeiministers in Preußen nur ein Beweis, wie unheimlich groß die Armeearbeitsloser Proletarier bereits angeschwollen ist. Um so nachdrücklicher verlangen wir, daß die Staaten und das Reich aus ihrer thatenlosen Haltung heraustreten und mit durchgreifenden Mitteln der Arbeitslosigkeit entgegenwirken.

Die Annahme des Zollkompromisses.

In der Mittwoch-Sitzung, die mit einstündiger Mittagspause von 10 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags dauerte, ist die Entscheidung über die Minimalzölle und damit zugleich über das Tarifgesetz und die ersten vier Stellen des Tarifs (Hoggen, Weizen und Spelz, Gerste und Hafer) gefallen.

nahme für hohe Getreidezölle, selbst über die Zolltarif-Vorlage der Regierung hinaus, bietet reichlichen Agitationsstoff zur Aufklärung bis zu den Neuwahlen, deren Termin niemand voraussagen kann. Dem Centrum hat bislang bei Arbeitergelegen jedes unannehmbar der Regierung genügt, schleunigst auf die von ihm selbst als berechtigt und notwendig anerkannten Verbesserungen, z. B. beim Invaliditäts- und Unfallversicherungsgesetz zu verzichten.

Ein von der Mehrheit angenommener Schlusssatz schnitt den Zollgegnern, von denen auf der socialdemokratischen Seite noch Antritt und Mollenbuhr zum Wort gemeldet waren, das Wort ab. Das Vorgehen des Vorsitzenden rief den scharfen Protest der Linken hervor. Er versuchte dann dem Abg. Graf v. Schwerin, der selbst für den Schluß der Debatte gestimmt hatte, Gelegenheit zu einer neuen Rede zu geben.

Die erste Lesung über die noch ausstehenden 942 Zolltarifpositionen wird Donnerstag fortgesetzt.

In der Mittwoch-Sitzung berichtet zunächst Herr v. Wangenheim über eine Anzahl nachträglich eingegangener Petitionen, von denen einige die Erhöhung der Getreide- und Mehlzölle verlangen, die meisten aber sich gegen jede weitere Erhöhung der Lebensmittelzölle richten.

Alsdann wird in der Generaldebatte über die Getreidezölle fortgefahren.

Graf Schwerin-Erdy (L.): Nachdem der Staatssekretär des Reichs-Schatzamts gestern ganz ohne Not den Grafen Posadowsky in der Schroffheit der Abweisung der Erhöhung der Getreidezölle noch zu überbieben gesucht habe, werde es ihm schwer, die Gründe, welche für eine weitere Erhöhung der Getreidezölle sprechen, noch einmal vorzuführen. Man hat die Landwirtschaft Dänemarks und Islands als Muster dafür hingestellt, daß man ohne Getreidezölle prosperieren könne. Eine Enquete hat aber festgestellt, daß die Werte der Produkte der inländischen Landwirtschaft von 270 Millionen Pfund auf 185 Millionen Pfund zurückgegangen sind.

Rein, wir haben gar nicht danach verlangt. Das waren die Herren links. Und wenn auf unserer Seite eine Antwort wirklich gefordert ist, so hatte man etwas anderes erwartet. (Große Heiterkeit links.) Die Großgrundbesitzer des Ostens haben an einem höheren Zollsatz kein Interesse, treten aber für ihn der süddeutschen Kleinrentner wegen ein. Wir Landwirte haben aber gelernt, einzig zu sein. Sollte die Regierung sich nicht auf die im Kompromißantrag vorgeschlagenen Sätze einlassen, so werden wir lieber den ganzen Tarif scheitern lassen. Ich muß

zunehmend für meine Freunde erklären, daß dieselben die Verpflichtung, für Handelsverträge zu stimmen, in denen die Sätze des Minimaltarifs enthalten sind, nicht übernehmen, sondern bei der jetzigen Alternative ein vollständiges Scheitern des Entwurfs als das geringere Uebel ansehen verglichen mit einer langfristigen Bindung der Zollsätze. Die Stellung der Regierung wird dann unhaltbar, indem sie nur eine demokratische Minderheit für sich, die Mehrheit im Volke und in den gesetzgebenden Körperschaften gegen sich hat.

Preussischer Handelsminister Müller schließt sich den Erklärungen des erkrankten Grafen Posadowsky und Zechen v. Thielmann an. Die Regierung ist zu ihrer Erklärung gekommen, weil die Sätze im Tarif das höchste sind, was sich erreichen läßt. Die Regierung hat aber das Interesse des ganzen Volkes im Auge. Handelsverträge sind notwendig, sonst würden Hunderttausende von Arbeitern die Arbeit verlieren und darunter würde auch die Landwirtschaft leiden. Graf Schwerin hat auf die Holzexporte aus Ostpreußen hingewiesen; Holz ist aber kein Objekt zu Handelsverträgen, bei Holz ist oft der Käufer mehr darauf angewiesen, als der Verkäufer. Das hat sich bei dem Streit zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada herausgestellt. Auch der Vorschlag, die Getreidezölle nicht zu binden, ist kein gangbarer Weg. Die Periode der gleichenden Stala in England hat bewiesen, daß diese Zollart große Nachteile hat. Man soll sich beim Abschluß von langfristigen Verträgen nicht von augenblicklichen Konjunkturen verleiten lassen, wie man es 1892 getan hat. Die hohen Getreidepreise von 1891 verteilten sich über die Herabsetzung der Getreidezölle auf 3,50 Mark. Eine ebenso vorübergehende Erscheinung sind auch die niedrigen Frachtsätze von Amerika. Ein zu hoher Roggenzoll würde den Roggenbau in Deutschland so steigern, daß das Interesse Rußlands am deutschen Markte verloren geht.

Direktor im Reichsamt des Innern Wermuth: Eine Erhöhung der Verzinszölle würde zur Folge haben, daß auch die Malzölle entsprechend erhöht werden müßten, wodurch die Branntweinindustrie schwer getroffen würde. Die Thatsache, daß die Verzinszölle gestiegen sind, läßt sich nicht leugnen, aber die Bierproduktion ist noch weit mehr gestiegen. Die Bierproduktion ist seit 1880 von 38 Millionen Hektoliter auf 69,5 Millionen Hektoliter gestiegen. In dem vermehrten Gebrauche von Brauereierzeugnissen liefert die deutsche Landwirtschaft 4 bis 5 Millionen Doppelcentner. Beim größten Teil der mehr eingeführten Gerste handelt es sich um Futtergerste. Der gesteigerte Verbrauch ist auf den gesteigerten Viehstand zurückzuführen. Die Exportbrauerei kam eine Verteuerung der Gerste nicht vertragen. Im Bierexport hat England uns schon überflügelt. Während Deutschland für 22 Millionen Mark Bier ausführt, hat England schon eine Ausfuhr von 35 Millionen Mark. Die mährische Gerste müssen wir haben, da sie zeitiger auf dem Markt erscheint als die deutsche, und das ist zum Vorteil für die Jahresarbeit in den Mälzereien. 1887 ist keine Erhöhung des Verzinszolls erfolgt. Es wurde zwar ein Antrag auf Erhöhung gestellt, aber er wurde einfach abgelehnt.

Darauf tritt eine Mittagspause ein.

In der Nachmittags-Sitzung tritt Stadthagen einigen falschen Auffassungen entgegen, die geflüstert von Wangerheim und dem Grafen Schwerin verbreitet worden. Danach solle die Sozialdemokratie anerkennen, daß die von Ranig seiner Zeit geforderten staatlich garantierten Minimalpreise für Getreide als Normalpreise zu betrachten seien. In dem Antrag aber werden die Minimalpreise als *Notstandspreise* bezeichnet, bei welchen jeder Zoll aufgehoben werden soll, damit die Preise wieder unter diesen Satz herabsinken. Vorsitzender Reichlich unterbricht den Redner und bittet ihn, diesen Antrag nicht zu beschreiben.

Stadthagen (fortfahrend): Heute vormittag hat Graf Schwerin sich auf den Staatsrat berufen, der höhere Zölle verlange. 1895 aber hat der Staatsrat sich gegen höhere Zölle erklärt. Will man ein Bild davon haben, wie man im Volke eigentlich über die Vorlage denkt, dann kann man sich nur an die Petitionen halten. Auf dem kleinen Tisch in der Ecke liegen alle Petitionen, die höhere Zölle fordern, daneben liegt der große Berg der gegenteiligen Bitten. Die beiden Haufen stehen in demselben Verhältnis zu einander wie der Arzberg zum Chimborasso. (Weiterkeit.) Jetzt beklagt sich Graf Schwerin, daß die Regierung so schnell eine bestimmte Erklärung abgegeben habe. In der vorigen Woche aber hat der Abg. Herold diese Erklärung ausdrücklich verlangt. Mit dem Hinusschleichen der Erklärung würden die Verhandlungen nur verzögert werden. Sie (zu den Agrariern) beklagen sich über die Obstruktion, und Sie sind es, die jetzt den Mechanismus der Kommissionsarbeiten dadurch zum Stillstand bringen wollen, daß Sie ein fünfzig-Pennigstück in das Räderwerk werfen. Am meisten muß man sich über das Centrum wundern. Alle Größen des Centrum, wie Windthorst, Schulerer-Wiß, Reichensperger haben 1897 erklärt, weiter könne man unter keinen Umständen mit den Getreidezöllen gehen, und jetzt folgt das Centrum nicht nur der Regierung, um hohe Getreidezölle herbeizuführen, sondern es fordert sogar noch höhere Sätze. Durch Erhöhung des Getreidezolles werden die Arbeiter geschädigt und nicht nur an der Eringung einer höheren Kulturstufe gehindert, sondern direkt herabgedrückt. Selbst wenn die Mehrbelastung für eine vierköpfige Arbeiterfamilie nur 16 M. im Jahre betragen würde, so mache das eine Summe aus, von der sich die Familie für 14 Tage Nahrungsmittel beschaffen müsse. Sie müsse also 14 Tage hungern, um die Steuererhöhung zu zahlen. Thatsächlich aber ist die Belastung größer als 16 M. Man braucht nur nach den Sätzen zu rechnen, die für einen Gefangenen für Brot und Wehl ausgegeben werden, dann kommt man schon zu einer Mehrbelastung für die vierköpfige Familie von 60 M. jährlich. Das Centrum sagt, die Arbeiter sollen von der Belastung durch die Getreidezölle durch die Mehlkostenverförmung etwas zurückhalten. Aber wenn der Centrumsantrag angenommen würde, dann erhielte der Arbeiter für jede Mark, die er zu zahlen hat, nur einen Pfennig wieder. Das Brot wird um die Höhe des Zolles verteuert, das ergibt sich, wenn man die Preise vom In- und Ausland über längere Perioden vergleicht. Die Steuer, die man den deutschen Arbeitern auferlegen will, steigt progressiv je niedriger der Lohn ist. Die Progression wird noch verschärft, wenn von den geringen Löhnen eine große Familie leben soll. Sie behaupten, die Landwirtschaft leidet Not und doch sträuben Sie sich gegen eine anstehende Statistik, wie wir sie verlangt haben. Die Zollserhöhung würde eine schlechtere Volkernährung herbeiführen und den Alkoholismus und damit Geisteskrankheiten und die Kriminalität steigern. Es ist eine alte Erfahrungsthatsache, daß die Kriminalität steigt, wenn die Getreidepreise sich erhöhen. Es wird also hier thatsächlich ein Gesetz verlangt, wonach wie im Voraus wissen, daß es die Kriminalität erhöhen wird. Steigende Getreidepreise bedingen weiter ein Sinken der Geburtsziffern und Vermehrung der Sterbefälle. Wer eine Erhöhung der Getreidepreise herbeiführt, spricht dadurch über Tausende von Kindern das Todesurteil aus. Man meint, die hohen Getreidepreise würden durch Erhöhung der Löhne wieder ausgeglichen werden, aber wo steht denn im Gesetz oder Tarif auch nur ein Wort davon, daß höhere Löhne gezahlt werden sollen. Gerade die Großgrundbesitzer, die am meisten für sich verlangen, weigern

sich den Landarbeitern anständige Löhne zu zahlen. Jede Aufbesserung des Lohnes muß der Arbeiter sich erst erkämpfen. In einem solchen Kampf fehlt dem industriellen Arbeiter ein wirksames Koalitionsrecht, dem Landarbeiter auch nur der Anstoß zu einem Koalitionsrecht. Hier wird direkt verlangt, daß der arme dem Reichen etwas geben solle. Nicht nur die Lebenshaltung des Arbeiters, auch die der Handwerker, der Beamten wird herabgedrückt werden. (Graf Ranig ruff: Die Verkünger alle, wenn die Landwirtschaft nichts hat!) Für das Volk wäre es das Beste, wenn es den Großgrundbesitzern den Boden abnehmen und ihnen eine Rente bezahlen würde. Das wäre immer noch billiger, als die Zollbelastung. Durch die Steigerung des Zolles wird die industrielle Reserve-Armee des Kapitals vergrößert. Kommt man nicht zu Handelsverträgen, dann macht man den deutschen Industrie-Arbeiter abhängig von der ausländischen Gesetzgebung. Die Agrarier begeistern sich nur in Worten für das Wohl der Kleinbauern, in ihren Thaten thun sie das Gegenteil. So warnt der Jahresbericht der Brandenburgischen Landwirtschaftskammer wiederholt davor, die Rentengüter zu groß zu machen. Ausdrücklich wurde verlangt, diese Güter so klein zu halten, daß die Besitzer gezwungen würden, in Tagelohn zu arbeiten. Durch die Rentengüter sollen die Landarbeiter gebunden werden, um sie noch besser ausbeuten zu können.

Die Minimalzölle stellen ungewisselhaft eine Einschränkung der Rechte der Krone und daher eine Verfassungsänderung vor. Nach Artikel 11 der Reichsverfassung hat der Kaiser das Recht, Handelsverträge abzuschließen. Der Verfassungsartikel sieht keine Einschränkung dieses Rechtes vor. Eine solche Einschränkung aber wird durch die Festlegung von Minimalzöllen geschaffen. Wir können uns nur darüber freuen, daß hier die Regierung selber zugiebt, man könne die verfassungsmäßigen Rechte des Kaisers durch Gesetz einschränken. Hier soll eine solche Einschränkung zu Gunsten der Junker erfolgen. Der Satz soll wieder einmal zur Wahrheit werden: In Deutschland herrscht der Junker, und es regiert der Kaiser.

Wieder ist das Centrum bei Arbeitergelegen immer zurückgewichen, wenn die Regierung Nein sagte. Öffentlich bleibt es auch bei dieser Vorlage nicht fest und schließt sich unserm Antrage an, der die Besichtigung der Nahrungsmittel-Zölle verlangt.

Reichs-Schatzsekretär Zehr v. Thielmann bestreitet dem Abgeordneten Grafen Schwerin-Löwisch gegenüber, daß er schroff aufgetreten sei. Auf direkte Anfrage des Abgeordneten Fischel hat er nur das wiederholt, was Graf Posadowsky im Namen der verbündeten Regierungen erklärt hatte.

Dr. Paasche (natl.) polemisiert gegen Stadthagen. Er habe noch kein Kind an hohen Zöllen sterben sehen. Er gehöre auch zu den Unbilligsten, die mehr als 100 Hektar Land haben. Seine 400 Hektar brächten ihm keine 10 000 M. ein, sondern er lege eine solche Summe jedes Jahr zu. Trotz höherer Getreidezölle hätten die Getreidepreise eine sinkende Tendenz. Die Lebenshaltung der Arbeiter ist sehr gestiegen. Wo Weidewirtschaft möglich ist, kann man den Getreidebau entbehren, aber auf 50 Proz. der Landwirtschaftlich benutzten Fläche wird Getreidebau betrieben. Wenn die Großgrundbesitzer ihre Ställe mit Schweinen füllen würden, dann würden die kleinen Viehzüchter vernichtet werden. Die deutschen Getreidebauern haben für künstlichen Dünger, Wegebau, sozialpolitische Gesetzgebung Ausgaben zu machen, die die Konkurrenz leider nicht hat. In Deutschland wird Getreide auf Land gebaut, das man anderswo brach liegen läßt. Redner bedauert, daß Graf Schwerin eine so schroff ablehnende Erklärung abgegeben habe. Seine nationalliberalen Freunde und er stehen auf dem Boden der Regierungsvorlage, und er hoffe, daß bis zur zweiten Lesung eine Verständigung gefunden wird, und da nicht mehr zu erreichen ist, die Vertreter der Landwirtschaft sich mit dem zufrieden geben werden, was die Vorlage bietet.

Sächsischer Geh. Finanzrat Müller: Bisher habe er als Vertreter der sächsischen Regierung geschwiegen. Er wolle auch keine großen Reden halten, das herdenweise Auftreten von Regierungsvertretern sei ja neulich moniert worden. (Heiterkeit.) Er wolle deshalb nur erklären, daß auch die sächsische Regierung auf dem Boden der Vorlage stehe.

Dr. Spahn (C.) bedauert, dem Abg. Paasche nicht in Aussicht stellen zu können, daß die Unterzeichner des Kompromißantrages nachgeben würden. In der Kommission müsse man erst die höheren Sätze beschließen, dann könne man unterhandeln. Erklärungen, wie sie namentlich Graf Posadowsky abgegeben hat, seien ungewöhnlich. Man habe sonst dem Reichstage als Gesetzgebungsfaktor größere Bedeutung beigelegt und mit ihm unterhandelt. Der Reichs-Schatzsekretär habe die Posadowsky'sche Erklärung noch verschärft, indem er gesagt habe, es gebe bei keiner Getreideforte ein Nachgeben. Er halte diese Erklärungen für unvereinbar mit der Stellung, die Reichstag und Bundesrat zu einander einnehmen. Warum sei der Reichsanzler nicht selbst zur Stelle? Offenbar liege hier ein Kompromiß zwischen den Einzelstaaten vor, dessen Zustandekommen nur nach großen Schwierigkeiten möglich war. Nun fürchte die Reichsregierung, daß das ganze Gebäude zusammenstürzen könne, wenn eine Lücke gebrochen sei. Nach Beendigung der ersten Lesung werde man aber noch einmal die Regierungen der Einzelstaaten befragen müssen, vielleicht erreiche man dann ein anderes Resultat. Windthorst sei für den Zänkerzoll eingetreten, weil er die Mittellinie darstellte zwischen den Sätzen, die in der Centrumsfraktion gefordert wurden. Das Centrum ist stets für das Koalitionsrecht eingetreten. Durch das Zurückweichen des Centrums sei beim Invalditätsgesetz das erreicht worden, was die Arbeiter erhalten haben.

Dr. Paasche (natl.) giebt dem Abg. Spahn darin Recht, daß es besser gewesen wäre, wenn der Reichsanzler selbst anwesend gewesen wäre. Wer aber die Stellung der Regierung immer noch nicht erkannt habe, für den müsse eine neue Sprache erfinden werden. Nach des Grafen Schwerin Erklärung schien es ein Zurück zu sein für die Konservativen nicht mehr zu geben. Die Hoffnungen des Kollegen Paasche seien Optimismus ohne Unterlage. Die Lage der Landwirtschaft sei nicht so schlecht, wie sie von den Agrariern geschildert werde, die gesteigerte Einfuhr entspreche nur dem gesteigerten Konsum. Auch die heimische Landwirtschaft habe ihre Erträge gesteigert und durch gesteigerte Produktion höhere Einnahmen erzielt. Durch die Zölle werde der Arbeiter und die Industrie arg belastet, Vorteile hätten nur die Großgrundbesitzer. Der Bauernverein „Nordost“ habe eine Enquete vorgenommen. Da seien Antworten gekommen, aus denen hervorgehe, daß die kleinen Besitzer meistens mehr Futtermittel kaufen als sie Getreide verkaufen. Von Solidarität zwischen kleinen und Großgrundbesitzern könne man nicht sprechen, im Gegenteil seien die denkbar schärfsten Interessengegensätze hier vorhanden. Er halte es für das aussichtsreichste auf Grund des alten Tarifs in neue Verhandlungen einzutreten. Er glaube nicht, daß das Centrum die Regierung dabei im Stich lassen wird. (Widerspruch beim Centrum.)

Graf Schwerin-Löwisch (L.) und Herold (C.) beantragen Schluß der Debatte.

Nächster Redner ist Austria.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Graf Schwerin-Löwisch (L.) bemerkt persönlich, daß Reichs-Schatzsekretär Zehr v. Thielmann in der Form zwar nicht schroff, aber in der Sache schärfer als Graf Posadowsky gewesen sei.

Von sozialdemokratischer Seite wird Einspruch gegen die Fortsetzung der Debatte durch die eben gehörte Bemerkung des Grafen Schwerin erhoben. Eine persönliche Bemerkung sei das nicht gewesen. Graf Schwerin solle keine Schlußanträge stellen, wenn er die Debatte fortsetzen wolle. Durch den angenommenen Schlußantrag sei dem sozialdemokratischen Redner das Wort abgeschnitten worden.

Abg. Dr. Paasche (natl.) verliest die Erklärung, die Abg. v. Lebegow als Reichstagspräsident seiner Zeit über das Wesen einer persönlichen Bemerkung abgegeben hat.

Vorsitzender Reichlich meint, Graf Schwerin habe nur eine mißverständliche Auffassung seiner Worte berichtigt wollen. (Rufe: Der Schatzsekretär hat ja gestern vor dem Grafen Schwerin gesprochen.)

Damit schließt diese Auseinandersetzung. Es wird zur Abstimmung

geschritten.

Der Antrag Bebel auf Beseitigung aller Lebensmittelzölle wird abgelehnt, soweit die Zölle auf Roggen, Weizen, Gerste und Hafer darin in Frage kommen. Dafür stimmen nur die vier Sozialdemokraten. Die übrigen Teile des Antrages Bebel kommen bei den entsprechenden Dispositionen zur Abstimmung.

Vor der Abstimmung über den Kompromißantrag Herold-Graf Schwerin erklären die Abgg. Zehr v. Wangerheim (L.) und Heim (C.), daß sie sich der Abstimmung enthalten würden.

Der Kompromißantrag Herold wird hierauf in seinem ersten Teil mit 14 gegen 10 Stimmen angenommen. Mit der Mehrheit stimmte der Nationalliberale Sieg. Es fehlten die Abgg. Müller-Meinigen (natl.) und Gabel (Antif.) Die Minderheit setzt sich zusammen aus 4 Sozialdemokraten, 3 Freisinnigen und den Nationalliberalen Paasche, Beumer und Plankenborn. Danach sollen als Minimalzölle in das Tarifgesetz eingestellt werden: für Roggen 5,50 M., für Weizen 6 M., Gerste 5,50 M. und Hafer 5,50 M.

Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wird auch der zweite Teil des Antrages Herold angenommen. Danach sollen in den Zolltarif eingefügt werden: ein Roggenzoll von 7 M., ein Weizenzoll von 7,50 M., ein Gerstenzoll von 7 M. und ein Haferzoll von 7 M.

Damit ist das Zolltarif-Gesetz und die ersten vier Positionen des Zolltarifs erledigt.

In der nächsten Sitzung am Donnerstag werden die weiteren Positionen des Zolltarifs in Angriff genommen werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Februar.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus erledigte am Mittwoch einige kleinere Vorlagen, darunter in zweiter Lesung den Gesetzentwurf betreffend die Bewilligung weiterer Staatsmittel für Wohnungen von gering besoldeten Beamten und staatlichen Arbeitern, und setzte sodann die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern fort. Die Generaldebatte dauerte nur noch kurze Zeit. Abg. Dr. Friedberg (natl.), der in den letzten Tagen so heftig gegen die Agrarier gepölkert hatte, lenkte ein; er erinnerte an die großen Ziele, die seine Freunde gemeinsam mit den Freikonservativen anstrebten, und machte Propaganda für den Zolltarif. Wie er erklärte, steht die nationalliberale Fraktion geschlossen der Zolltarifvorlage gegenüber, deren Annahme sie erwartet. Abg. Gothein (natl.) erging sich nochmals eingehend über die Vorgänge in Grimmen. Der Minister Freiherr v. Hammerstein wußte auf die schweren Angriffe des freisinnigen Redners nichts anderes zu erwidern, als daß Herr Gothein eine Bahrede gehalten habe. Nachdem noch Abgeordneter Kreiting (natl.) die Berliner Stadtverordneten-Versammlung im Fall Kauffmann in Schutz genommen und sich darüber beschwert hatte, daß Pädler-Versammlungen trotz der aufreißenden Reden des antisemitischen Grafen nicht der Auflösung verfallen, bewilligte das Haus das Gehalt des Ministers, der auf diese Weise der undankbaren Aufgabe entgehen würde, sich zu der Handhabung der Polizei in den antisemitischen Versammlungen zu äußern.

Bei einigen andern Kapiteln, die dann noch beraten wurden, handelte es sich um die Besserstellung einzelner Beamtenkategorien, um die Berliner Verkehrsverhältnisse und um die Lage der Berliner Schulleute.

Die Debatte hierüber wird am Freitag fortgesetzt. Vorher stehen die Gesetzentwürfe betreffend die Heranziehung zu den Kreisabgaben und betreffend die Provinzialdotationen zur zweiten Beratung. Am Donnerstag fällt die Plenarsitzung aus.

Graf Posadowsky und die Agrarier.

Der Ernst der Opposition der reinen Agrarier gegen den Zolltarif der Regierung wird durch ihr Verhalten dem Grafen Posadowsky gegenüber sehr deutlich gekennzeichnet.

Man sollte denken, daß die Agrarier dem Grafen Posadowsky jetzt gram sein müßten, weil er mit solcher Entschiedenheit den agrarischen Kompromißantrag abgelehnt hat, obwohl dieser für die Wangerheim und Dertel noch zu wenig bietet. Wenn Graf Posadowsky nicht einmal den Kompromißantrag acceptiert, den die reinen Agrarier noch für unannehmbar geringfügig erklären, welches Interesse könnten sie an dem Staatssekretär haben, der auf dem für die Agrarier absolut unannehmbaren Regierungsentwurf beharrt.

Man sieht man aber, daß die Agrarier nichts so sehr fürchten wie den Rücktritt des Grafen Posadowsky, den sie immer noch als ihren verlässlichen Mann betrachten. Sie zittern, es könnte ihnen mit dem Grafen Posadowsky auch der Regierungsentwurf des „mahnbollen Zollwunders“ entgehen, und in ihrer rührenden Sorge für den Minister vertragen sie ungewissenhaft, daß ihre ganze oppositionelle Komödie nur darauf berechnet ist, die Opposition der Zollgegner zu erschaffen und so zu entfernen, damit sie sich schließlich im entscheidenden Augenblick auf die Regierungsvorlage einigen.

In den letzten Tagen hat den Grafen Posadowsky ein schwerer Schlag betroffen, den auch ein in dem heutigen Regierungsbetrieb hinreichend moralisch abgehärteter Mann nicht leicht verwinden mag. Die „Konservative Revue“ war ungeschicklich genug, den frühzeitigen Tod des Herrn v. Woedke auf die 12 000 Mark-Affaire zurückzuführen. Wie erwiderten darauf: Wenn das wahr ist, so hat sich der Verstorbenen es zu Herzen genommen, aber er für einen andern habe unbedeutend leiden müssen. Die „Post“ teilte dann mit, Herr v. Woedke habe sich auch Freunden gegenüber in diesem Sinne geäußert und sich lebhaft beklagt, daß Graf Posadowsky ihn nicht verteidigt habe, obwohl ihn kein Verdachten traf.

Die „Deutsche Tageszeitung“ des Bundes der Landwirte wittert aus Anlaß dieses Zwischenfalls Unheil für ihren Liebling und sie beizt sich, einen Eid darauf zu leisten, daß Herr v. Woedke ihr gegenüber sich niemals beklagt habe. Bekanntlich aber beweist es nichts gegen die Thatsächlichkeit einer Verurteilung, daß sie irgend

jemand nicht gehört hat; denn es ist die Eigentümlichkeit jeder Zeitung, daß sie nur einem winzigen Bruchteil der Bevölkerung der Erde bekannt wird; negative Zeugen können stets in beliebigen Millionen Exemplaren aufgebahrt werden.

Von Interesse ist der von dem Agrarierblatt gierig angebotene Reinigungsseid aber deshalb, weil er beweist, wie viel auch den Wählern an dem Sozialist des Grafen Posadowski liegt, von dem sie so laut und oft erklärt haben, er genüge ihnen in keiner Weise und würde an ihrem Widerstand scheitern.

Hebrigs ist Graf Posadowski erkrankt und hat an der letzten Sitzung der Volkskommission nicht teilgenommen.

Gewerkschaftsrecht und Parlament.

London, 24. Febr. (Fig. Ver.)

Wie im „Vorwärts“ bereits mitgeteilt wurde, beschloß das Parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses eine Resolution zum Trades-Uniongesetz einzubringen. Nach einem Circular von Mr. Sam Woods soll die Resolution nach den Osterferien dem Parlament zugehen. Sie lautet:

„Werden von einem Beamten, Diener oder Agenten einer Trades-Union zwecks Förderung eines Streiks, Lock-outs oder irgend eines industriellen Konflikts zwischen Unternehmern und Arbeitern ungesetzliche Handlungen begangen, so darf der gerichtliche Prozeß oder das gerichtliche Verfahren nicht gegen die Trades-Union oder gegen die Personen, die ihre Beamten oder Vertreter sind, gerichtet sein; es sei denn, daß die Zeitung der Trades-Union nachweislich den Beamten, Diener oder Agenten zu den ungesetzlichen Handlungen ausdrücklich autorisiert hat.“

Diese Resolution ist gegen den Entschluß der Vordrucker in Sachen der Taffelbahn vom 22. Juli 1904 gerichtet. Dieser Entschluß lautet:

„Eine Gewerkschaft ist korporativ für die Handlungen ihrer Beamten verantwortlich; sie ist flagrant und mit ihren Fonds für alle rechtlichen Ansprüche haftbar.“

Das Circular von Mr. Woods teilt ferner mit, daß die Resolution von folgenden Abgeordneten unterstützt werden wird: Alkeley-Jones (Sohn des bekannten Chartisten Ernest Jones), W. Abraham (süd-walisischer Bergarbeitervertreter mit dem Dichternamen „Madon“), A. Bell (Generalsekretär der Eisenbahner), J. Burt (Sekretär der Bergarbeiter von Northumberland), Sir Charles Dille, W. Piddar (Sekretär der Bergarbeiter von Yorkshire) und noch einigen liberalen Parlamentariern. Die Namen von John Burns und Keir Hardie fehlen.

Die Negrethlage gegen die südwallisischen Bergarbeiter.

Die Bergarbeiter von Südwales haben bekanntlich im Monat November 1901 einige Ruhetage in der Kohlenförderung eintreten lassen, um der Ueberproduktion resp. der Kohlenvermehrung vorzubeugen. Die Bergwerksbesitzer erhoben nun die Negrethlage gegen die südwallisische Bergarbeiter-Föderation und beanspruchten einen Schödenersatz von nicht weniger als 78 618 Pfund Sterling (über 1 572 300 Mark!).

Deutsches Reich.

Die Zoll-Situation stellt die „Freisinnige Zeitung“ wie folgt dar:

Die konservative Partei soll schon erwogen haben, die förmliche Vertagung der Kommission zu beantragen. Vielleicht aber wartet man noch eine Zeit lang fort, ohne daß haben und drüben noch ein lebendiges Interesse zur Sache besteht. Die Mehrheit der Kommission wechselt ab dem von Tariffay zu Tariffay, es entstehen Widersprüche auf Widersprüche und zuletzt wird man des grausamen Spiels müde, lange bevor noch Abg. Stadthagen seine letzte zweiseitige Rede gehalten hat. Das Schiff hat jetzt einen solchen Led bekommen, daß es unrettbar verfallen muß. Was aber dann weiter? Die Regierung befindet sich nicht einmal in einer so günstigen Lage wie bei der Kanalvorlage. Demals konnte sie das Abgeordnetenhaus auflösen und an die Wähler appellieren. Das ist jetzt unmöglich, weil die Regierung sich einzig und allein auf die Nationalliberalen stützt und bei den Neuwahlen an die Wähler sowohl gegen die Konservativen und das Centrum, wie gegen die Freisinnigen und Socialdemokraten appellieren möchte. Das Regierungsschiff ist nach der Segelforder der Wagnerschen Politik in der Zolltariffage ebenso wie in der Kanalfrage auf dem Grund getrieben. Das einzige, was übrig bleibt in der Zollfrage, ist das bavarische Schiff preis zu geben, die Tarifvorlage im Reichstag zurückzuziehen und den Versuch zu machen, wie weit sich die einzelnen Planken bei den Verhandlungen über Tarifverträge mit dem Auslande bewegen lassen.

Wir möchten dringend warnen, die Situation zu günstig aufzulösen. Es ist weder ausgeschlossen, daß die Regierung sich zu dem Kompromißantrag bekehrt, noch daß die Agrarier sich mit der Regierungsvorlage abfinden.

Die Zollopposition steht längst nicht am Ende des Kampfes; sie hat nach wie vor die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß der Zolltariff nicht Gesetz wird, weder der der Regierung, noch der des Kompromisses, von den „7/8-Part-Pöllern“ nicht zu reden.

Weltgeschichtliches von der Nachttaufe.

Es geschah noch Zeichen und Wunder. Die skeptisch-Müden, pfiffig rechnenden Panteer sind in Folge des Prinzenbesuchs von einem Orlans der Begeisterung befallen worden, für den dem nächsten Chronisten, der während dieser großen Tage dieses des atlantischen Ozeans zu bleiben verdammt ist, jede äußerliche Erklärung, ja selbst jeder psychologische Schlüssel fehlt. Aber das ist nun einmal so bei einem richtigen Wunder, das sonst ja gar kein Wunder wäre.

Der Prinz Heinrich ist nach Amerika gefahren, um dafür zu sorgen, daß die neue Sport-Jacht Meteor III. auch mit den sportüblichen Felleisenteilen vom Stapel gelassen werde. Dabei ergab es sich natürlich von selbst, daß der Bruder des deutschen Kaisers mit besonderem Ceremoniell empfangen wurde, was sich um so weniger umgehen ließ, als der deutsche Kaiser die Tochter des Präsidenten gebeten hatte, die obligate Champagnerflasche am Bug des Täufelings zu zerbrechen. Daß sich in einem Lande, das zwar keinen Goethe, aber einen Varnum hervorgebracht hat, auch für die Schiffstaufe eine Menge dankbarer Schaulustiger einfinden würde, stand außer Zweifel. Daß diese Menge aber von einem wahren Paroxysmus von Prinzen-Begeisterung befallen werden würde, konnte selbst der angefangenste Hobenzollern-Schwärmer nicht erwarten. Hier beginnt eben das Wunderbare. Der Special-Berichterstatter unseres bescheidenen Blattes labelt über diese einzigeartige Scene:

„Wenn Luch in der Werftschale tief Prinz Heinrich, jedes Geräusch überhörend, mit hallender Stimme: „Ich fordere auf, drei herzliche Hochs dem Präsidenten zu bringen! Mr. Roosevelt hip hip hurra!“ Dem ward mit stürmischem Jubel entsprochen, die drei Hochs aber, die solaten, waren lauter. Der Präsident tief, durch Handwinken sich Gehör verschaffend: „Ich fordere drei Hochs für den Gast, der schon alle meine Herzen gewonnen!“ Dann sagte er, seine Pantheer kennend, in derber Art hinzu: „Now a good one“ zu deutsch: „Run aber feil!“ Die Scene, die nun folgte, wird niemand vergessen, mit beiden Armen in der Luft schreien begeisterte Menschen, und man fragte sich, ob dies veranantige Durra aus 3000 Pantheerchen wohl über den Ocean hinüber halle. Das schaute, junge Mädchen blickte aus großen Augen fast fürchtam und erschreckt. Der Prinz stand tiefenst, ergrißen und bleich.“

Der Präsident und er schüttelten sich die Hände. Auf die Menge fiel plötzlich ein seltsames Schweigen.“

Vergebens sucht der Korrespondent des mit Scherl in spaltenlangen amerikanischen Originalberichten während konkurrierenden Rasse-Blattes eine Erklärung für die wunderbare Popularität des Prinzen. Er telegraphiert:

„Die Stimmung ist überall eine enthusiastische. Der Prinz verstand es, über Nacht sich eine gewaltige Popularität zu eringen. Viele seiner Aussprüche trafen ins Schwärze. So gab er auf die Frage, wie ihm die Vorkämpfer gefielen, die charakteristische Antwort, ihn interessiere es wenig, wie viel Stockwerke die Häuser aufwiesen, er sei vielmehr gekommen, hier die Menschen kennen zu lernen. Dieses Wort hat außerordentlich gezündet und ist in aller Munde.“

So sehr man die Originalität dieses prinzipiellen Wortes bewundern mag, eine ausreichende Erklärung für so ergreifende Kundgebung der Rationalbegeisterung bietet es gleichwohl nicht.

Die New Yorker Vorgänge eröffnen der Weltpolitik ganz ungeahnte Perspektiven. Eine neue Welt internationaler Beziehungen scheint sich aufzuheben. Was bedeuten derartig weisheitsvollen Völker-Verständigungen gegenüber alle früheren und etwa noch späteren diplomatischen Mißverständnisse, der Hader der Admirale, die Eifersüchteleien der Vorkämpfer und das bisherige Zollkriegsstimmung! Die Zukunft der deutschen Nation liegt in den Herzen der Pantheer, die sich über Nacht dem Prinzen Heinrich in so wunderbarer Weise erschlossen haben! —

Die offiziell feierten Präsidentenreden.

Man erinnert sich wohl noch an die entrüsteten Ausdrücke liberalen Namensstolzes vor Präsidentenreden, als bei dem Jarenbesuch in Frankreich ein sozialistischer Bürgermeister die Freiheit besaß, den russischen Kaiser einfach mit „Sie“ anzureden. Um so erstaunlicher ist, daß diese nämliche Kataienpresse kein Wort des Entschens darüber findet, daß der Präsident Roosevelt mit dem Bruder eines Herrschers, dem Prinz Heinrich selbst das Epitheton „erhaben“ beilegte, ganz genau so zu verkehren sich erdreistete wie jener sozialistische Maire in Frankreich. Der amerikanische Präsident redete den Prinzen mit echt amerikanischer Unverfrorenheit mit „Sie“ an, gerade als ob er Gevatter Schneider und Handschuhmacher vor sich habe. Man mußte annehmen, daß eine solche Gleichheitslegelle einen Sturm patriotischen Unwillens im deutschen Hiegerichtum entfesseln werde — aber sonderbar, nicht der leibliche Feind der Unterthanendemut mißte sich in die aus New York bezogenen Jubelankaren. Ist das wirklich dieselbe Presse, die erst vor wenigen Monaten den Koton als unumgängliches Hofceremoniell verkammerte?

In gewissen Regionen scheint man indessen ein menschliches Mitleiden mit dem gekränkten Unterthanengefühl empfunden und dem offiziellen Bureaupersonal einen Wink gegeben zu haben. Das Weißfische Bureau hat sich nämlich in seinen letzten Berichten der Nähe unterzogen, die demokratisch-angelegene Ausdrucksweise des amerikanischen Präsidenten höflich aufzuklären. Es läßt demgemäß den Präsidenten, der selbst im schriftlichen Verkehr mit dem Prinzen — man vergleiche sein vorgestriges Empfangstelegramm — die Anwendung der dem Prinzen zukommenen Titulatur geflissentlich vermied, folgende Rede halten:

„Ich möchte meinen herzlichsten Dank für die gütigen Worte ausdrücken, welche Eure königliche Hoheit mir gewidmet haben, und ich möchte Ihnen zu wissen thun (das ist kein laeres Kompliment), daß Eure königliche Hoheit bereits einen ausrichtigen Platz in unserer Zuneigung und unserem Wohlwollen gewonnen haben. Wir würdigen es in hohem Maße, daß Seine Majestät der Deutsche Kaiser Sie zu dem amerikanischen Volke entsandt hat, und ich danke Ihnen persönlich, und dafür, was natürlich von viel höherer Wichtigkeit ist, daß Sie einen Schritt unternommen haben, der naturgemäß die beiden großen Nationen enger aneinander knüpfen muß, deren Freundschaft so viel für die zukünftige Wohlfahrt der ganzen Welt bedeutet. Um schließlich Ihnen gegenüber einen persönlichen Wunsch von mir Ausdruck zu geben, so ist es der, daß ich mit großer Freude dem Tage entgegenstehe, an welchem ich Gast bei Ihnen in Ihrer Eigenschaft als Admiral an Bord eines Ihrer Schlachtschiffe sein werde.“

Man sieht, der Ceremonienmeister des Weißfischen Bureaus hat mir halbe Arbeit gemacht und unsere Liberalen das patriotische Kernstück nur zum Teil gelieft. Wie hoffen indes, daß dieser Hinweis genügen wird, um den betreffenden Korrektor morgen Herrn Roosevelt bereits im Stile der Berliner Magistrats-Byzantiner sprechen zu lassen. —

Prinzenreise und Sekt-Deklame. In fast der gesamten Presse begegnen wir in mitten der Telegramme über die Prinzenreise folgender Kellame einer Sekt-Firma:

„Rheingold“-Spende für Mich Roosevelt.

Bei der letzten durch Mich Alice Roosevelt vollzogenen Laufe der kaiserlichen Jacht „Meteor“ wurde nach altem Brauch von der Taufpatrin am Bug des ins Wasser gleitenden stolzen Schiffes eine Flasche deutschen „Rheingold“-Sektes geschickt. Diese Flasche wurde von der Filiale der Weinfirma Schölnlein u. Co. (Schierstein) in Milwaukee geliefert, sie befand sich in einem Gläs aus hellblauer Leder, welches durch Vermittlung des deutschen Volkshändlers Dr. von Goldenen Fräulein Roosevelt geschickt wurde. Schloß und Schlüssel des Glases sind aus edlem Silber gearbeitet“ usw.

Das Ergebnis der Prinzenreise scheint also schließlich in einer Kellame für die Herren Scherl, Rasse und die Schiersteiner Sektfirma bestehen zu sollen! —

Das militarisirte Parlament. Eine Beförderung von Abgeordneten im militärischen Range hat, wie wir der „Freis. Ztg.“ entnehmen, der Kaiser vor einigen Tagen auf dem Festmahl alter Herren beim Regiment der Garde du Corps vorgenommen. Der wegen seiner Kanalabstimmung zur Disposition gestellte Landrat v. Roke wurde vom Rittmeister a. D. zum Major, der konservativ Abg. v. Kessel zum Rittmeister ernannt. Außerdem hat der Kaiser dem Burggrafen zu Dobna-Waldburg und dem Fürsten zu Wertheim die Uniform des Regiments der Garde du Corps verliehen.

Schade, daß trotzdem der Wille des „obersten Kriegsherrn“ nicht auch parlamentarisch das „höchste Gesetz“ geworden ist! —

Wohlfahrt bei Krupp. Man schreibt uns aus Essen: Während Krupp auf Capri als Krösus und splendor Mann gefeiert wird, setzt man auf der Fabrik in Essen die Millionen-Uebersehung-Wohlfahrtspolitik eifrig fort. In einem Betriebe wurde den Leuten sogar verboten, während der 1/2 stündigen Mittagspause das Werk zu verlassen, statt dessen sollten sie, nach Einmahnen des zur Fabrik gebrachten Essen, die Arbeit sofort wieder aufnehmen.

Verschiedentlich kam es auf der Fabrik schon zu offener Unzufriedenheit der Arbeiter. Die Arbeiter in der erwähnten Werkstatt beschloßen am Montag, trotz des Verbotes, während der Mittagspause nach Hause zu gehen. Dies nahmen eine große Schar anderer Arbeiter zum Anlaß gegen den betreffenden Betriebsassistenten, der natürlich während den Arbeitern sich entgegen zu stellen suchte, durch Ansammlung vor der Werkstatt und Rufe zu demonstrieren. 25 Leute wurden noch denselben Nachmittag gefänglich; und die Arbeitszeit, entgegen den Bestimmungen der Arbeitsordnung, auf effektiv 11 Stunden verlängert, indem die Mittagspause um 1 Stunde, auf eine halbe Stunde verkürzt wurde.

Da sage noch einer, Krupp müsse seine Millionen nicht durch saure Arbeit — anderer verdienen.

Der Bürgerweiser und das Wahlrecht. Krefeld, 21. Februar. (Fig. Ver.) In dem schönen Städtchen Herdingen a. Rh. im Landkreise Krefeld waren bei der Stadtverordnetenwahl im

November vorigen Jahres schlimme Wahlmogeleyen vorgekommen, und zwar zum Nachteil der Centrapartei, so daß die Führer dieser Partei Protest gegen die Wahl erhoben. Die national-liberale Partei ist dominierend in dem aufstrebenden Industrie-städtchen, und hat sämtliche Stadtverordneten-Mandate, mit Ausnahme zweier, inne. In einem Punkte sind sich die beiden Parteien, welche sich sonst grimmig bekämpfen, einig, nämlich in ihrem Haß gegen die Arbeiterbewegung. Organistrie Arbeiter werden in den Betrieben nicht geduldet. Bei der betreffenden Wahl waren nun die bekannten Mittel, Freiber, der Wink mit der Entlassung, und so weiter, angewendet worden. Außerdem wurde noch Stimmentauf festgesetzt: ein Wähler hatte von einem Stimmgeltverteiler 1 M erhalten für die Falsche, daß er nationalliberal wähle. Interessant war die Thatsache, daß bei einem Witz 2400 Viermarken von den Führern der liberalen Partei zum Zweck der Verteilung an die Wähler gekauft worden waren. Einem Wähler war es nun passiert, daß er bei der Stimmenabgabe nicht die Namen der liberalen Kandidaten genannt hatte. Nach Verlauf von vielleicht 10 Minuten kam der Betreffende nun, nachdem er darauf aufmerksam gemacht worden war, und erklärt: er habe sich geirrt, er habe die liberalen Kandidaten wählen wollen. Der Bürgermeister als Wahlvorsteher ließ ihn aus wieder wählen, und erklärte die zuletzt abgegebenen Namen für gültig. Neben dem Protest der Centrapartei wurde in der Stadtverordneten-Versammlung verhandelt und selbstverständlich wurden die Wahlen trotz der Mogeleyen für gültig erklärt.

Ob die Centrapartei sich bei der Entscheidung der Stadtverordneten-Versammlung beruhigen wird, wissen wir nicht; die Ansicht des Bürgermeisters und der nationalliberalen Stadtverordneten: Mehrheit über das Wahlrecht ist aber so eigenartig, daß es gut wäre, wenn die Sache weiter verfolgt würde. —

Untersuchungen eines Hauptmanns. Das Ober-Kriegsgericht in Trier verhandelte gegen den Hauptmann Koch vom Inf.-Regt. Nr. 24 wegen unzulässiger Strafandrohung, unrichtiger Führung des Schießbuches, Mißhandlung eines Untergebenen, Unterschlagung. Der Angeklagte war wegen dieser Vergehen vom Kriegsgericht zu sechs Wochen Stubenarrest und zur Dienstentlassung verurteilt worden. Wegen dieses Urteil hatte er sowohl Koch, als auch der Gerichtsherr Verurteilung eingelegt. Das Ober-Kriegsgericht erkannte den Hauptmann der angeführten Straftaten für schuldig und verurteilte ihn zu drei Monaten Festung und zur Dienstentlassung. —

Ein Hauptmann wegen Beleidigung bestraft. Vor dem Kriegsgericht der 9. Division in Ologan hatte sich der Hauptmann Sch. von der 5. Compagnie des Infanterie-Regiments Nr. 88 in Ologan wegen Beleidigung zu verantworten. Ein Kaufmann aus Grünberg, der bei dem genannten Truppenteile diente, schloß sich von dem Hauptmann an. Bei einer Übung ließ sich der Hauptmann von dem Soldaten Griffe vormachen. Da die Übung schlecht ging, wurde der Hauptmann sehr erregt und rief: „Mit Ihnen erziehe ich nichts. Sie sind ebenso ein Lump, wie Sie im Civilleben waren. Sie werden es noch erreichen, daß Ihnen die Festungsmauern winken.“ Ein andres Mal hat der Kaufmann um zwei Tage Urlaub zu einer Reise, um eine Schuld von 600 M. einzutreiben. Der Hauptmann schlug das Urlaubsgesuch rundweg ab und ließ sich hierbei zu einer erneuten Beleidigung des Kaufmanns fortsetzen. Obgleich die der Compagnie angehörenden Zeugen die Beleidigungen in milderer Form gehört haben wollten, nahm der Gerichtshof beide Beleidigungen als erwiesen an und verurteilte den Hauptmann zu zehn Tagen Stubenarrest. —

Was ein mecklenburgischer Professor leistet. Seit einiger Zeit fällt in Büchern und Journalaufträgen ein Herr Dr. Richard Ehrenberg an, Professor in Rostock, der das Gewerbe treibt, Psychologie der „königlichen Kaufleute“ zu sein und die riesigen Quantitäten „Unternehmerintelligenz“ wissenschaftlich zu analysieren, die in den Reichthüm, Krupp usw. aufgespeichert sind.

In Scherischen Tag“ der sich immer mehr zum Sammeldecken der geistigen Absonderungen der Max Lorenz und Gedicht entwickelt, wendet sich dieser mecklenburger Professor Richard Ehrenberg gegen die Socialreformer, die sich von den Socialdemokraten in Schaleptan nehmen lassen, indem er warnend und belehrend folgendes System der Unternehmerintelligenz entwirft:

„Unter den folgendenwichtigen Irrthümern, welche unsere bürgerlichen Socialpolitiker kritisch von den Socialisten übernommen haben, sei heute nur die allgemein verbreitete Anschauung besprochen, daß es sich bei der socialen Bewegung unserer Tage um einen Klassenkampf zwischen „Kapital“ und „Arbeit“ handelt. Diese Anschauung ist in der Wurzel falsch. Der Gegensatz von Besitzenden und Nichtbesitzenden ist uralte; aber der Klassenkampf, welcher mit der Großindustrie entstanden ist, wird ausschließlich gekämpft zwischen Kapitalgebern und Handarbeitern.“

Der Unternehmer ist als solcher lediglich ein Arbeiter, der seine Willens- und Geisteskraft darauf verwendet, Unternehmungen zu begründen und zu leiten. Als Handwerker leistet er daneben noch Handarbeit. Aber durch Entsehung des Großbetriebes ist die Thätigkeit des Unternehmers so schwierig geworden, daß er sich besonders für sie ausbilden und auf sie beschränken muß. Seitdem kann die Mehrzahl der Lohnarbeiter nicht mehr Unternehmer werden, nicht etwa deshalb, weil sie das dafür erforderliche Kapital nicht besitzen, sondern ausschließlich deshalb, weil die Aufgaben eines Großunternehmers so schwieriger sind, daß nur verhältnismäßig wenige Menschen sie erfolgreich lösen können, und diese wenigen in der Regel nur aus Grund langer Erfahrungen. Seitdem giebt es die beiden scharf voneinander getrennten Klassen der lediglich mit dem Kopf arbeitenden Unternehmer und der mit der Hand arbeitenden Lohnarbeiter.“

Nach dieser Intelligenzprobe des Herrn Richard Ehrenberg zweifeln wir nicht im mindesten daran, daß er eben so gut wie etwa der derzeitige Inhaber der Firma Krupp geeignet ist, die 50 000 Handarbeiter dieses Betriebes durch seine Kopfarbeit anzubuten.

Ach, in diesem unglücklichen Mecklenburg weih ein Professor nicht, daß in den industriellen Großbetrieben auch die nötige leitende Kopfarbeit von Angestellten und Ausgebildeten (Ingenieuren, Chemikern usw.) geleistet wird, während die Unternehmerintelligenz der kapitalistischen Unternehmer sich vielfach darin erschöpft, zu überlegen, wie sie auf möglichst angenehme Weise die durch ihre Kopfarbeit verdienten Millionen los werden können.

Zu dem Monarchen und Gutsbesitzer von Gottes Gnaden erfindet der mecklenburgische Professor jetzt auch einen mystischen Unternehmer von Gottes Gnaden, der nicht durch das Kapital, sondern durch seine kolossale Intelligenz zur Ausbentung der Handarbeiter berufen ist. Zu der Entdeckung mußte der „Tag“ gegründet werden!

Sollte dieser anschlägige Professorenkopf nicht eine zweedmäßigere Verwendung in den Vorzimmern der Krupp und Reichthüm finden, als in den Lehrgängen einer Universität? —

Die anschließende Berechtigung des Mathias v. Köller. Der Staatssekretär v. Köller hat wieder eine bedeutende Entleistung zu verzeichnen. Er äußerte jüngst im schaf-totbringischen Landesausfusse anlässlich der ersten Lesung des Etats, die Arbeiter laufen jeden Sonntag in die Aepfen und ver-trinken da ihr Geld. Diese Bemerkung wurde seitens der Presse scharf zurückgewiesen. Die Kritik scheint nicht ohne Wirkung geblieben zu sein. Herr v. Köller nahm Veranlassung, im offiziellen stenographischen Bericht über die dritte Plenarsitzung des Landesausfusses seine Aeußerung zu corrigieren. Er zeigte aber hierbei die bewährte geschulte Hand. In der zweiten veränderten Auflage geht die Aeußerung köllers dahin, er mache nicht nur den Arbeitern, sondern den ganzen Bevölkerung den Vorwurf, daß sie jeden Sonntag in

die Kneipen laufe und ihr Geld vertriebe, statt zu sparen für ernste Zeiten, wo sie das verschwendete Geld brauchen könnten.
Köller ist eben immer originell. —

Ausland.

Schweden.

Im Zeichen der Arbeiterfrage.

Die staatliche Arbeitsstatistik in Schweden ist bis jetzt nur eine provisorische Einrichtung, die von den jeweiligen Bewilligungen des Reichstags abhängig ist. Die Regierung hat nun vor einiger Zeit dem Reichstag eine Vorlage unterbreitet, wonach die Arbeitsstatistik in eine dauernde Institution umgewandelt werden soll, mit festangestellten Beamten. Die Reichstags-Kommission, die sich hiermit befaßt, hat in ihrer Mehrheit den Vorschlag verworfen und will das Provisorium beibehalten mit 10 000 Kr. pro Jahr als Extrabewilligung. Sie war der Meinung, daß man während der 6 Jahre, während der die arbeitsstatistischen Untersuchungen gepflogen werden, noch nicht genug Erfahrungen in der Sache gemacht habe, um ein besonderes Amt dafür einzurichten. — Im Reichstag fand am Sonnabend eine sehr interessante Debatte über diese Angelegenheit statt. Die Erste Kammer sprach sich mit 75 gegen 39 Stimmen für das Kommissionsgutachten, und gegen die Regierungsvorlage aus. In der Zweiten Kammer wurde mit 110 Stimmen gegen 88 ein Antrag von Zieslen angenommen, der sich in der Hauptsache mit dem Regierungsvorschlag deckt und mit dem sich die Regierung auch einverstanden erklärte. Danach soll ein oberster Leiter der Untersuchungen mit einem Jahresgehalt von 4500 Kronen fest angestellt werden, und für die Untersuchungen des nächsten Jahres wurden 15 000 Kronen als Extra-Ausgabe bewilligt. Bei den Verhandlungen in der Zweiten Kammer traten auch die beiden anwesenden Minister sehr entschieden für die Arbeitsstatistik ein. Finanzminister Graf Wachtmeister erklärte u. a.: „In dem neuen Jahrhundert ist und wird die Arbeiterfrage immer mehr die dominierende Frage; es wird dahin kommen, daß sie eine größere Rolle als irgend eine andre Frage spielt, sowohl innerhalb als auch außerhalb der gesetzgebenden Körperschaften. Darum ist es sowohl für die Arbeitgeber als auch für die Arbeiter von größter Wichtigkeit, daß ihnen zuverlässige Statistiken über Lohnverhältnisse, Lebensmittelpreise, die Wohnungsfrage usw. zugänglich sind. In dem scharfen Kampf um die Interessen der verschiedenen Gesellschaftsklassen kann die Schärfe gemildert werden, wenn beiden Parteien eine unparteiische Statistik zur Verfügung steht.“ — Der Civilminister v. Krusenstjerna sagte u. a.: „Laßt uns daran denken, daß wir nicht nur im Zeichen des Verkehrs, sondern auch im Zeichen der Arbeiterfrage leben. Im Jahre 1841 fand sich auch jenes wichtige Gebiet des Gesellschaftslebens noch nicht aufgeführt unter den Zweigen der staatlichen Wirksamkeit, für die ein besonderes Departement errichtet wurde. Nun sind inzwischen andre Verhältnisse eingetreten. Eine völlige Umwälzung hat stattgefunden und aus dieser neuen Lage folgen auch neue Pflichten für Staat und Gesellschaft. Staatsinstitutionen für Förderung des Landbaues und Verkehrs sind im Laufe der Jahre geschaffen worden. Nun wohl, da ist es wohl auch an der Zeit, eine Institution zur Beleuchtung der Arbeiterfrage zu schaffen.“

Die Vorlage wird jetzt den beiden Kammern zur gemeinsamen Beschlußfassung vorgelegt werden. Die erste Kammer ist hierbei ausweichend. Es wird aber viel davon abhängen, daß die Regierung dann ebenso scharf wie in der zweiten Kammer ihren Standpunkt auf Seiten des Fortschritts markiert. —

Frankreich.

Eine Rede Millerands an die Postbeamten. Angesichts der nahenden Wahlen sind die französischen Minister jetzt sehr viel auf Reisen. So war der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau dieser Tage in Sorbonne, der Ackerbauminister Dupuy in Lille und Millerand und Audin in Bordeaux. Dort präsiidierte Millerand einem Bankett von 700 Gedecken, an welchem die Post- und Telegraphenangestellten teilnahmen. Bei dieser Gelegenheit hielt Millerand in Verantwortung eines auf ihn ausgebrachten Toastes eine Rede. Er begrüßte den Geist, der unter den Beamten der Post und Telegraphie herrsche, und lobte das Parlament, das die Lage der Postangestellten materiell und moralisch verbessert habe. Die Staatsbetriebe müßten Musterinstitute sein und der Privatindustrie mit gutem Beispiele vorangehen. Diese Reformen seien aber nur eine Folge der Existenz der drei großen Vereinigungen der Post- und Telegraphen-Angestellten und Arbeiter. „Denn“, so fuhr der Minister fort, „man darf sich nicht auf Wunder verlassen, sondern muß sich stützen auf die Kraft der Vereinigungen, deren Klugheit und Vorsicht. Sie müssen vor allem einig sein, nicht nur in der Vereinigung selbst, sondern Einigkeit muß auch herrschen zwischen den Organisationen. Wir werden Sie in Ihrer Solidarität nicht auseinanderreißen, und Sie dürfen sich bei Ihren Forderungen nicht von einander trennen. Sie dürfen nicht von Ihren großen Vereinigungen lassen, denn der Zweck derselben ist die Ueberleitung der republikanischen Ordnung in eine ökonomische und sociale Ordnung.“

Belgien.

Der Kongress der flämischen Socialisten, der am Sonntag in Courtrai stattfand, nahm eine Resolution an, in welcher ausgesprochen ist, daß das flämische Volk bereit ist, alle Opfer für die Einführung des allgemeinen, gleichen und einfachen Wahlrechts zu bringen. Die Haltung der Socialisten gegenüber den andern Parteien bei den Wahlen wird in der Resolution wie folgt festgelegt: In den Kreisen, in welchen die Arbeiterpartei nicht stark genug ist, das Mandat zu erobern, ist derjenige Kandidat zu unterstützen, der für das gleiche einfache Wahlrecht eintritt. Die Partei-Organisationen der einzelnen Kreise haben das Recht, bei den Wahlen mit denjenigen bürgerlichen Parteien Kompromisse abzuschließen, die für das gleiche Wahlrecht eintreten. —

Italien.

Bürgerliche Berichterstattung. Triviale Leichtfertigkeit, wenn nicht schlimmeres, pflegen der offiziöse Telegraph und die bürgerlichen Blätter bei ihrer Berichterstattung über die Vorkommnisse bei Streiks an den Tag zu legen. Das zeigte sich wieder bei einem Nord, der vor einigen Tagen bei Turin an zwei Gendarmen begangen wurde. Derselbe ereignete sich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag auf der Landstraße von Turin nach Veinacco. Der Telegraph bringt diesen Nord einfach mit dem Streik in Zusammenhang, und die bürgerliche Presse ist ebenso schon dabei, diese Unthat den Streikenden zur Last zu legen. Wie wir jetzt dem „Avanti“ entnehmen, hat der Nord absolut nichts mit dem Streik zu thun. Die zwei Gendarmen befanden sich auf der Suche nach einigen Stralchen, die ihnen schon von mehreren Orten signalisiert worden waren. Sie begegneten einer Anzahl zweifelhaft aussehender, ihnen unbekannter Männer, in denen sie die Geistes vor sich zu haben glaubten. Die Gendarmen wollten deshalb die Verhaftung derselben vornehmen; diese setzten sich aber zur Wehr, es kam zu einem Handgemenge und die Gendarmen wurden durch Erdbeulen und Wütigen umgebracht.

Wir sind beaterig, zu sehen, ob die bürgerlichen Blätter, welche in leichtfertiger Weise die Streikenden des Nordes beschuldigen, nun auch die obige Darstellung bringen werden.

Die Nachricht von der Beendigung des Gasarbeiter-Streiks scheint sich zu bestätigen.

Der Arbeiterschutz der Regierung. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Rom: Das zum Militär einberufene Bahnpersonal ist, da es sowohl für den Eisenbahn-Dienst als auch für den Militärdienst bezahlt wird, vollständig zufrieden und thut seinen Dienst mit völliger Regelmäßigkeit. Der Bahnverkehr ist in ganz Italien völlig normal.

Den militärischen Streikbrechern kann man also den Lohn zahlen, den man dem Personal verweigert! Der Bahn von dem guten Willen der Regierung, die Lage der Arbeiter zu bessern, ist tausch und gründlich zerstört worden! —

Spanien.

Ueber die Unruhen wird weiter gemeldet:

Barcelona, 28. Februar. Die Militärbehörden sehen eifrig die Untersuchung fort bezüglich der letzten Vorkommnisse. Von den Verhafteten wurden 40 wieder freigelassen. Die Hafenarbeiten wurden wieder begonnen. 1200 Arbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen.

Murcia, 28. Februar. Ausländische sammelten sich in den Vorstädten an; sie wurden von der Gendarmerie zerstreut. Mehrere Personen wurden verhaftet, Patrouillen durchstreifen die Straßen. Die Stadt ist ruhig.

Cartagena, 28. Februar. Die Bädergesellen setzen den Ausstand fort, während alle übrigen Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Madrid, 28. Februar. In Malien (Provinz Jaragoza) wurden zwei Anarchisten wegen Aufregung zum Aufruhr verhaftet. Sie werden summarisch abgeurteilt werden. In Neus dauert der allgemeine Ausstand fort, in Sabadell arbeitet nur ein Teil der Arbeiter.

Amerika.

Amerikanisches Ueberwerben in China. Die Londoner Blätter berichten aus Washington, die Vereinigten Staaten hätten an die Großmächte des Ostens gerichtet, in eine proportionale Ermäßigung der von China geforderten Kriegsschadigung zu willigen, damit dieselbe 450 Millionen Taels nicht übersteige. Deutschland soll dagegen der Ansicht sein, daß die von ihm geforderte Entschädigungssumme zu gering sei und eine Erhöhung derselben um 12 Millionen Taels verlangen. Es sollen gegenwärtig zwischen den beiden Kabinetten diebezügliche Unterhandlungen stattfinden. —

Der Boeren-Krieg.

Zwei neue englische Mißerfolge.

Lord Kitchener meldet aus Pretoria vom 24. Februar: Ein leerer Convoy von Boudonops Abteilung wurde bei Bolmaranstad, ungefähr 10 Meilen südwestlich von Klerksdorp, angegriffen und nach heftigem Kampfe weggenommen. Die Eskorte bestand aus dem 5. Bataillon Neomanry, drei Compagnien Northumberland-Regiment und 2 Geschützen. Einzelheiten liegen noch nicht vor. Die Boeren kamen offenbar aus erheblicher Entfernung, die Verfolgung ist aufgenommen.

Ferner meldet Kitchener vom 23. Februar: Die Oberst Wynn berichtet, verstanden 600 Boeren vom Süden, welche eine Herde Vieh vor sich hertrieben, am 23. Februar des Nachts auf der rechten Seite der Vorposten Wynns genau in der Richtung auf Bothaberg durchzubrechen, wo Wynn Jähling mit Minington's linker Flanke hat. Einer Anzahl von Boeren gelang der Durchbruch, nachdem sie alles zurückgelassen hatten. Die Reuseländer zeigten die größte Tapferkeit. In unmittelbarer Nähe des Schlachtfeldes liegen die Boeren 15 Tote und 8 Verwundete zurück. Weitere Einzelheiten, insbesondere über die britischen Verluste, liegen noch nicht vor.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Als Streikbrecher nach Schweden sind nun leider doch trotz aller Abmahnungen ca. 60 Berliner Bäcker gefahren. Die organisierten Bäcker versuchten noch in letzter Stunde die Jre-geführten zum Hierbleiben zu bewegen. Mit ihnen zugleich hatten sich aber auf dem Leichter Bahnhof 2 Polizei-Offiziere, ca. 10 Schutzleute und eine Anzahl von Kriminalbeamten eingefunden. Also sogar im Dienste ausländischer Kapitalisten muß unsre brave Polizei thätig sein! Auch das Bahnhofpersonal war mit zur Rettung des schwedischen Staates aufgeboten. Der Portier ersuchte die Streikbrecher, ihm alle nicht nach Schweden engagierten auf dem Bahnhofe anwesenden Bäcker zu bezeichnen. In seinem Eifer geriet er ab und zu an Verbandsmitglieder, die ihm selbstverständlich hoch und teuer versicherten, daß sie seinem Wunsch Folge leisten würden. Ein Verbandsmitglied zog sich auch durch das Mißverständnis eines Polizeikontenants einen Teil des für die Streikbrecher bereitgehaltenen Schutzes zu. Unter den Streikbrechern befand sich ein dem Verbändler bekannter Kuchkollege. Da er es für seine Pflicht hielt, denselben von seinem Vorhaben zurückzuhalten, trat er an ihn heran, um ihm wegen desselben Vorkommnisse zu machen. Ein Polizeikontenant mißverstand die Situation, hielt den „Streikbrecher“ für einen „Arbeitswilligen“ und erkundigte sich sirsorglich bei ihm, ob er — befristet worden sei. — Den Leuten, die sich in Unkenntnis der Sachlage hatten engagieren lassen, die sich aber dann gegen die Abreise sträubten, wurden vom Sprechmeister die ihnen abgenommenen Papiere zurückergeben.

Achtung, Kleber und Bauhandwerker! Durch Versammlungsbeschluss vom 25. d. M. ist der von der Verbandsleitung mit dem Unternehmer Löber, Köthenerstraße, abgeschlossene Tarif für ungültig erklärt worden. Die Bauten Charlottenburg, Ullnshofstr. 45, und Hohensee, Westfälischstraße und Joachim-Friedrichstraße Ecke, sind also gesperrt und die Berechtigungsarten der dort arbeitenden Kollegen ungültig.

Die Bauten Schöneberg, Oberstraße und Tempelhoferstraße Ecke (Unternehmer Rosly, Weidenweg 51), Charlottenburg, Querstraße Ecke (Unternehmer Schieplich, Bülowstr. 36) und Sparstraße, Ecke Burgdorffstraße (Unternehmer Knauer, Wedomstraße), sind wegen Nichtzahlung der Tarifpreise gesperrt.

Die Sperre über die Firma Langer, Friedenau, Handjethstraße (Wau Friedenau, Wenzelstr. 13) ist aufgehoben.

Bevolligt haben noch die Unternehmer Max Worms, Sophienstraße 18, und Paul Schönfelder, Kottbuserstr. 18. Wir fordern nochmals alle Bauhandwerker auf, die Kleber noch den Berechtigungsarten zu fragen und alle diejenigen, welche sich nicht im Besitz derselben befinden, nach dem Streikbureau der Kleber, Schützenstr. 18/19, Telephon Amt I 1308, zu schicken.

Die Lohnkommission der Kleber Berlins und Umgegend.

Die Differenzen der Stereotypen im „Reichsboten“ sind mit dem gestrigen Tage beigelegt worden. Die Ausständigen nahmen darauf die Arbeit wieder auf.

Deutsches Reich.

Sämtliche Fabrikmaschinen der Firma Rosenbusch u. Cie. in Mainz haben die Arbeit niedergelegt. Ursache des Streiks ist die Durchbrechung des seit 12 Jahren bestehenden Tarifs, durch welche ganz bedeutende Lohnreduktionen herbeigeführt worden sind. Einem Arbeiter, der seither in einer Lohnzahlungsperiode 27,49 M. verdiente, wurde dieser Verdienst auf 15,44 M. herabgemindert, einem andern verheirateten Arbeiter sein Verdienst von 25,31 auf 13,58 M. Ein Kalkulator erhielt statt seiner 26,16 M. nur 18 M. ein Glätter statt 28 M. nur 22 M. und etliche Wenigere. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts wurde von der Lohnkommission zur Vermittlung angerufen und wäre es im beiderseitigen Interesse zu wünschen, wenn baldigst eine Einigung herbeigeführt würde.

Die Vermittlung der Regierung im Greizer Weberstreik ist leider gescheitert. Den abemals auf die Regierung beschiedenen Kommissionsmitgliedern der Weber wurde seitens des Regierungspräsidenten von Reding eröffnet, daß der Fabrikantenverein weitere Konzessionen als diejenigen, die seine Vertreter vor dem Einigungsamt gemacht, nicht gewähren könnte. — Die Verhandlungen sind demnach wieder als gescheitert zu

betrachten und die Beilegung des Konflikts auf nicht absehbare Zeit hinausgeschoben.

Der Drechlerstreik bei der Firma Worms in Zeitz dauert fort. Im Laufe der Woche hat dort ein Drechler Kroker aus Leipzig als Arbeitswilliger angefangen. Andererseits haben einige Streikende Arbeit bei einer Firma gefunden, die bisher ihre Arbeiten bei Worms herstellen ließ. Herr Worms verläßt Arbeitswillige dadurch anzuloden, daß er einen Lohn von 40 Pf. pro Stunde bietet. Wenn er seinen alten Leuten anständige Löhne gegeben hätte, so hätte er sich viel Sorgen erspart.

Die Differenzen zwischen den organisierten Holzarbeitern und dem Scharfmacherverband des Baugewerbes in München sind durch das Eingreifen des Vorsitzenden des Gewerbegerichts beigelegt. Die Firma Kehrer u. Schnell hatte die Arbeiter wegen Kontraktbruchs verklagt. Dabei wies der Gewerberichter darauf hin, daß eine Urteilsfällung die angebrochte Aussperrung und die dadurch hervorgerufene Verbitterung mehr fördern als hindern würde. Er rath den Parteien, den eben beendeten Kampf nicht aufs neue zu beginnen, sondern zu einer Verständigung die Hand zu bieten. Nach mehrstündiger Verhandlung kam folgender Vergleich zu stande: Die Firma Kehrer u. Schnell verpflichtet sich, bei normaler Arbeitszeit und Arbeitsleistung ein wöchentliches Kontogeld von 24 M. zu bezahlen und die gegen die Arbeiter gestellte Klage zurückzuziehen. Dagegen erklärten sich die Arbeiter bereit, den Streik für beendet zu erklären und die Arbeit umgehend aufzunehmen. Der den Verhandlungen anwohrende Sekretär des Arbeitgeber-Verbandes, Ingenieur Kellermeier, gab die Erklärung ab, daß die vom Arbeitgeber-Verband für den 1. März beschlossene Aussperrung sämtlicher bei Verbandsmitgliedern beschäftigten Holzarbeiter hinfällig geworden sei. — Die Arbeiter der Firma Kehrer u. Schnell haben die Arbeit wieder aufgenommen.

Versammlungen.

General-Versammlung des Vereins zielbewusster Händler und Geschäftsinhaber. Der Kassenbericht ergab einen Bestand am 16. August 1901 von 70,78 M., Einnahme bis jetzt 97,85 M., Ausgaben 40,70 M., angeblicher Bestand 127,93 M. In den Vorstand wurden gewählt: Alfred Spitz, 1. Vorsitzender, Max Lange, Kassierer, Max Jahnel, Schriftführer. Als Revisoren wurden gewählt: Max Rithard, Paul Weber und Otto Schulz II.

Charlottenburg. Ueber die Arbeitslosen-Zählung in Charlottenburg sprach Dr. Vorhardt am Dienstag in einer Versammlung der Charlottenburger Gewerkschaften. Redner führte aus: Der Charlottenburger Magistrat habe im vorigen Jahre von der Gewerkschaftskommission, welche um Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit ersuchte, den Nachweis verlangt, daß eine außerordentliche Arbeitslosigkeit bestehe. Die Gewerkschaftskommission habe infolgedessen beschlossene, eine Zählung der Arbeitslosen womöglich noch im Dezember vorzunehmen. Als sie jedoch den Magistrat um Beihilfe zu den Kosten der Zählung ersuchte, antwortete derselbe, er trage Bedenken, sich an einer von privater Seite veranstalteten Arbeitslosen-Zählung zu beteiligen. Inzwischen habe nun die Berliner Gewerkschaftskommission ebenfalls die Aufnahme einer Arbeitslosenstatistik beschlossen, und die Charlottenburger Gewerkschaften hätten deshalb ihre Zählung verschoben, um sie gleichzeitig mit Berlin und den übrigen Vororten auszuführen. — Der Redner besprach nun die bereits veröffentlichten Ergebnisse der Zählung. Dieselben gaben zwar kein vollständiges Bild von der herrschenden Arbeitslosigkeit, sie zeigen aber trotzdem, daß infolge des Arbeitsmangels ein außerordentliches, ja ein erschreckendes Rothland bestehe. Die Antwort, welche der Magistrat in der letzten Sitzung der Stadtverordneten auf die Interpellation untrer Genossen gab, sei eine durchaus unbefriedigende. Der Magistrat halte die durch die Zählung nachgewiesene Arbeitslosigkeit nicht für erschreckend und fühle sich — wie der Magistratsvertreter sagte — nicht veranlaßt, auf die Anregungen einzugehen, welche unsere Genossen behufs Beseitigung des Rothlandes gaben. Das könne erst geschehen — meinte der Magistrat — wenn die Stadtverordneten-Versammlung in dieser Hinsicht bestimmte Beschlüsse gefaßt habe. — Dieser Teil der Antwort des Magistrats — sagte der Redner — setze ihn am meisten in Erstaunen. Der Magistrat müßte sich doch zur Ehre rechnen, in der sozialen Fürsorge selbständig vorzugehen, eine führende Stellung einzunehmen und nicht erst auf die Beschlüsse der Stadtverordneten zu warten. Nachdem die Interpellation den gewünschten Erfolg nicht hatte, würden die socialdemokratischen Stadtverordneten bestimmt formulierte Anträge einbringen. Außer der bereits angeregten Speisung der Schulfinder und der Gründung eines Rothlandfonds müßten auch Maßnahmen zur Fürsorge gegen die Folgen der regelmäßigen Arbeitslosigkeit getroffen werden, die stets vorhanden ist, auch wenn kein außerordentliches Rothland besteht. Nach dieser Richtung hin würde unfererseits vielleicht beantragt werden, die Gewerkschaften zum Zweck der Arbeitslosen-Unterstützung aus öffentlichen Mitteln zu subventionieren. Die Frage der Fürsorge gegen die Folgen der regelmäßigen Arbeitslosigkeit werde nicht von der Tagesordnung verschwinden. Es sei zu hoffen, daß Charlottenburg in wenigen Jahren dauernde Einrichtungen haben werde, welche die durch die Arbeitslosigkeit verursachte Not einschränken und lindern werde. — Die Redner, welche in der Diskussion das Wort nahmen, stimmten mit dem Referenten überein. Ein scharfer Kritik wurde das Verhalten des Magistrats und der Stadtverordneten-Mehrheit der Arbeitslosigkeit gegenüber unterzogen. Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung der Charlottenburger Gewerkschaften mißbilligt auf das Entschiedenste das Verhalten des Magistrats und der Mehrheit der Stadtverordneten in Sachen der Fürsorge für die Arbeitslosen; sie verlangt energische Maßnahmen in dieser Richtung, die sich am besten an die Arbeitslosen-Unterstützung der beruflich organisierten Arbeiter anschließen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Brandunglück.

Frankfurt a. M., 28. Februar. (V. B.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet: In Dinkelsbühl ereignete sich ein großes Brandunglück. Eine einstürzende Mauer begrub eine Anzahl Menschen unter sich. Man zählt 15 Tote.

Kürnberg, 28. Februar. (V. T. B.) Nach einer weiteren Meldung aus Dinkelsbühl wurden bei dem Brande durch den Einsturz der Giebelmauer 12 Personen getödtet.

Offenbach, 28. Februar. (V. B.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet: In dem Zirkelraum der Lederfabrik von J. Meyer entband ein großes Feuer, wobei Felle im Werte von einer Million Mark verbrannten.

Rom, 28. Februar. (V. B.) Wie „Kaufmann“ aus Turin meldet, wurde der socialistische Abgeordnete Morgari verhaftet.

Madrid, 28. Februar. (V. T. B.) Hier ist die Lage der Dinge wieder die gewöhnliche. — In Cartagena befinden sich noch einige Bäder im Ausstand. In Bilbao haben die Bäder die Arbeit niedergelegt. — In Barcelona, wo die Ruhe fort-dauert, wurden einige neue Verhaftungen vorgenommen.

London, 28. Februar. (V. T. B.) Wie verlautet, haben die imperialistischen Liberalen nicht die Absicht, sich von der liberalen Partei zu trennen, sondern werden sie mit den übrigen Mitgliedern der Opposition vorgehen und zwar auf Grundlage der von Lord Rosebery in seiner Rede in Chesterfield entwickelten Programms. Zum Zwecke einer besseren Organisation der Partei und ihrer weiteren Entwicklung ist unter dem Namen Liberal League eine Vereinigung gebildet worden, deren Vorsitzender Lord Rosebery ist und deren Vicepräsidenten Asquith, Sir Henry Fowler und Sir Edward Grey sind.

Vor der Entscheidung.

Brüssel, den 22. Februar. (Eig. Ver.) Der Kampf, den die sozialdemokratische Partei Belgien für das allgemeine Wahlrecht begonnen hat, wird heißer sein, als der verfloßene. Unsere belgischen Genossen sind sich wohl bewußt, daß ihnen vor allem die schwerste Aufgabe in diesem Kampfe zufallen wird, da auf die liberalen Wahlrechtsfreunde, von den Progressisten abgesehen, nur bis zu einem gewissen Grade Verlaß ist.

Diese Kampagne verlangt nicht nur die Mobilisierung aller Kräfte, sondern auch eine kluge Taktik, wenn die Partei nicht auch diesmal um den Siegespreis — das allgemeine und gleiche Wahlrecht — gepreßt werden will. Wie 1893, so handelt es sich auch jetzt um die Revision der Verfassung. Da diese eine Zweidrittel-Mehrheit erfordert, so ist unsere Partei genötigt, mit den mehr oder weniger wahlrechtsfreundlichen Parteien Kompromisse einzugehen. Die Progressisten fordern ebenso energisch das allgemeine Wahlrecht, wie die Sozialisten, während die gemäßigten oder Doktrinär-Liberalen nur sehr laue Freunde desselben sind.

Zweimal, 1893 und 1899, wurden die ihre politischen Rechte fordernden Arbeiter mit Abschlagszahlungen abgefunden. 1893 erhielten sie nach schweren Kämpfen das Plural-Wahlrecht, dem 1899 die proportionale Vertretung hinzugefügt wurde.

Bis jetzt war man sich — bis vor einigen Tagen wenigstens — einig, daß es sich bei diesem Kampfe nur um das allgemeine und gleiche Wahlrecht — ohne jede Klausel — handeln könne. Dieser Ansicht wurde aber durch die Erklärung des Doktrinären Hymans, die er vor drei Tagen in der Kammer abgab, ein Stoß versetzt. Er erklärte:

Wir stimmen für die Verfassungsrevision, wenn vom Frauen-Stimmrecht Abstand genommen; wenn die proportionale Vertretung verfassungsgemäß festgelegt; wenn der Senat als konservative Schutzwehr gestärkt, und wenn dem über 25 Jahre alten Bürger eine Stimme und dem über 40 Jahre alten zwei Stimmen gegeben werden.

Aber wir verlangen vorher Garantien für diese Forderungen, ehe wir für die Revision stimmen.

Man kam die Lobgefänge, die die liberalen und progressivistische Presse auf dieser Erklärung anstimmten, begreiflich finden. Für die sozialdemokratische Partei aber ist sie der Ausgangspunkt neuer Schwierigkeiten.

Allerdings wäre durch die Erklärung die Zahl der revisionsfreundlichen Abgeordneten um ein halbes Duzend gestiegen. Aber eventuell um welchen Preis! Was den Verzicht auf das Frauen-Stimmrecht und die Verstärkung des Senates für unsere Partei bedeutet, braucht hier nicht ausgeführt zu werden. Für das zu konvertierende Zweistimmen-System wird sich kein Sozialdemokrat erwidern können. Es könnte aber nicht ohne weiteres, wie bei früheren Gelegenheiten, mangels eines andren Ausweges, durch ein Kompromiß zwischen Liberalen, Doktrinären usw. als kleineres Übel Gesehenwerden.

Vor der Erklärung der Doktrinäre traten von den 152 Abgeordneten rund 65 für das allgemeine Wahlrecht sans phrase ein. Und befanden sich auch unter diesen 65 einige, die ähnliche Bedingungen wie Hymans zu stellen gewünscht hätten, so hätten sie schon in Anbetracht ihrer numerischen Schwäche aus rein taktischen Gründen davon Abstand nehmen müssen. Anders jetzt. Die Wankelmütigen schlagen sich auf die Seite Hymans, legen Presse in die bis dahin leidlich geschlossene Phalanx und erschweren dadurch die Eroberung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts. Die Anhänger der Parole: „Ein Mann, Eine Stimme“ haben durch den Eintritt Hymans in den Kreis der Freunde der Verfassungsrevision eher verloren als gewonnen.

Die Liberalen nützen diese gegebene Situation nun auch weiblich aus.

Der Drohung des Liberalen Goelaert, die Einführung des Frauen-Stimmrechts zu beantragen, wenn die Linke das allgemeine Wahlrecht erobern würde, wurde sowohl von ihm selbst als auch von seinen Parteianhängern anfangs eine nur minimale Bedeutung beigelegt. Als sich aber durch diese heillos gemachte Drohung die Liberalen und Progressisten ins Bodstorn jagen ließen, erlangte diese Drohung eine wachsende Bedeutung.

Man beizte sich, zu erklären, lieber auf das allgemeine Wahlrecht verzichten zu wollen, als den noch unter der Herrschaft der Pfaffen stehenden Frauen das Stimmrecht einzuräumen. Und auch im Lager unserer Genossen tauchten Meinungsverschiedenheiten auf, die erst nach langen Debatten beseitigt werden konnten. Als dann Genosse Vanderveelde in der Kammer mit seiner glühenden Verehrsamkeit für das Frauen-Stimmrecht eintrat, verlangten selbst die Progressisten, die sich mit den Sozialisten für alle Eventualitäten dieses Wahlrechtskampfes verbunden hatten, kategorisch die Ausscheidung dieser Frage sowie „Garantien“. Die Liberalen putzten nun aber dieses ihr Stedenpferd gehörig auf und führten es der Kammer mit den der Situation entsprechenden Reden vor.

Die Liberalen können aber das Frauen-Stimmrecht ebenso wenig wollen wie die Liberalen. Denn das schlägt ihrer ganzen Taktik und Tradition ins Gesicht. Gleichwohl gelang es ihnen durch diesen taktischen Zug, die Einigkeit der Wahlrechtsfreunde, hoffentlich nur vorübergehend, zu stören.

Die Frauen-Wahlrechtsfrage bzw. die sie begleitenden Umstände haben unsere Partei in eine ziemlich schwierige Lage gebracht, die zur Stunde noch keineswegs geklärt ist. Wenn sie nun auch den Argumenten der Liberalen, der „politischen Klause“, dem „sentimentalen Charakter der Frauen“ usw., kein großes Gewicht beilegt, so wird sie doch im Ernstfalle in dieser Frage eine ablehnende Stellung einnehmen müssen, und das nur aus rein taktischen Gründen. Für das Frauen-Stimmrecht gemäß dem Parteiprogramm einzutreten, bedeutet nichts Geringeres als eine Verzichtsleistung auf die Waffenbrüderschaft der liberalen Linen. Diese kann unsere Partei in diesem Kampfe nicht entbehren. Das wissen auch die Liberalen und deswegen fordern sie „Garantien“. Der Ende März stattfindende Parteitag wird diese Frage und noch einige andre, die den Wahlkampf betreffen, endgültig zu regeln haben.

Die Regierung selbst hat, streng genommen, eine endgültige Erklärung in der Wahlrechtsfrage noch nicht abgegeben. Aber sie ist zweifellos eine Gegnerin der Wahlrechtsreform. Regiert doch heute die liberale Majorität, deren Chef, Boeste, der eigentliche Ministerpräsident ist. Die Minister, die sich bis jetzt an der Wahlrechtsdebatte beteiligt haben, suchten mit allen möglichen und unmöglichen Argumenten die Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts herabzusetzen. Hierin sind sie nur ihren Vorgängern gefolgt, ohne aus deren, bei ähnlichen Gelegenheiten gemachten Erfahrungen Lehren gezogen zu haben. Und in der That ist das gegenwärtige Dreistimmensystem ein Mittel par excellence, regierungsfreundliche Majoritäten zu stande zu bringen.

In den Händen eines servilen Beamtentums kann bei Zerteilung der zum Beispiel zweiten und dritten Stimme riesig geschwindelt werden. Eine öffentliche Kontrolle über die rechtmäßige Zerteilung ist oft gar nicht oder nur sehr schwer möglich. Daß natürlich auch für andre unlaute Manipulationen das Pluralsystem die Türen weiter öffnet, als die Einstimmensysteme, versteht sich am Rande. Die Liberalen wissen dem auch sehr gut, was sie dem Pluralsystem zu danken haben, warum sie für den status quo sind und das allgemeine Wahlrecht bekämpfen. Für alle rechtlich Denkenden aber ist das System, das den Schwindelungen Vorschub leistet; das 900 000 Wählern 900 000 Stimmen und 537 544 Wählern 1 306 655 Stimmen verleiht, ein für alle Mal gerichtet. Und die Zahl der recht und billig Denkenden ist beträchtlich angeschwollen. Und sie sind fest entschlossen, diese politische Ungleichheit und Ungerechtigkeit zu beseitigen und die politische Gleichheit zu erlangen.

Die Regierung beizt sich, alle Vorkehrungen zu treffen, um eventuell den Ausbruch des Volkswillens zu unterdrücken. Aber auch das Volk rüstet sich, seinen Willen kundzugeben. Der Manifestation der Brüsseler Arbeiter ist das Miesmeeting in Charleroi gefolgt. Gent und Antwerpen haben gesprochen, und am vergangenen Donnerstag manifestierten 7000 Proletarier in Lüttich für das allgemeine Wahlrecht. Selbst in dem schwarzen Blandern regt sich's gewaltig. Täglich treffen Nachrichten von imposanten Wahlrechts-Manifestationen ein. Werden die Herrschenden in Belgien dem Willen des Volkes Rechnung tragen oder werden sie das Schicksal ihrer Vorgänger teilen? Die nächsten Wochen werden diese Frage beantworten.

Parlamentarisches.

Zölle und Verbrauchssteuern.

In der Budgetkommission des Reichstags gab am Mittwoch Abg. Richter (fr. Sp.) als Referent über Zölle und Verbrauchssteuern der Meinung Ausdruck, daß es sich nicht empfehle, zollpolitische Erörterungen hier zu pflegen.

Die Kommission stimmte dem zu.

Zur Sache führte Abg. Richter aus:

Bei der Bemessung der Einnahmen aus den Zöllen dürfe in diesem Jahre um so weniger eine mechanische Schablone in Anwendung gebracht werden, da sonst ein Voranschlag sich ergeben werde, welcher zu der Wirklichkeit in schroffem Widerspruch stehe. Die Berechnung des Bundesrats stützt sich auf den Durchschnitt der letzten 24 Monate bis auf die Getreidezölle, für welche die Verhältnisse der letzten 3 Jahre 1899—1900 in Anrechnung gebracht seien. So sei eine Aufrechnung zu stande gekommen, die schon um rund 18 Millionen hinter den Ergebnis für 1900 zurückbliebe. Wenn man aber die unglückliche Getreide-Ernte des Vorjahres in Betracht ziehe, die nach den vorliegenden Notierungen eine erhebliche Mehrernte schon erforderlich gemacht habe und noch erforderlich machen werde, ergebe sich eine sichere Mehreinnahme von rund 70 Millionen. Dieser besondere Umstand rechtfertige es, die Einnahmen aus Zöllen um mindestens 20 Millionen höher einzustellen.

Schatzsekretär Freiherr v. Thielmann meinte, daß die Zuschüsse zwar ein großer Schönheitsfehler sei, sie zu vermeiden sei aber unmöglich gewesen angesichts des Rückgangs der Konjunktur. Richters Schätzungen haben ja den Vorzug, daß sie auch die Ergebnisse der letzten Monate einbeziehen, was bei dem schon im Vorjahre aufgestellten Voranschlag der Regierung unmöglich gewesen sei. Aber auch Richters Berechnungen beruhen doch nur auf Schätzungen, welche ebenso fehlerhaft könnten wie die des Bundesrats. Deshalb bitte er, es bei den Etatsansätzen zu belassen.

In gleichem Sinne spricht sich der bayerische Staatsrat Freiherr v. Stengel aus, der betont: Die Einzelstaaten hätten ein lebhaftes Interesse daran, daß die Ueberweisungen nicht zurückbleiben hinter den Matritularbeiträgen. Wenn höhere Einnahmen aus Zöllen eingestellt würden, so werde eventuell die Enttäuschung in den Einzelstaaten um so größer sein. Dagegen, daß die Zuschüsse eine unzulässige Höhe erreiche, könne der Reichstag sich ja schon durch Aufnahme einer Klausel, wie sie Abg. Bachem im Plenum angeregt habe, derauf, daß vorgeschlagen werde, für den Fall von Mehreinnahmen aus Ueberweisungssteuern, die Ueberträge auf die Zuschüsse in Anrechnung zu bringen.

Abg. Müller-Gulda (C.) vertritt Richters Standpunkt. Schon bis zum 1. Februar 1902 hätten die Brutto-Einnahmen aus Zöllen sich auf 453 1/2 Millionen beziffert, für die beiden noch restierenden Monate Februar und März seien sie auf mindestens 70 Millionen zu berechnen, wahrscheinlich würde also das Rechnungsjahr 1901/1902 eine Gesamteinnahme von 525 Millionen ergeben, also weit über den Etatsantrag hinausgehen. Es sei auch mit Sicherheit anzunehmen, daß im folgenden Jahre entsprechend höhere Einnahmen erwachsen würden, da die Verhältnisse andauern, welche im Vorjahre dazu geführt hätten. Diesen eigenartigen Verhältnissen trage Richters Antrag Rechnung, deshalb sei auch er — Redner — für eine höhere Bemessung des Voranschlages, er wolle aber der Sicherheit halber nur 12 Millionen mehr einstellen.

Geheimrat Hansking ergänzt die Rede Thielmanns, indem er seinerseits Bedenken gegen eine Erhöhung des Voranschlages geltend macht.

Abg. Wasing (nall.): Was aus den Getreidezöllen mehr eintommen werde, werde an Uebersteuern fehlen. Richters Antrag erweise im besten Falle doch nur eine mögliche Wirklichkeit. Bei der Wahl zwischen zwei unsicheren Schablonen ziehe er die der Regierung vor.

Waldeser Ministerialdirektor Scherer erklärt, daß Richter selber immer richtig gefühlt habe. Seine Voraussetzungen hat sich glänzend bewährt. Das sei aber bei andren Durchrechnungen nicht der Fall gewesen. Dem Antrage Richter liege zwar ein durchaus gesunder Gedanke zu Grunde, es empfehle sich aber, denselben dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß die Zuschüsse von dem Ertrag der Ueberweisungssteuern abhängig gemacht werde.

Abg. Freiherr v. Hertling (C.) polemisiert im Sinne Wasing gegen Müller-Gulda und Richter. Es dürfe aber in keinem Falle eine Erhöhung der Matritularbeiträge in Frage kommen, denn Bayern könne keine weiteren Lasten tragen.

Abg. Richter (fr. Sp.) will die Zuschüsse grundsätzlich nicht als eine Einräumung der Finanzverwaltung des Reichs betonen lassen. Auf Anleihen dürften grundsätzlich nur Aufwendungen für dauernde Kapitalanlagen des Reichs genommen werden.

Staatsrat Frhr. v. Stengel sucht den Ausführungen Richters gegenüber nachzuweisen, daß das Prinzip der Zuschüsse über doch des Anleihezuschusses schon durch die legs Lieber in die Reichsfinanzierung eingeführt worden sei. 1899 seien mehr als 30 Millionen in Anleihezuschüssen aufgebracht, allerdings aber nicht verausgabt worden.

Abg. Bachem (C.) betont, das Prinzip der Zuschüsse sei trotz Stengel ein ganz neues. Früher sei ein Anleihezuschuß nur für den Reichsantrag in Frage gekommen.

Da hat es sich nur um eine formelle Zuschüsse gehandelt, hier aber solle eine materielle geschaffen werden. Den Uebel gegen Erhöhung der Matritularbeiträge müsse der Bundesrat bei sich selber ansehen und gegen höhere Flotten- und Meeres-Aufwendungen Stellung nehmen. In jedem Fall müssen die Zuschüsse, die ein finanzielles Horrenbum seien, das nicht eine einzige Lichtseite habe, beseitigt werden. Er werde deshalb

für den Antrag Müller-Gulda stimmen und nur im äußersten Notfalle einen eigenen Antrag auf Einführung einer Klausel einbringen. Abg. Richter (fr. Sp.) beantragt, die Einnahmen aus Zöllen auf 400 Millionen Mark zu erhöhen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Richter mit allen gegen 7 Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt, der Antrag Müller-Gulda auf Erhöhung um 12 Millionen mit 12 gegen 9 Stimmen der Konservativen, Nationalliberalen und der Abg. v. Hertling und Prinz Ardenberg (C.) angenommen.

Bei der Beratung über die Einnahmen aus der Uebersteuer interpelliert Abg. Richter (fr. Sp.) den Staatssekretär v. Thielmann wegen der Brüsseler Prämienkonferenz. Staatssekretär v. Thielmann bedauert, nicht in der Lage zu sein, über schwebende Verhandlungen Mitteilung zu machen, erklärt aber, seine Ueberzeugung gehe dahin, daß es diesmal wahrscheinlich zu einer Einigung zwischen den Mächten kommen werde.

Die Abg. Müller-Gulda (C.) und Dr. Ardenberg (Sp.) betonen, daß eine Aufhebung der Prämien nur unter Bewährung entsprechender Schutz für die heimische Zuckerindustrie erfolgen dürfe.

Abg. Richter (fr. Sp.) führt dagegen aus, daß ohne Ermäßigung unseres Zuckers England durch Erhebung eines Zuschlagszolls die Einführung unseres Zuckers ausschließen werde. Die Aufhebung unseres Zuckers sei schon nötig, zur Sprengung des Kartells, das sich nicht nur für die heimische Konsumtion, sondern auch für die Zucker verarbeitende Industrie als unerschwinglich erwiesen habe.

Abg. Szunda (C.) erwartet eine geringere Produktion für die kommende Kampagne. Auch die Konsumtion habe nachgelassen, da in seiner Gegend statt des Zuckers vielfach Saccharin genossen werde.

Nach längerer Diskussion wird der Etatsantrag dafür unverändert angenommen.

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

In der Nachmittags-Sitzung wird zunächst beschlossen, den Kolonialkatali wegen Behinderung des Kolonialdirektors erst am Donnerstagvormittag vorzunehmen.

Die Debatte wendet sich dann der Uebersteuer zu.

Die Sätze der Uebersteuer werden nach der Vorlage angenommen.

Nach längerer Geschäftsordnungs-Debatte, in der der Wunsch ausgesprochen wird, bei Beratung der Afrilabahn nicht wieder mit Usambaralaffe traktiert zu werden (Heiterkeit), wird die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Die Petitionskommission des Reichstags verhandelte am Mittwoch über eine Petition des Verbandes reisender Schausteller in Hamburg. Petenten fordern eine Abänderung der Gewerbe-Ordnung in dem Sinne, daß der den reisenden Schaustellern von ihren Heimatsbehörden ausgestellte Wandergewerbeschein nicht nur für den Heimatsbezirk, sondern überall im Deutschen Reich Geltung haben solle. Die Petition wird dem Reichskanzler als Material überwiesen.

Ferner fordert derselbe Verband die Beseitigung der Konzeptionspflicht für die Schausteller und die Aufhebung der Lustbarkeitssteuer, die in vielen Gemeinden von den Schaustellern gezahlt werden muß. Endlich wünschen die Petenten, daß der Aufhebung von Messen und Märkten, durch welche den Schaustellern die Gelegenheit zu ihren Schaustellungen immer mehr entzogen wird, durch Reichsrecht Einhalt gethan, und andre Wünsche mehr, über die die Kommission zur Tagesordnung übergeht.

Der ehemalige Viehhändler Fejter in Wülheim (Rhein) petitioniert um Gewährung einer Entschädigung für erlittene Verluste bei der Lieferung von Schlachtvieh während des Feldzuges von 1870/71. Er behauptet, von der Militärverwaltung zur Zeit der Belagerung von Paris eine Bestellung auf Lieferung mehrerer Tausend Hammel und Ochsen erhalten zu haben. Auf dem Transport sei unter den Ochsen die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen, so daß die Tiere auf Anraten der Behörden getötet werden mußten. Die Militärbehörde habe sich geweigert, die von ihm angekauften Hammel abzunehmen. Den ihm durch verweigerte Abnahme der Hammel und Tötung der Ochsen erwichenen Verlust beziffert Petent auf ca. 200 000 M. — Die Militärverwaltung bestreitet Herrn Fejter, eine feste Bestellung auf das genannte Schlachtvieh gemacht zu haben. Mit einer Schadenersatz-Klage wegen der getöteten Ochsen hat sich Petent bereits an die Gerichte gewandt. Er wurde jedoch damit in zwei Instanzen abgewiesen. — Nachdem sich die Petitionskommission bereits früher mit der Angelegenheit beschäftigt hatte, beschloß der Bundesrat, dem Petenten eine Entschädigung von 30 000 M. zu zahlen unter der Bedingung, daß dieser auf alle weiteren Ansprüche verzichte. Auf letzteres ist der Petent nicht eingegangen. — Die Petitionskommission beschloß aus neue, die Petition dem Reichskanzler zur Veranschlagung zu überweisen, mit der Maßgabe, daß dem Petenten 30 000 M. ohne jede weitere Bedingung ausgezahlt werden.

Partei-Nachrichten.

Ungeübte Vertreter ihrer Interessen haben die Parteigenossen in Harzgerode in den Gemeinderat gewählt. Das dortige Lehrerkollegium hatte an den Magistrat den Antrag gerichtet, den Unterricht in der Fortbildungsschule, der jetzt von 8 bis 10 Uhr abends erteilt wird, auf eine frühere Zeit, nämlich von 5 bis 7 Uhr, zu verlegen. Der Antrag wurde ausführlich mit guten Gründen versehen. Der Schulvorstand stimmte dem Antrag einstimmig zu und brachte zur Begründung noch weiteres beachtliches Material bei. Demgegenüber verlangten eine Anzahl Gemeinderats-Mitglieder vom Magistrat die Einberufung einer Gemeinderats-Sitzung mit dem Antrag, den Fortbildungsunterricht während des Sommerhalbjahres überhaupt zu schließen. In dem an den Magistrat gerichteten Schreiben wird gesagt, daß die Unterrichtsleiter zwar den Segen der Fortbildungsschule zu würdigen wüßten, daß diese aber im Sommer lästig sei; der Mittelstand leide ohnehin schwer. In den Unterzeichnern dieses Schreibens gehören auch die drei sozialdemokratischen Mitglieder des Gemeinderats. Wir wissen nicht, ob die Parteigenossen in Harzgerode dieses Vorgehen ihrer Vertreter gegen den Schulunterricht, das jedem Lehrlingsausbender und jedem Agrarier Ehre machte, billigen oder ob sie etwas dagegen zu thun gedenken; sozialdemokratischen Grundfragen entspricht es aber in keinem Fall.

Aus Industrie und Handel.

Ueber den Beschäftigungsgrad im deutschen Bergbau wird der „Arbeitsmarkt-Correspondenz“ von sachkundiger Seite geschrieben: Wenn die geschäftlichen Nachrichten über die Lage der Bergbau-Unternehmungen noch einen Zweifel lassen, so wird er durch geradezu unheimliche Uebereinstimmung beseitigt, mit der aus den verschiedensten Revieren Deutschlands vom Arbeitsmarkt berichtet wird, daß entweder die Zahl der Arbeiter oder der Grad ihrer Beschäftigung herabgesetzt ist. Von den größeren Bergbau-Bezirken ist bisher nur das Saarrevier von allgemeiner Förderbeschränkung verschont geblieben. Dagegen liegen die ober-sächsischen Gruben im Februar teilweise sogar wöchentlich 2 Feiertagen ein, auch die sächsischen Werke beschränkten die Schichtzahl. Im niederschlesischen Bodeen ist zur Zeit die Zahl der Feiertagen teilweise bis auf 3 und 6 monatlich für die einzelnen Gruben gestiegen. Die sächsischen Jechen sahen sich genötigt, die Arbeitsdauer täglich um 2 Stunden zu beschränken; nur in dem kleinen Flamenischen Grund wird noch voll gefördert. Von den mitteldeutschen Braunkohlen-Werken sind im Laufe des Februars ebenfalls Feiertagen eingesetzt, die Förderbeschränkung beläuft sich im Febr.-Menselwitzer Bodeen auf 10—15 Proz. Die

Laufiger Gruben leiden sehr stark unter Absatzmangel und werden auch zu Betriebsbeschränkungen übergeben müssen. Am härtesten ist die Krise im Ruhrbecken. Am 15. Februar haben die meisten Gruben Arbeiterentlassungen vorgenommen. Soweit bisher bekannt, beläuft sich die Ziffer der Kündigungen auf 23 000! Doch kommt nur ein Teil der Kündigungen zur öffentlichen Kenntnis. Da die Entlassungen allgemein sind, auch dem Vernehmen nach noch fortgesetzt werden, ist von einer anderweitigen Anlegung der Erwerbslosen einwilligen keine Rede. In der Februar-Versammlung der Reichsbanner (Kohlen-Syndikat) erklärte der Syndikatsdirektor, Aussicht auf baldige Besserung sei nicht vorhanden. Für Januar dieses Jahres betrug die Förderbeschränkung der Syndikatszechen bald 20 Proz.; eine solche Förderbeschränkung war noch nicht dagewesen seit Bestehen des Syndikats, im Februar dürfte sie aber noch größer sein. Die Tagespresse meldet, die entlassenen Arbeiter seien meistens Ausländer und jüngere. Dagegen behaupten die Bergarbeiter in ihren Verfammlungen — die bis jetzt fast ausnahmslos sehr stark besucht sind —, die älteren und einheimischen Leute würden mit Kündigungen zuerst bedacht. Holländer und vorzugsweise Italiener könnten bleiben. Auf vielen Gruben ist öffentlich ein Lohnabzug von 10—15 Proz. bekannt gemacht worden. Die Fachpresse verzeichnet Lohnverluste der Bergleute, die monatlich 30, 50 und mehr Mark ausmachen. Feierschichten, pro Woche 1—3, sind heute von den Syndikatszechen des Ruhrgebietes allgemein eingeführt. Die Nichtsyndikatszechen und Stüttenzechen stehen in dieser Beziehung bedeutend besser. Das Siegerländer Kassauische Eisenstein-Syndikat ordnete 25 Proz. Förderbeschränkung an. Die dortigen Grubenarbeiter sind schon seit Monaten erheblich in ihrer Erwerbsfähigkeit beschnitten. Ebenso die rheinischen Braunkohlen-Arbeiter, die bereits anfangen, bettelnd durch die Ortschaften zu ziehen. Große Stüttenwerke in der Rheinpfalz arbeiten schon seit Monaten mit stark vermindertem Betrieb. Aus dem rechtsrheinischen Bayern wird berichtet, die Kohlengruben (Bezirk München) und die fränkischen Erzgruben sähen sich genötigt, Feierschichten einzulegen; zu Arbeiterentlassungen sei es noch nicht gekommen, wohl aber sind die Löhne reduziert. Alles in allem genommen zeige der Arbeitsmarkt aufs Klarste: der Februar hat im deutschen Bergbau die Krise zur vollen Entfaltung gebracht!

Das Coakshyndikat wird, wie die „Rheinisch-Westf. Ztg.“ meldet, auch für den Monat März die Produktionsbeschränkung von 33 Proz. beibehalten.

Der Verband deutscher Glasfabriken, für dessen Zustandekommen die Interessenten sich eifrig bemühten, hat sich konstituiert. Der Verband beabsichtigt eine Preisobergrenze der Fabrikate herbeizuführen. Einige Werke stehen noch aus, jedoch erwartet man deren Beitritt in Kürze. Die Betriebe, welche Glas für Beleuchtungsanlagen herstellen, wollen in Anbetracht der großen Lagerbestände vorläufig gänzlich die Fabrikation einstellen.

Im die Zuckerprämie entbremsen jetzt der Kampf der Interessenten, vor allem sieht das Syndikat seine Stellung bedroht, wenn es zu einer internationalen Vereinbarung kommt, die der Zuckerprämie und dem hohen Schutzoll den Todesstoß verleiht. Dennoch fängt es auch in den Kreisen der Zuckerfabrikanten an zu dämmern, man erlernt, daß es mit der Prämienwirtschaft nicht so weiter geht, und schließlich die ungesunde Wirtschaftspolitik aufgegeben werden muß. Führt England seine Drohung aus und behandelt den Prämienzucker bei der Einfuhr differenziell, so würde der Zuckerindustrie in Deutschland und Oesterreich erst das Verlehrte ihrer Liebesgabenpolitik empfindlich dargehen werden, denn England ist für den deutschen Zucker das Hauptabsatzgebiet. Von diesen Erwägungen ausgehend, hat dem auch das Centralblatt für Zuckerindustrie die Aufhebung der Prämie als einen Erfolg für die Zuckerindustrie bezeichnet und es wehrt die hiergegen erhobenen Angriffe der Syndikatszeitung, der „Deutschen Zuckerindustrie“, mit folgenden überaus zutreffenden Bemerkungen ab.

Das Fachblatt „Die deutsche Zuckerindustrie“ ist mit seinem Latein zu Ende. In allen Lebensfragen der deutschen Zuckerindustrie hat diese Zeitung eine so bodenlose Intelligenz bewiesen, daß ein totaler Mißerfolg ihrer Politik gar nicht ausbleiben konnte, und es ist psychologisch durchaus folgerichtig, wenn das Blatt jetzt, nachdem es mit seiner Theorie vollständig Schiffbruch gelitten hat, sich verzweifelt in einem Wutanfall auf diejenigen stürzt, die seit Jahren in eindringlicher Weise vor den unabweislichen Folgen der Vernachlässigung des Inlandmarktes warnten, und deren Verurteilungen sich, wie Figuren zeigt, als durchaus begründet erwiesen haben. Das Mißverhältnis zwischen Erzeugung und Verbrauch — gedankenlos häufig nur als „Ueberproduktion“ bezeichnet — ist die unbedingte Folge der von der „D. Z.“ mit großem Eifer bestrittenen, dagegen von und stets als verfehlt, weil veraltet, bekämpften Prämien- und Steuerpolitik. Die Verheerung auf dem Weltmarkt ist eine herartige, der Preisstand im Auslande ein so niedriger, daß eine große Anzahl Zuckerfabrikanten, die beinahe mit mehr als zwei Dritteln ihrer Erzeugung gerade auf diesen Weltmarkt angewiesen ist, bereits vor dem Ruin steht. Ein Verbrauchsgebiet nach dem andern schießt sich durch Ausgleichszölle von der Einfuhr ab. Durch das Vorgehen Englands droht das Kartenhaus jetzt ganz zusammenzubringen.“

Die Hochbahn. Wie verlautet, beabsichtigt die Verwaltung der Hochbahn, in der nächsten Generalversammlung eine Erhöhung des Aktienkapitals von 4—5 Millionen vorzuschlagen, und außerdem werden sich für den weiteren Ausbau der Bahn die Aufbringung von Mitteln notwendig machen. Die Banknoten der Bahn haben den Vorschlag erheblich überschritten, sie waren mit 25 Millionen angesetzt und erreichen jetzt bereits 32 1/2 Millionen. Von sachmännlicher Seite wird die Rentabilität der Bahn sehr bezweifelt.

Die Neue Boden-Gesellschaft wird der Generalversammlung eine Dividende von 6 Proz. pro anno in Vorschlag bringen. Von dem Aktienkapital sind 400 000 M. das volle Jahr dividendenberechtigt und 28 000 000 das halbe Jahr. Die Gesellschaft ist aus dem Zusammenbruch der Spielzeug-Concerne entstanden. Sie diente, selbst eine Tochtergesellschaft der Deutschen Grundschuldbank, zur Reorganisation dieser verfallenen Bank. Der Abschluß des ersten Geschäftsjahres liefert einen treffenden Beweis, wie bei der Sanierung die Pfandbriefbesitzer benachteiligt wurden. Die Sanierung ging so vor sich, daß die 94 861 000 M. Pfandbriefe der Grundschuldbank von dem Garantiefonds, an dessen Spitze die Darmstädter Bank stand, mit 40 Proz. beglichen wurden oder den Pfandbriefbesitzer die Zusammenlegung von 4000 M. zu 1000 M. Aktien und 1000 M. Pfandbriefe angeboten wurde.

Den letzteren Weg konnten natürlich nur Leute wählen, die Pfandbriefe in Höhe von 4000 M. in Besitz hatten und ruhig die Entwicklung der Dinge abwarten konnten. Der Abschluß der Bank stellt ihnen jetzt eine reichliche Verzinsung des Aktienkapitals in Aussicht. Diejenigen aber, die eine abwartende Stellung nicht einnehmen konnten, haben dem Garantiefonds einen sehr erheblichen Vorteil in den Schoß geworfen. Aber selbst wenn alle Pfandbriefbesitzer den Umtausch gewählt hätten, ist der Gewinn des Garantiefonds kein geringer, denn die auf 47 490 500 M. reduzierten Pfandbriefe der Grundschuldbank, geteilt zur Hälfte in Obligationen und Aktien der Neuen Boden-Gesellschaft, sind von dem Garantiefonds gegen 51 600 000 Aktien und Obligationen der Neuen Boden-Gesellschaft übernommen. Ein sehr respektabler Verdienst, der bei der Sanierung für die Banken herausgekommen ist. Die schwer Hereingefallenen sind natürlich immer die kleinen Befitzer, die doppelt gerippt werden; einmal bei dem Zusammenbruch des Schuldgebändes und dann bei der von den Großbanken betriebenen Ausschüttung.

Sociales.

Amliches Anerkennnis der Arbeitslosigkeit. Die Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt hat an die Gemeindebehörden ihres Bezirks, der sehr stark industriell ist, folgende Verfügung erlassen:

Dresden, den 16. Februar 1902.

Sie werden hierdurch beauftragt, Anzeige darüber zu erstatten 1. wieviel ungefähr Arbeitslose, d. h. solche Personen, welche erst infolge des wenig günstigen derzeitigen Geschäftsganges aus der Arbeit entlassen worden sind, in dem Gemeindebezirk vorhanden, und

2. eventuell, ob seitens der Gemeinden Schritte gethan worden sind, um solchen Arbeitslosen durch Ausschüttung von Arbeiten auf Rechnung der Gemeinde oder sonst Verdienst zu verschaffen?
Königliche Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt.
Dr. Schmidt.

Die Anfrage wird allerdings nicht viel Erfolg haben; „ungefähr“ ist ein so dehnbares Wort, daß es dem opportunistischen Ermessen der Gemeindevorstände freien Spielraum läßt. Ohne Fählung der Arbeitslosen bleiben alle Angaben über deren Anzahl wertlos. Zudem nimmt die Erläuterung, daß als arbeitslos nur solche gelten, die erst infolge des schlechten Geschäftsganges arbeitslos geworden sind, der Umfrage jeden Wert. Anstatt als arbeitslos jeden Arbeiter zu betrachten, der keine Arbeit hat, sollen die Gemeindevorstände mit Hilfe ihrer Dorf-Gemeinde-Polizisten ein Urteil darüber abgeben, aus welchem Grunde jemand arbeitslos wird. Da wird was Schönes herauskommen.

Gegen die Mißstände in der Heimarbeit hat der Verband der christlichen Schneider und Schneiderinnen eine Petition an den Reichstag gerichtet, welche folgende Forderungen enthält:

1. Ausdehnung der Gewerbe-Zulassung auf die Hausindustrie, sowie Unterstellung der Heimarbeiter unter die gewerblichen Schiedsgerichte bei Streitigkeiten, welche aus dem Arbeitsverhältnis entspringen.

2. Ausdehnung der Arbeiterversicherungs-Gesetze auf die in der Hausindustrie beschäftigten Personen.

3. Verbot der Heimarbeit an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen, sowie der Nachtarbeit in der Zeit von abends 8 Uhr bis morgens 6 Uhr.

4. Verbot der Arbeit schulpflichtiger Kinder in der Heimarbeit.

5. Erlaß strenger Bestimmungen über die Einrichtungen der Arbeitsstätten in der Heimarbeit sowie Uebergangsvorschriften über die Abschaffung derselben.

6. Verbot des Zwischenschmeißer-Systems; die Arbeit ist seitens der Unternehmer direkt an die Arbeitnehmer zu verabfolgen.

7. Der Arbeitgeber ist zu verpflichten, eine Liste über die von ihm außer der Betriebswerkstätte beschäftigten Personen sowie deren Wohnung zu führen und auf Verlangen der Gewerbe-Zulassung Einsicht nehmen zu lassen.

8. Bei ausgebrochenen Krankheiten in Wohnungen und Räumen, in welchen Heimarbeit hergestellt wird, sind die konsultierenden Aerzte zu verpflichten, die Polizeibehörden zu verständigen; letztere haben dann während der Dauer derselben die Heimarbeit zu verbieten; außerdem sind auf Entschädigung der Gewerbe-Zulassungen für alle der Gesundheit und Sittlichkeit zuwiderlaufenden Zustände entsprechende Specialverordnungen zu erlassen.

Wenn es noch eines Beweises für die schauerhaften Zustände bei der Heimarbeit bedürft hätte, so ist er jetzt geliefert, wenn die geduldeten christlichen Schneider schon solche Forderungen erheben.

Ein Tubalidenhaus für Augenranke, die keiner Krankenhaus-Behandlung bedürfen, will die Landes-Versicherungsanstalt der Hausfäden errichten. Der Vorstand hat dem Ausschusse eine entsprechende Vorlage unterbreitet. Für Erwerb des in Aussicht genommenen Grundstücks sind 122 000 M. und für die zunächst benötigten Baukosten sind 100 000 M. zur Verfügung zu stellen. Der Plan geht dahin, nur kleinere Gebäude für etwa 25 bis 30 Pflanzlinge zu errichten. Zunächst soll ein derartiges Haus gebaut werden. Das in Aussicht genommene Grundstück ist etwa 43 Hektar groß.

Aus der Frauenbewegung.

Mit der Fintelhaushilfe beschäftigte sich eine Versammlung des Vereins „Frauenwohl“ am Dienstagabend. Nach einem Vortrage des Stadtrats Dr. Münsterberg, der hauptsächlich die geschichtliche Entwicklung der Fürsorge für die verlassenen und bedürftigen Säuglinge behandelte, entwickelte sich eine lebhafte Debatte, in der die Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung sich entschieden gegen die Fintelhäuser, aber für eine bessere Fürsorge für Wöchnerinnen und Säuglinge aussprachen.

Frauen in der Wohlfahrtspflege. Auf Veranlassung der Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit wird Amtsehrwürdige Rochne vier Vorträge aus dem Familienrecht halten. Er sollen den Zweck haben, Frauen, die sich bei sozialer Hilfsarbeit beteiligen wollen, einige gesetzliche Kenntnisse über Fürsorgeerziehung, Vormundschaftswesen und dergleichen zu vermitteln. Der erste dieser Vorträge, zu dem der Eintritt frei ist, findet Dienstag, den 4. März, um 6 Uhr, in der Aula der Dunderschen Schule, Lützowstr. 64, statt.

Die weibliche Abteilung beim städtischen Arbeitsamt in Mainz hat seit der Zeit ihres Bestehens eine stets steigende Zahl von Stellen vermittelt. Besonders stark ist die Entwicklung, seit die Leitung der Abteilung einer Frau übertragen worden ist. Dabei ist als besonders erfreuliche Wegweiserin die Tatsache zu konstatieren, daß die Zahl der privaten Gesundheitsämter zc. seit 1898 von 34 auf 20 gefallen ist.

Schutz der Frauen und Kinder.

Die Demonstration, die am vergangenen Sonntag in allen größeren Städten Italiens geplant war zu Gunsten der Einführung eines Gesetzes zum Schutze der Frauen- und Kinderarbeit ist nicht ganz programmäßig verlaufen. Es waren insgesamt 300 Versammlungen in Aussicht genommen; der Minister des Innern Giolitti hatte aber am Sonntagabend an die Präfecten telegraphisch mit der Weisung, die Versammlungen eventuell zu verbieten. In der offiziellen Presse wurde das Vorgehen des Ministers damit begründet, daß das Stabinnere (das ja demissioniert hat) sich nicht genügend Autorität zuzutraue, die bisher gewährleistete Versammlungsfreiheit aufrecht zu erhalten. Nun sind aber doch nur wenige Versammlungsverbote erlassen worden; außer in Turin und in Rom fast nirgends. Alle Versammlungen sind, soweit Nachrichten darüber vorliegen, glänzend verlaufen; es wurde überall eine gleichlautende Resolution angenommen, welche sich für den von der sozialistischen Fraktion eingebrachten Gesetzesentwurf ausspricht.

Versammlungen.

Der Provinzialtag der Maler, Lackierer und Anstreicher für die Provinz Brandenburg tagte am 23. d. M. im Berliner Gewerkschaftshause. Auf demselben waren 17. Delegierte, 3 Mitglieder des Agitationskomitees und 1 Vertreter des Hauptvorstandes anwesend. Vint, als Obmann des Agitationskomitees berichtete über die Thätigkeit desselben in den letzten 3 Jahren. Redner hob hervor, daß man dank der Laubst und Läßigkeit der Berufslosigen in einzelnen Orten von großen positiven Erfolgen nicht reden könne. Allerdings haben sich gegenüber den früheren Jahren laut einer von der Kommission herausgegebenen Statistik die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und auch die Zahl der organisierten Mitglieder, namentlich in Berlin und den Vororten gebessert. In Oranienburg, Wilmersdorf und Stranberg wurden Zahlstellen neu- und in Cuben, Bittenberge, Ludenwalde und Bethsan wiederholt Filialen von neuem errichtet. Die Zahlstelle Friedrichshagen ging verloren und schlossen sich die Mitglieder derselben wie auch einige Berliner der Lokalorganisation an. Redner bittet zum Schluß, in Zukunft das Agitationskomitee durch Rat und That unterstützen zu wollen. In der Diskussion wurde namentlich das Verhältnis zu der im Herbst 1900 in Berlin gegründeten Lokalorganisation besprochen und wurde von allen Rednern die Handlungsweise der letzteren bei der vorjährigen Tarifbewegung scharf kritisiert. In Bezug auf die weiter zu leistende Agitation der Vereinigung wurde vom Haupt-

vorstehenden Tobler-Hamburg die Hausagitation und die Hauskassierung der Beiträge empfohlen, da sich diese Methode besser zur Erzielung von Mitgliedern eigne, als die bisher abgehaltenen Versammlungen. Diefem neuen Projekt wurde auch von Meißner-Hendrich aus Rixdorf und Fleming-Charlottenburg zugestimmt, während Klotz-Berlin dem bisherigen Modus der Versammlungs-Agitation das Wort redet. Dem Provinzialtag lagen verschiedene Anträge zur Erledigung vor. Ein Antrag, der die Verschmelzung der Vorort-Filialen mit der Filiale Berlin verlangte, wurde zurückgezogen, da dies eine Sache der betreffenden Filiale selbst ist. Ein Antrag Kottbus: In der Nieder-Laufitz die Agitation kräftiger als wie bisher zu betreiben, wird dem Agitationskomitee zur Verlässigung übergeben. Ein Antrag Rixdorf, prozentuale Vertretung der Mitgliederzahl der einzelnen Filialen entsprechend auf den nächsten Provinzialtag zuzulassen, wurde abgelehnt, ebenfalls ein Antrag Fleming-Meißner, der wußt, für die Zukunft festzulegen, daß jeder Ort — sei es Filiale oder Zahlstelle — nur durch einen Delegierten auf den Provinzialtag vertreten sein müsse. Der Sitz des Komitees wurde in Berlin belassen und soll die Wahl des Komitees in einer kombinierten Versammlung Berlins mit den Vororten vollzogen werden. Unter „Agitation“ behandelte Vint ausführlich die Wichtigkeit der Bleiverfrage, des Bauarbeiter-Schutzes und ersucht, das Problem der Hausagitation in dem Sinne, wie es der Hauptvorstand den einzelnen Filialen schon mitgeteilt, in Gestalt der Vertretung von Agitationsvorsprechern und Agitationsnummern des Fachorgans, zu lösen. Wegen vorgerückter Zeit wurde von einer weiteren Diskussion abgesehen und somit der Provinzialtag geschlossen.

Die Tabakarbeiter kamen in einer zum 12. d. M. einberufenen öffentlichen Versammlung in der Brauerei Bölow zusammen, um sich ein Referat ihres Kollegen, des Reichstags-Abgeordneten Förster-Hamburg über die bereits geplante Mehrbelastung des Tabaks mit anzuhören. Der Referent legte klar, daß die Pläne über die neue Besteuerung auf Rohabak oder fertige Fabrikate noch sehr in Dunkel gehüllt sind, aber auf alle Fälle hat sich die Tabakindustrie nach dieser Seite hin etwas zu gewärtigen. Insbesondere machte Redner darauf aufmerksam, daß bis jetzt bei allen höheren Besteuerungen des Tabaks, die seit mehreren Jahrzehnten vor sich gegangen sind, die Arbeiter es waren, welche den größten Nachteil davon hatten. Aus diesem Grunde müssen die Tabakarbeiter schon jetzt anfangen, die Agitation so zu organisieren, daß sie gewappnet dastehen, wenn die dunklen Pläne der Regierung greifbarere Formen annehmen. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen und eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution einstimmig angenommen. Als im Jahre 1893 die Fabriksteuer drohte, fand sie, wie in der Diskussion hervorgehoben wurde, eine festgeschlossene und gut organisierte Tabakarbeiter-Schaft, welcher es möglich war, durch ihr zielbewusstes Vorgehen, durch Abhalten von Kongressen, Versammlungen und Einreichung von Petitionen der Regierung klar zu machen, daß der Tabak eine Mehrbelastung nicht vertragen kann. Die Versammlung wählte eine Kommission aus nachfolgenden fünf Mitgliedern: W. Börner, C. Sutty, M. Kiesel, M. Otto und Fr. Sperber, welche die nötigen einleitenden Schritte zur Agitation gegen jede Mehrbelastung des Tabaks in die Wege zu leiten hat.

Friedrichsfelde. In einer am 19. d. M. stattgefundenen öffentlichen Volksversammlung, welche von ca. 500 Personen besucht war, sprach der Reichstags-Abgeordnete Dr. Siedel über: „Sozialdemokratische Gemeindepolitik“. Die auch stark von Frauen besuchte Versammlung spendete dem Redner reichen Beifall. Zu Punkt 2 referierte Pinfeler über: „Wie sorgt die Gemeinde für die hiesigen Ortsarmen“. Die Ausführungen des Redners zeigten ein erschreckendes Bild von Vernachlässigung auf diesem Gebiet. In der Diskussion suchte ein Mitglied der Armenkommission die Ausführungen Pinfelers zu widerlegen resp. zu entkräften; Pinfeler rechnete jedoch mit der siebenköpfigen Armenkommission unter großem Beifall der Versammlung zum Schluß noch einmal gründlich ab. Bei der Ansetzung von Kandidaten zur Gemeindevertretung wurde einstimmig Schuhmacher Otto Pinfeler, Gutarbeiter Karl Gronwald und Lederarbeiter Adolf Kehr vorgeschlagen, welche die Kandidatur auch annehmen. Der vierte Kandidat kann erst später bekannt gegeben werden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Berechnung findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

G. M. Amerikanisches Bäckereibrot darf nicht mehr eingeführt werden. Das ist trotzdem immer noch in Deutschland zu finden, liegt daran, daß vor dem Zutritt des Gesetzes höhere Mengen eingeführt worden sind — Versuchen Sie es mit Autarky, Erlaube Programm — Gegenwärtig ist im Erscheinen begriffen ein Sozialdemokratisches Handbuch, das Max Schupp herausgibt. — Anleitung für das Studium nebst Quellenangaben geben zwei kleine neuerdings erschienene Broschüren von Knappmeier und Fr. Herz. Alles erhältlich durch die Buchhandlung, Dönhofsstr. 2.

H. P. 1870. Falls der nicht mitgeteilte Teil des Vertrages nicht andere Vorschriften enthält, hat Ferdinand S. 1500 M. zu beanspruchen. — Gneiffen. Die Klage hätte Anstand auf Erfolg. — H. P. 43. Sie müssen angeben: Wann der Vater verstorben ist? Wo? Wo er den ersten Wohnsitz nach der Heirat hatte? Ob ein Testament vorliegt? Wiederholen Sie Ihre Fragen unter Beibehaltung nach diesen Richtungen hin.

H. P. 100. 1. Vergleichen R. P. 43. 2. Amtsgericht in Halle a. S. — W. K. Strohsezen sind an die Staatsanwaltschaft schriftlich zu richten. — G. W. 19 und R. K. Rein, leider nicht. — L. K. 1. Ja. 2. Nein. 3. Wenden Sie sich direkt an das Krankenhaus. — H. P. 100. Ja. — C. K. Schöneberg. 1. Nein. 2. Ja. — Roter Angler. Wenden Sie sich an die Schulbeurteilung; möglich ist die Entlassung eines Kadetten ohne genauere Untersuchung. — Kälmer. Wenden Sie sich an das Kreis-Inspektorat. Ob ein Recht der Witwe zuzustehen, läßt sich ohne genaue Kenntnis der einschlägigen Papiere nicht sagen. — W. P. 9. 1. Ja. 2. Nein. — 1259. Sie müssen zahlen. — G. T. 46. Den Staatszugehörigkeitsausweis erhalten Sie von verschiedenen, von und wiederholt mitgeteilten Behörden in den verschiedenen Staaten. Wir können diese lange Aufzählung nicht wiederholen. Teilen Sie mit, von welchem Staat Sie den Ausweis haben wollen. — J. P. Sie müssen, falls Ihre Statuten nichts Gegenwärtiges enthalten, mit Ihrem Anspruch warten. — H. P. 100. Zunächst müssen Sie Stimmzettel beim Amtsgericht beantragen. — 100 P. 6. Rein. — H. P. 17. Ja. — H. P. 500. 1. Nein. 2. Ja. — Rixdorf 58. Mit einem Anspruch auf Miete können Sie im Klagenwege nicht durch. — G. P. 11. 1. Ja. 2. In allen Fällen kann auf Einziehung erkannt werden. 3. An das Amtsgericht. — P. K. 200. — G. P. 533. 1. Nein. 2. Circa 18 bis 24 Mark monatlich. — H. P. Ja.

Marktpreise von Berlin am 25. Februar 1902

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten.			
† Weizen, alt	D. Gr.	17,45	17,40
„ mittel	„	17,35	17,30
„ gering	„	17,25	17,20
† Roggen, alt	„	14,80	14,88
„ mittel	„	14,86	14,84
„ gering	„	14,82	14,80
* Weizen, alt	„	14,60	14,20
„ mittel	„	14,10	13,80
„ gering	„	13,70	13,40
* Weizen, alt	„	17,20	16,80
„ mittel	„	16,70	16,30
„ gering	„	16,20	15,80
† Weizen, alt	„	7,42	7,00
„ mittel	„	6,80	6,30
„ gering	„	6,40	6,00
† Weizen, alt	„	60,00	58,00
„ mittel	„	58,00	56,00
„ gering	„	56,00	54,00
† Weizen, alt	„	60,00	58,00
„ mittel	„	58,00	56,00
„ gering	„	56,00	54,00

Produktenmarkt vom 26. Februar. Getreide. Höhere Streichlich: ungarische und amerikanische Rotierungen veranlassen eine Steigerung der Preise. Aber bei der unveränderten Teilnahmslosigkeit der Käufer blieb dieser Verlauf ohne Erfolg und die Gesamtrendenz nahm mittags einen schwächeren Charakter an. Der wider Erwarten höhere Frost blieb ohne Einfluß. Weizen, der an gestriger Nachbörse weiter nachgegeben hatte, setzte

1/2 M. höher ein, um nachher wieder 1/2 M. im Preise zu weichen; über neue Offerten wurde nichts bekannt. Auch Roggen war anfänglich 1/2 M. gehoben, späterhin infolge vermehrten russischen Angebots leicht abgedrückt. Weizen war still, behauptet; Dinkel wenig verändert, Weizen eher eine Kleinigkeit teurer. — Weizen konnte sich nach weitausgehender Richtigkeit leicht erholen. — Aber bei der mangelhaften Teilnahmefähigkeit der Käufer blieb der Preis, die Preise zu erhöhen, ohne Erfolg. — Spiritus blieb unverändert; loco 70er 34,10 M.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 26. Februar 1902. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf standen: 671 Rinder, 2161 Ferkel, 1171 Schafe, 9491 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 10 Kilogramm Schlachtgewicht in Markt (beziehungsweise für 1 Pfund in Wien): a) vollfleischige, ausgewählte, höchsten Schlachtgewicht, bestehend 7 Jahre alt 60-60, b) junge fleischige, nicht ausgewählte und ältere ausgewählte 60-60; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 60-60; d) gering genährte jeden Alters 60-60. — Ferkel: a) vollfleischige höchsten Schlachtgewicht 60-60; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 60-60; c) gering genährte 48-52. — Ferkel und

Rinde: a) vollfleischige, ausgewählte Ferkel höchsten Schlachtgewicht 60-60; b) vollfleischige, ausgewählte Rinde höchsten Schlachtgewicht bis zu 7 Jahren 60-60; c) ältere ausgewählte Rinde und wenig gut entwickelte jüngere Rinde und Ferkel 60-60; d) mäßig genährte Rinde und Ferkel 47-48; e) gering genährte Rinde und Ferkel 42-46. — Schafe: a) feinste Wollschaf (Kölnschaf) und beste Sauglämmer 73-76, b) mittlere Wollschaf und gute Sauglämmer 62-66, c) geringe Sauglämmer 46-52, d) ältere, gering genährte (Ferkel) 42-46. — Schafe: a) Wollschaf und jüngere Wollschaf 56-58, b) ältere Wollschaf 48-52, c) mäßig genährte Wollschaf (Wollschaf) 60-60. — Schafe: a) vollfleischige, der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 220-280 Pfund schwer, 62-63; b) schwere, 280 Pfund und darüber (Rinder) 60; c) fleischige 59-61; d) gering entwickelte 56-58; e) Saugen 58-59. Für 100 Pfund mit 20 Proz. Tara.

Witterungsübersicht vom 26. Februar 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. in 6 u. 9 Uhr	Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. in 6 u. 9 Uhr
Eutin	756	SW	3	bedeckt	-7	Danzig	760	SW	3	bedeckt	-7
Hamburg	760	SW	2	bedeckt	-10	Bielefeld	768	SW	1	bedeckt	-8
Berlin	760	SW	2	bedeckt	-8	Frankfurt	768	SW	2	bedeckt	-8
Frankfurt	768	SW	2	bedeckt	-8	München	768	SW	2	bedeckt	-8
München	768	SW	2	bedeckt	-8	Wien	760	SW	2	bedeckt	-5
Wien	760	SW	2	bedeckt	-5						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 27. Februar 1902.
Zunächst gelinder, ziemlich frühe mit leichten Schneefällen und schwachen nordwestlichen Winden; später auffarend und etwas wärmer.
Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 27. Februar.
Opernhaus. Figaros Hochzeit. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Ein Sommer-nachtraum. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Schiller. Pfanders Mädchen. Pierauf: Die Komödie der Irrungen. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Es lebe das Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Mi-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Festung. Das Glück. Anfang 7 1/2 Uhr.
Menschen. Sein Doppelgänger. — Bescher: Die Bergschmied. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Untreu. — Colombine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Die Fiebermaud. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionsbühne. Delfes Eilen-cron's Bunnies Brett. Anfang 8 Uhr.
E. v. Wolzogens Buntes Theater (Heberdrell). Anfang 8 Uhr.
Scholl und Ransch. Serenissimus. Juchenspiele. Anf. 8 1/2 Uhr.
Trianon. Coralle u. Co. Anfang 8 Uhr.
Central. Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Seine Kleine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luffen. Wilhelm Tell. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weisk. Das Jungfernstift. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Fiebermaud. Anfang 7 1/2 Uhr.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Pierauf: Cr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Crypsus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Metropol. 'ne feine Nummer. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Don Juan in der Hölle. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Cafino-Theater. Lustige Bräuer. Carlos. — Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Die süßen Mädel. Anf. 8 Uhr.
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Irronia. Tausendstr. 48/49. (Zum Theater) Abends 8 Uhr.
Invalidenstraße 57/62. Täglich: Sternwarte.

Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Sonnabend, den 8. März 1902:
13. STIFTUNGS-FEST
in den Räumen des **Palast-Theaters** (früher Feen-Palast)
Burg- und Wolfgangstrassen-Ecke
bestehend in
Gesangs-Aufführungen und Theater-Vorstellung.
Festrede, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten **Ledebour.**
Nachdem: **Tanz.**
Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang präcise 8 Uhr. **Billets 20 Pf. Der Vorstand.**
Programm gratis.

Urania.
Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Passage-Theater.
Ganz Berlin spricht von der 7-jährigen **Lola Gray** in dem Mimosdrama
Der Bajazzo und sein
Kind.
Lauzetta * Tiso * Amon
16 erstklassige Nummern!
Täglich ausverkauft!
In Vorbereitung:
Der kleine Cohn ist da!!
Burleske in einem Akt von Robert Breitenbach.

Castans Panopticum
Friedrich-Strasse 165.
Neu! Der Boerenkrieg!
Vorst. 11-1 vorm. u. 4-10 nachm.
Neu! **Gutenberg** und die Buchdruckkunst. Konzert und Vorträge. Entree 50 Pf. Kinder u. Militär ohne Charge 25 Pf.
Voranzelge! Am 1. März **Boerenfest.** Anfang 8 Uhr abends. Billets 1 M. in Vorverkauf und a. d. Hauptkasse.

Cirkus Schumann.
Heute Donnerstag, 27. Februar, abends präcise 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend.
L'encydre lumineuse! in Feuer und Flamme, durchgeführt von Fräulein Dora Schumann.
Neu! Zum erstenmal! Neu!
Push-Ball
Amerikan. Sports-Spiel durchgeführt von **Amerikanerinnen**
Ideal. Hannoverischer Falden-Schule in ganz neuer Gangart dreifach und geritten vom Direktor Alb. Schumann.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Anfang 8 Uhr.
Das Jungfernstift.
Operette in 3 Akten von Ernst Guinot. Musik von Jean Wilbert.
Morgen und folgende Tage: **Das Jungfernstift.** — Sonnabend-nachmittag: **Hans Hudebein.** Sonntag-nachmittag: **Das Schloss am Meer.** Sonntagabend: **Preziosa.**

Casino-Theater.
Vollingstr. 37.
Glänzender Erfolg! Abends 8 Uhr.
W. Richter in „Lustige Bräuer“.
Hans Berg in „Christus“ etc. etc.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 1/2 Uhr.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Seine Kleine.
Große Aufregungspötte mit Gesang und Tanz in 3 Akten.
Paula Worm a. G., Guido Thielhöfer, Gerda Walde. „Hab' Sie nicht den kleinen Cohn gesehen?“ Premierabend. Pianist: Herr B. Bannowitsch.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag, 2. März, nachm. 3 Uhr, kleine Preise: **Alexandra**, Drama in 4 Akten von R. Bos.

Schall und Rauch
(Kleines Theater)
Unter den Linden 44.
Donnerstag, 27. Feb., abds. 8 1/2 Uhr: Gastspiel von **Eman. Reicher.** „Die Frau des andern“, Komödie in 1 Akt v. Lasko. „Geschichten vom toten Rabbi“, improvisierte Soloscene von Emanuel Reicher. **Serenissimus-Zwischenspiele** Bauernkomedi. Abschiedssouper.
E. von Wolzogens
Buntes Theater (Heberdrell)
Köpnickerstr. 68.
Heute abends 8 Uhr u. a.: „Atellenspiel“, „Nora-Parodie“, „Zufall“ von Falda. „Strohwitter u. Strohwitter“, Bozsa Bratsky, Kompositionen und Begleitung Oskar Strauss. **Marcel Salzer.**

Metropol-Theater
Thomas, Bender, Josephi.
Mit vollständig neuer prachtvoller Ausstattung:
'ne feine Nummer!
Burleske Ausstattungspötte mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 3 Bildern von Julius Freund.
Im 4. Bilde:
Franchens Geburtstagstisch. Anfang 8 Uhr.
Rauchen über all gestattet.
Sonnabend, den 1. März: **Vierter und letzter Metropol-Theater-Ball.**

Palast-Theater
(früher Feen-Palast)
Burgstr. 22.
Direktion: Winkler u. Fröbel.
Donnerstag zum letztenmal das glänzend erfolgreiche
Februar-Programm!
Neu! Gebrüder Wardal, Neu! die lustigen Lieberbreiter, Neu! Freddy Froloff, Neu!
Nur noch bis Donnerstag **Dir. Wilhelm Fröbel** in der lustigen Aufregung-Operette
Die süßen Mädel.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Billet-Vorverkauf v. 11-1 Uhr.
Freitag, den 28. Februar:
Fräulein Heilvorstellung.
Robert Dill-Beneff.

Deutsche Konzerthallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Größt. Vergnügungsort Berlin
Internationale Konzerte u. Spezialitäten-Vorstellung
Tägl. Anstich des „**Urbock**“ **Bockbier-Jubel u. Trubel.**
Ausschank:
Berliner Bock-Brauerei.
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.
Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.

Belle-Alliance-Theater.
Die Dame aus Trouville.
Emil Sondermann a. G. Ferd. Worms
Rigi Dietler. Nola Marton.
Lebensbild in
Pierauf: **Cr.** 1 Akt.
Abends 8 Uhr u. Propold Thurner a. G.
Sonntag-nachmittag 3 Uhr: **Von Stufe zu Stufe.**

Apollo-Theater.
Anfang 8 Uhr:
Don Juan in der Hölle
Das phänomenale Spezialitäten-Prgr.

Grosse Indische Menagerie
im Exerzierhaus
(am Prenzlauer Thor)
Lothringersstr. 1-7.
Täglich 3 große Vorstellungen. 4, 6 und 8 1/2 Uhr. Dressur mit Löwen, Tigern, Wölfen u. Hyänen, sowie **Löwen-Ringkampf** und Fütterung um 4 u. 8 1/2 Uhr.
Entrée: I. Platz 1 M., II. Pl. 60 Pf., III. Pl. 25 Pf., Kinder unter 10 Jahren und Militär ohne Charge zahlen auf I. u. 2. Pl. die Hälfte, dem 3. Pl. 15 Pf.
Die Direktion: **Fross.**

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Jeden Sonntag, Freitag und Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
Eine Theaterprobe.
Nach jeder Probe: **Tanzkränzchen.**
Entrée wie gewöhnlich, Tanz frei.

W. Noacks Theater.
Vollingstr. 16.
Hopsenraths Erben.
Goldstück mit Gesang in 3 Akten von G. Wilen. Musik von G. Michailidis.
Heute: **Tanzkränzchen.**
Freitag: **Verlorene Ehre.**

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 1/2 Uhr.

Cirkus Busch
Donnerstag, 27. Febr., abends 7 1/2 Uhr: **Klondike, Original-Pantomime** des Cirkus Busch und die großartigen Spezialitäten.
Dr. Simmel, Prizanstr. 59.
Spezialarzt für 7/19* **Haut- und Harnleiden.**
10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4

Berlins grösste Fischhandlung
empfiehlt von täglich frischem Fange und täglich frischer Zufuhr in Kühlwaggons frische, geräucherter und marinierte
Seefische
zu bekannt billigen Preisen.
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“
Hauptkassale Berlin C. 22. Bahnhof Börse, Bogen 9-10.
II. Filiale: **Lüneburgerstr., Ecke Paulstr.**
III. **Prinzenstrasse No. 30.**
IV. **Madalstr. 22, i. Schles. Bahnh.**
Diese Woche:
Schellfische in allen Größen **25-35 Pf. pro Pfd.**
Calbian auch ohne Kopf und **30-35 Pf.**
Seelachs 25-30 Pf. und im **35-40 Pf.**
Gratlunder, Notzungen, Schollen, Seehardt, Kaurchahn, Austerfisch, Goldbars, Seibutt, Tarbutt, Steinbutt, Seezungen etc. gleichfalls billig.
Lebende Hammer 2,50 Mk. pro Pfd.
Feinste Holländer Austern Dtzd. **Mk. 1,50-2,00**
Johs. Skorezyk, Generalvertreter für Berlin.

Freie Volksbühne.
Sonnabend, den 15. März, abends 8 Uhr, im grossen Saal der **Brauerei Friedrichshalm:**
Märzfest
unter Mitwirkung des Fräulein **Laura Detschey** und Herrn **Gustav Waschow** vom Theater des Westens und Herrn **Eduard v. Winterstein** vom Lessing-Theater.
Festmarken a 50 Pf. vom 1. März ab in allen Zahlstellen.
8. Serie der Vorstellungen im Berliner Theater:
Wilhelm Tell
am Sonntag, den 16. März, 1.2. Abtelling, **Anfang 2 1/2 Uhr.**
S. B. Abteilung kommenden Sonntag 2 1/2 Uhr. im **Lessing-Theater:** Haus Rosenhagen.
Der Vorstand: I. A.: G. Winkler.

Germania-Drachsfale
Arnold Scholz, Chausseestr. 105.
Jeden Donnerstag: 34250*
Bergler-Konzert und Familien-Kränzchen.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Freitag 7 Uhr. Nur erstklassige. Direktion:
Sonntag 5 Uhr. Spezialitäten. **J. M. Hätt.**
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung**

Ausverkauf
wegen Aufgabe des Ladengeschäfts.
Alle Waren im Preise ganz erheblich herabgesetzt. 34479*
D. Wurzel & Co., Köpnickerstr. 160.

THE FINANCIAL AND COMMERCIAL BANK, LIMITED.
(FINANZ- & HANDELSBANK)
Capital, £ 300 000 Fully Paid. Aktienkapital RM. 3 000 000 Vollbezahlt.
28, Clemens Lane, Lombard Street, LONDON, E. C.
Telegraph-Adresse: **AMIRALAT, LONDON.**
AN- und VERKAUF von Wertpapieren an der **LONDONER** Börse. BEIHEINUNG von sämtlichen an Londoner und Berliner Börsen kursierenden Wertpapieren bis 95 pCt. des Kurswertes, Lombardstrasse 28, 4 pCt. angelt. **Konkursverteilung.** Wechsel-discounting. Tägliches Kursberichte, Anfragen über alle an der Londoner Börse gehandelte Effekten werden ausführlich beantwortet.

Zur **Ballsaison.** Für Vereine und Gesellschaften.
Cotillon, Masken, Zauber-, Scherz-Artikel, Damenspenden, Polonaise-Dekorationen.
Paul Schimlick, Festlichkeitsbedarf.
Tel. VIa, 11873. Berlin, Friedrichstrasse 235. 3503L*

Steppdecken
Steppdecken in allen Farben und Grössen in Wolle und Seide. Alte Decken werden neu bezogen. Wer Zuthaten hat, dem fertige ich Decken von 1,50 M. an. Auch einzelne Decken stets am Lager.
Nabe Alexanderplatz. 3390L*

Julius Fischer!
Weiß u. Banrijahier-Lokal.
2. Wahlkreis, Zahlstalle 1.
Boeckstr. 7.
Berelubzimmer mit Pianino zu 25 Personen.

Interessen-Verein der Kistenmacher Berlins und Umgegend.

Todes-Anzeige. Den Mitgliedern und Kollegen zur Nachricht, dass unser langjähriges Mitglied, der Kistenmacher Georg Schimpf...

Todes-Anzeige.

Allen Kollegen und Freunden die traurige Nachricht, dass unser Kollege und Mitarbeiter, der Kistenmacher Georg Schimpf...

Central-Verband d. Maurer Deutschlands

(Zahlstelle Berlin II.) Den Mitgliedern zur Nachricht, dass unser Verbandskollege Adolf Grund...

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler

u. anderer gewerblicher Arbeiter. Zahlstelle Wilmersdorf. Am 25. Februar verstarb nach kurzen Leiden unser Mitglied, der Arbeiter Reinhold Ulrich...

Verband der Bau-, Erd- u. gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Wilmersdorf. Die Beerdigung findet am 25. Februar an Langenentzundung verstorbenen Kollegen Reinhold Ulrich...

Orts-Krankenkasse der Sattler, Berlin.

Montag, den 24. d. Mts., verstarb das Mitglied Willy Eggersdorf (Werkstatt Fischer u. Richter).

Gesangverein Arion II, Kummelsburg.

Todes-Anzeige. Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, dass unser Sangesbruder, der Kistenmacher Georg Schimpf...

Patentanwalt Dammann, Moritzplatz 57.

Dr. med. Schaper homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.

Central-Verband d. Maurer Deutschlands

(Zahlstelle Berlin II.) Den Mitgliedern zur Nachricht, dass unser Verbandskollege Adolf Grund...

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler

u. anderer gewerblicher Arbeiter. Zahlstelle Wilmersdorf. Am 25. Februar verstarb nach kurzen Leiden unser Mitglied, der Arbeiter Reinhold Ulrich...

Verband der Bau-, Erd- u. gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Wilmersdorf. Die Beerdigung findet am 25. Februar an Langenentzundung verstorbenen Kollegen Reinhold Ulrich...

Orts-Krankenkasse der Sattler, Berlin.

Montag, den 24. d. Mts., verstarb das Mitglied Willy Eggersdorf (Werkstatt Fischer u. Richter).

Gesangverein Arion II, Kummelsburg.

Todes-Anzeige. Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, dass unser Sangesbruder, der Kistenmacher Georg Schimpf...

Patentanwalt Dammann, Moritzplatz 57.

Dr. med. Schaper homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.

Moabit! VI. Wahlkreis. Moabit!

Donnerstag, den 27. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Volks-Versammlung im „Moabiter Gesellschaftshaus“ (Peter S), Alt-Moabit Nr. 80/81.

Arbeiter-Bildungs-Schule.

Sonntag, den 2. März cr., abends 7 Uhr, in Cohns Festsälen, Beuthstrasse No. 20: Vortrag des Genossen Eduard Bernstein über: Einkommensbewegung u. die Aufgaben der Volkswirtschaft.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Sonntag, den 2. März, vormittags 10 Uhr, im Saale der Brauerei Friedrichshain (vorm. Zipp), Am Friedrichshain 22-29: Außerord. General-Versammlung.

Steinarbeiter.

Sonntag, 2. März, mittags 12 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15: Öffentliche Versammlung.

Lichtenberg. Friedrichsberg.

Volks-Versammlung bei Höflich, Frankfurter Chaussee 121.

Naturheilmethode.

Heute, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr: Öffentlicher Vortrag. Nervenleiden Neuroästhenie (Schlaflosigkeit) und die Behandlung der Nervösen.

Berliner Gewerkschafts-Kommission.

Heute Donnerstag, 27. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I: Versammlung der Delegierten.

Orts-Krankenkasse für das Bierbrauer-Gewerbe zu Berlin

Alte Schönhauserstr. 32, Hof I. Am Freitag, den 7. März, abends 8 Uhr, findet die ordentliche General-Versammlung im Gewerkschaftshaus Engel-Ufer 15 im Saal I statt.

Masken-Garderobe von Carl Ernst

Als Veranlassung dient die Delegiertenliste per 1901/1902. Um recht pünktlich und zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand, Otto Wolf, Vorsitzender.

van Houten's Cacao

1/2 Kilo genügt für 100 Tassen

Die Nordhäuser Kautabakarbeiter-Genossenschaft

Sucht per sofort oder 1. April einen kaufmännisch gebildeten Geschäftsführer.

Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk. Anzüge nach Mass von 25 Mk. an M. Schulmeister, Schneidermeister, Dresdenerstr. 4, Hauptstrasse 143

Kleine Anzeigen. Jedes Wort 5 Pfennig.

Verkäufe. Kleines Materialwaren-Geschäft mit Rolle zu verkaufen Urbanstraße 33. Vorjährige elegante Perlenketten...

Nähmaschinen, preiswerte Veranschaffung, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung nach allen Stadtteilen...

Vermischte Anzeigen. Rechtsbureau „Westen“, Potsdamerstraße 26 b. Materstellung in schwierigen Fällen...

Schlafstellen. Zimmer. Teilnehmer zum Zimmer 10 1/2, Markt, Fohlsbüchse 5, Hof parterre.

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Volksfänger - Gesellschaft, Weandstraße 4, Siedingstraße 4.

Vermietungen. Zimmer. Teilnehmer zum Zimmer 10 1/2, Markt, Fohlsbüchse 5, Hof parterre.

Das Gesundheitswesen im Stadthaushalts-Gesetz.

Mit dem städtischen Gesundheitswesen verknüpft hat sich die Öffentlichkeit in den letzten Wochen eingehender beschäftigt, als nur freiwilligen Stadtvätern lieb sein konnte. Von sozialdemokratischer Seite ist im Reichstag und in der Stadtverordneten-Versammlung die Krankenpflege der Stadt scharf beleuchtet worden. In der Stadtverordneten-Versammlung erklärte der Magistratsvertreter, die Gemeinde könne „mit Stolz“ auf ihre Ausgaben für die Krankenhäuser blicken, aber nach derhinstem Minister unterließ er, hinzuzufügen, wie groß Berlin ist und wie weit die von der Stadt gemachten Aufwendungen noch hinter dem Bedürfnis zurückbleiben. Im übrigen kommt es gerade auf diesem Gebiete nicht allein auf eine freigebige Dotierung des Etats an. Es ist nicht minder nötig, daß an der Spitze des Ressorts eine Persönlichkeit steht, die ihrer Aufgabe gewachsen ist.

Im Etat für 1902 sind für das ganze Kapitel Gesundheitswesen 8 540 286 M. Ausgabe und 2 670 614 M. Einnahme angelegt, so daß ein Zuschuß von 5 869 672 M. zu leisten ist. Die Krankenpflege — der, wenn man so sagen darf, primitivere Teil des Gesundheitswesens — erfordert allein 7 441 086 M. Ausgabe. An Einnahmen werden hier 1 954 970 M. erwartet, mithin wären 5 487 016 M. durch Zuschuß zu decken. Davon sind angelegt für die Krankenhäuser 3 171 126 M. Ausgabe, 1 324 840 M. Einnahme, 1 846 286 M. Zuschuß, für die Irrenanstalten 4 270 800 M. Ausgabe, 630 130 M. Einnahme, 3 640 730 M. Zuschuß. Entsprechend der Zahl der Anstalten ist der Krankenhaushaus-Etat in 8, der Irrenanstalts-Etat in 3 Einzel-Etats zerlegt — eine zu weitgehende, überflüssige Spezialisierung. Die Erhöhung der Anstaltsätze in den städtischen Anstalten hat diesen in den letzten Jahren erhebliche Mehrerlöse gebracht, aber sie hat es andererseits auch manchem Familienwater noch mehr als bisher erschwert, dem Verlust seines Wohnraums vorzubeugen. Unter den städtischen Krankenhäusern erscheint jetzt zum erstenmal das Kaiser-Friedrich-Kinder-Krankenhause (208 650 M. Ausgabe, 28 500 M. Einnahme, 180 150 M. Zuschuß), das am 1. Oktober endlich in städtische Verwaltung übergegangen ist. Eine Vermehrung (die längst notwendig war) werden die Kinderpflege-Anstalten später durch das Krankenhaus an der Seefraße und durch die Irrenanstalt in Buch erfahren, die beide im Bau sind und für die der Bau-Etat wieder beträchtliche Posten fordert. Der Mangel an Anstalten ist aber allmählich so groß geworden, daß schon jetzt wieder, noch ehe diese beiden Anstalten fertig sind, an weitere Vermehrung gedacht werden muß, wenn dem Bedürfnis genügt werden soll. Weiterhin ist übrigens die wichtige Rolle, die in den Aufwendungen für die Krankenpflege die Irrenfürsorge spielt. Die Irrenhäuser erfordern heute doppelt so viel Zuschuß wie die Krankenhäuser. Zur Krankenpflege gehört, genau genommen, auch die Sickenfürsorge, aber die Sickenhäuser sind in dem Etat nach altem Brauch dem Armenwesen zugewiesen. Der Zusammenhang mit der Armenpflege ist ja leider für die gesamte Krankenpflege noch nicht beseitigt, während für das Volksschulwesen das hemmende Abhängigkeitsverhältnis, in dem es früher zum Armenwesen stand, glücklichweise schon seit Jahrzehnten gelöst ist. Dem principientreuen Freisinn will es, wie gerade im letzten Jahre monche Verhandlungen gezeigt haben, noch immer nicht einleuchten, daß die Mühsicht auf das Gemeinwohl auch für die Krankenpflege eine völlige Lösung von der Armenpflege gebietet.

Die vorstehende Gesundheitspflege, die Frucht einer fortgeschrittenen Entwicklung des Gesundheitswesens, liegt in Berlin noch mehr im Argen als die Krankenpflege. Im Etat für 1902 sind hierfür rund 1 068 270 M. angelegt, wovon, da an Einnahmen 715 644 M. erwartet werden, 352 626 M. aus dem Stadtsäckel zu bestreiten sind. Uebrigens kommen von diesen Ausgaben allein 319 970 M. auf die Heimstätten für Genußende, die noch halb zur Krankenpflege gehören. Der Zuschuß beträgt hier noch Abzug der auf 223 990 M. geschätzten Einnahmen 95 980 M. Die Bade-Anstalten bieten mit dem erfreulichen Aufschwung, den sie in letzter Zeit genommen haben, ziemlich den einzigen Lichtpunkt in unserem städtischen Gesundheitswesen. Sie erfordern dabei nur 14 872 M. Zuschuß, bei 476 826 M. Ausgabe und 461 954 M. Einnahme, erhalten sich also fast ganz selber. Die Warm-Badeanstalten bringen sogar noch einen kleinen Ueberschuß, der aber durch die Flußbäder mit aufgebraucht wird. Die Schul-Frausebäder wurden bereits beim Schul-Etat aufgeführt. Erwähnung verdient hier noch, daß zum erstenmal auch für den Schwimmunterricht von Gemeindefehlern ein kleiner Posten (1000 Mark) eingestellt ist — ein erfreulicher Anfang. Die Desinfektionsanstalt rechnet auf 180 394 M. Ausgabe und nur 29 700 M. Einnahme (meist aus Gebühren), braucht also 150 644 M. Zuschuß. Völlig auf die Gebühren zu verzichten, das geht nicht; wahrscheinlich fürchtet man, daß dann die Anstalt zu sehr in Anspruch genommen würde und zu viel kostete. Wenn wir noch die Ausgaben für Rettungswesen, Impfwesen und Sanitätskommission (80 000, 28 000, 12 100 M.) erwähnen und aus Specialetat 45 die Unterstützung einiger Vereine hinzufügen, dann ist ja wohl alles erschöpft, was über Berlins vorbeugende Gesundheitspflege zu sagen wäre.

Um gerecht zu sein, muß allerdings hervorgehoben werden, daß zur Gesundheitspflege im weiteren Sinne auch die Kanalisation, die Reinigung und Beseitigung der Straßen, die Müllbeseitigung gehört; ferner die Wasserversorgung (die in Berlin immer noch nicht ganz zweifelslos ist), auch die Regelung der Lebensmittel-Versorgung durch Viehhof und Markthallen, am Ende auch das Fortwoelen. Wollten wir aber hier aufzählen, was weiter noch dazu gehört, aber noch nicht vorhanden ist, dann würde eine mindestens ebenso lange Liste herauskommen. Das städtische Amt für Nahrungs-mittel-Untersuchung ist ja nun gesichert. Dagegen ist z. B. die städtische Wohnungsaufsicht noch immer ein frommer Wunsch, dessen Erfüllung der Stadt Ausgaben verursachen und dafür nichts anderes einbringen würde, als Förderung der Volksgesundheit. Ähnlich sieht es um die Schulhygiene, um die Förderung einer Wöchnerinnenfürsorge, einer Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und um manche andere Forderung. Ein nennenswerter Fortschritt in unserem städtischen Gesundheitswesen ist freilich, auch wenn mehr dafür aufgewendet würde, so lange nicht zu erwarten, als dieses Ressort nur im Nebenamt verwaltet wird. Beim Schulwesen wie beim Wasserwesen ist dieser einer Großstadt unwürdige Zustand, der hier noch zu Anfang des 19. Jahrhunderts in Berlin bestand, seitdem längst beseitigt. Beim Gesundheitswesen behält man sich noch am Anfang des 20. Jahrhunderts, im Zeitalter der Hygiene, mit einem unbesoldeten Stadtrat, der zwar ärztlicher Fachmann ist, der aber über die Angelegenheiten seines Ressorts meist falsch oder unvollkommen unterrichtet ist und als Hygieniker im geringsten Fall den Namen eines „Amateurs“ verdient.

Zu den Gemeindevahlen.

Steglich. Die bevorstehenden Gemeindevahlen und die daraus resultierende Mäßigkeit unserer Parteigenossen haben zu Bege gebracht, was bis jetzt nicht gelingen wollte: die gesamten bürgerlichen Parteien und Parteien, die sich noch bis vor kurzem bis aufs Messer bekämpften, haben ein Herzensbündnis geschlossen, um der verhassten Socialdemokratie den Weg zum Rathaus zu verlegen. Daß bei diesem Bündnis der Mieterverein und die bisherige Opposition, die „Unabhängigen“, ihre Kandidaten in einem Flugblatt der Grundbesitzerpartei empfehlen lassen, ist ja Geschmacksache, daß aber diese Kandidaten als unabhängige Männer der Wähler der dritten Klasse empfohlen werden,

die doch fast nur aus Handwerkern und Arbeitern bestehen, das ist ein Demagogisches, daß an Dreifigkeit nichts zu wünschen übrig läßt und eine geradezu polizeiwidrige Ueberschätzung der Wähler voraussetzt. Glauben diese Herren wirklich, daß die Wähler es vergessen haben, daß der von ihnen vor zwei Jahren gewählte Kandidat des Mietervereins, Herr Fischer, seine Mandatgeber eifrig im Siche ließ und zur Mehrheit abgewandte; daß er eben nur der Kandidat der Mieter, aber nachher der Vertreter ihrer Gegner war und noch ist? Sollten die Wähler der dritten Klasse wirklich noch den Kandidaten eines Vereins ernst nehmen können, dessen Mitglieder ihrem Vorhaben ein Vertrauensvotum anstehen, nachdem durch seine Stimme eine Verschlechterung des Gemeinde-Wahlrechts durchgedrückt war? Bei mit normalem Verstand begabten Wählern dürfte die Unterföhrung einer derartigen Kandidatur ausgeschlossen sein. Für unsere Parteigenossen ist die Situation jetzt klar: der Ordnungsbrei steht ihnen geschlossen gegenüber, denn auch der Palmi-Mieterkandidat, der Rationalsociale Weinhausen, erklärte am Freitag in einer Versammlung, daß sein Feldgeschrei natürlich laute: „Gegen die Socialdemokratie!“

An den Parteigenossen liegt es nun, am Wahltag zu zeigen, daß die Arbeiterkraft nicht länger gewillt ist, sich von einer Kapitalisten- und Grundbesitzerliche entziehen zu lassen, sondern durch die Wahl von Kandidaten aus ihren eignen Reihen ihre Interessen zu wahren. Um unseren Kandidaten zum Siege zu verhelfen, ist es jedoch unbedingt nötig, daß ein jeder Parteigenosse seine Pflicht voll erfüllt und alles daran setzt, die Stimmigen aufzumuntern und für die Wahl zu interessieren. Die Wahlen der dritten Klasse finden statt am Montag, den 3. März, nachmittags von 4 bis 8 Uhr, in der Turnhalle der Gemeindefschule für den I. Bezirk; unser Kandidat ist der Gastwirt Schellhase.

Der II. Bezirk wählt in der Turnhalle des Gymnasiums unsere Kandidaten, den Schloffer Bielow. Am Sonntag früh 8 Uhr ist bei Schellhase, Thormstraße Treffpunkt für alle Genossen, welche am Tage der Wahl ihre Dienste dem Wahlkomitee zur Verfügung stellen wollen. Zahlreiches Erscheinen wird bestimmt erwartet.

Pankow. Für heute abend 8 Uhr ist nach dem Vergerschen Lokal hier eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung einberufen. Die Parteigenossen werden ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen, da uns selbst ein Lokal zur Einberufung einer eignen Versammlung nicht zur Verfügung steht.

Pankow. Am Donnerstag, den 27. d. M., abends 8 1/2 Uhr findet bei Köll, Spandauerstraße, eine Wählerversammlung sämtlicher Gemeindevähler Pankows statt. Das Sekret hat der Genosse Reichstädtgeordneter Pankow übernommen, außerdem findet die Aufstellung der Kandidaten statt. Es ist Pflicht jedes Wählers, in der Versammlung zu erscheinen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Ueber die politische Rechtslosigkeit der Frau spricht Montag-abend Reichstags-Abgeordneter Paul Singer in einer bei Altem in der Hasenheide stattfindenden Volksversammlung.

Lichtenberg. Heute abend 8 1/2 Uhr findet in Höflichs Lokal „Schwarzer Adler“, Franzfurter Chaussee 121, eine Volksversammlung statt, in der Genosse Robert Ahrens über das Krankenwesen einen Vortrag hält.

Tokales.

Mittelstandretter Arbeiterfreundschaft.

Ihr Herz erndet hat mit einem Male die „Staatsbürger-Zeitung“, die Beschägerin des bekanntlich immer nur „bildlich“ redenden Drehscharren Wädlers. In einer Besprechung des neuen Haushalts-Etats der Stadt Berlin tritt sie für die — Arbeitslosen ein. Man beachte wohl: die „Staatsbürger-Zeitung“ für die Arbeitslosen — das selbe Blatt, das sich sonst nicht genug thun kann in Beschimpfung der Arbeiter. Die Staatsbürgerin fordert städtische Koststandsarbeiten und thut, als würde sie nichts dagegen einzuwenden haben, wenn die Gemeinde die Steuern erhöhen wollte, um die dazu erforderlichen Mittel zu beschaffen. Was werden die Gefinnungsgenossen des Blättchens, die in der Stadtverordneten-Versammlung sitzen oder saßen, zu dieser plöylich erwachten Zärtlichkeit für die Arbeiterklasse sagen — der bei den letzten Stadtverordneten-Wahlen durchgefallene Rechts-anwalt Ulrich sowie der als einziges Ueberbleibsel der „Bürgerpartei“ den roten Hause noch gebliebene Stadtverordnete Pregel! Haben doch diese Herren die nur ganz seltenen Gelegenheiten, bei denen sie in der Stadtverordneten-Versammlung überhaupt in die Verhandlungen eingriffen, fast nur zu Kundgebungen trassierter Arbeiterfeindschaft benützt: Herr Ulrich, indem er bei der Petition gegen die Getreide-zölle den Junkern beisprang und den Protwucher verteidigte — Herr Pregel, indem er in der Debatte über die Wohnungsnot die Wohnungswucherer in Säug und den Arbeitern Faulheit vorwarf. Die „Staatsbürger-Zeitung“ hat freilich ihr warmes Herz für die Berliner Arbeiter jetzt wohl nur deshalb entdeckt, weil sie einen Vorwand braucht, den „Vorwärts“ anzurempeln. Die bei Besprechung des Stadthaushalts-Etats von uns eingehaltene Bemerkung, bei den gegenwärtigen Beziehungen zwischen Stadtverwaltung und Staatsregierung könne man Bedenken gegen die Steuern zu erhöhen, weil damit der staatlichen Aufsichtsbehörde ein willkommener Anlaß zu einer neuen Einnahme in die Berliner Kommunalverwaltung gegeben werde, wird von dem Blättchen mit dreifler Verdrehung so ausgelegt, als seien wir um diesen Preis auch für Koststandsarbeiten nicht zu haben. Merkwürdigerweise wird aber von der „Staatsbürger-Zeitung“ gleich dahinter betont, daß die Wähler der socialdemokratischen Stadtverordneten bekanntlich nur unerheblich zu den Steuerlasten der Stadt beitragen“. Weiter unten wird noch deutlicher auf die Höhe der Steuerrechnung hingewiesen, auf die „65 Millionen Mark, welche einige Tausend Berliner Bürger aufzubringen haben, wels“ letztere dann obendrein noch von denen, welche in der dritten Abteilung im Stadtverordneten-Kollegium den großen Mund haben, ohne Steuern zu zahlen, mit Rosenamen wie Hausagrarier, Mittelstandretter, Reaktionsäre förmlich überschüttet werden“. Es ist ein wahres Glück, daß so der Verfasser dieser konfusen Ausführungen die vorgenommene Maske des Arbeiterfreunds noch rechtzeitig fallen läßt. Am Ende hätte sich die „Staatsbürgerin“ sonst noch die Genuß der von Grund und arbeiterfeindlichen Hausagrarier, Mittelstandretter und Reaktionsäre verschert, aus denen sich ihr spärlicher Leserkreis zusammensetzt. Denn gerade diesen Leuten darf man am allerwenigsten im Ernst mit der Gemüthung kommen, die nach Versicherung ihres Preßorgans fast nur von ihnen aufgebracht Steuern noch zu erhöhen, um zum Vorteil der Arbeitslosen Koststandsarbeiten ausführen zu lassen.

Preisherabsetzung. Die städtischen Gaswerke haben den Preis für Coals auf 1 M. pro Hektoliter herabgesetzt.

„Der Wahre Jacob“ Nr. 5 ist auch heute noch nicht ein- getroffen. Auf unsere telegraphische Anfrage beim Verleger erhielten wir die Antwort, daß die ganze Sendung in Bayern liegen geblieben sei, so daß die Ausgabe in Berlin erst am Freitag, den 28. d. M., früh 8 Uhr, erfolgen kann.

Die Sterblichkeit hält sich in Berlin in diesem Winter erfreu- licherweise auf einer verhältnismäßig geringen Höhe. Bisher ist die Zahl der Sterbefälle nur selten in einer Woche über 600 hinaus- gegangen. Die höchsten Zahlen waren 628 in der Woche vom 29. Dezember bis 4. Januar und 618 in der Woche vom 2. bis 8. Februar. Im Winter 1900/01 war die Sterblichkeit meist über 800 Fälle in der Woche hinausgegangen, mehrfach sogar über 700, und in der vierten Januarwoche war sie bis auf 750 gestiegen. Im Winter 1899/1900 war sogar die 800 einige Male überschritten und in der dritten Februarwoche als Höchstzahl 861 erreicht worden. Der Rück- gang der Sterblichkeit in dem laufenden Winter ist zu einem guten Teil darauf zurückzuführen, daß diejenigen Krankheiten, deren Ent- wicklung durch Erkältungen begünstigt wird, zumal die Erkrankungen der Atmungsorgane, in den letzten Monaten eine verhältnismäßig geringe Verbreitung gefunden haben, während sie in den vorher- gehenden Wintern eine recht bedeutende Zahl von Opfern gefordert hatten.

Die Erinnerung an Victor Hugo, die dieser Tage von der gesamten Presse wachgerufen wurde, veranlaßt uns, auch daran zu erinnern, daß drei seiner besten Romane in der von der Buch- handlung Vorwärts herausgegebenen Illustrierten Romanbibliothek „In freien Stunden“ abgedruckt sind, und zwar sein Revolutions-Roman „1793“ mit prächtigen Original-Holzschritten und Zeichnungen von Victor Hugo selbst; der sociale Roman: „Die Armen und Glenden“ mit künstlerischen Federzeichnungen von Damberger, und der historische Roman: „Der lachende Mann“ mit den herrlichen Originalzeichnungen von D. Bierge. Jeder dieser Romane ist in den Original-Halbjahresbänden zu 3,50 M. und in Halbfranz zu 4 M. zu beziehen. Zur Zeit veröffentlicht die „Freien Stunden“ den Roman „Der Bastard“ von R. Spindler, dem Verfasser des von unsen Lesern feinerzeit mit so großem Beifall aufgenommenen Romans „Der Jude“. Neben dem „Bastard“ erscheint ein kleiner Roman von Gorki und eine er- greifende Geschichte von P. Loti: „Ein Seemann“. Wir können unsen Lesern das Abonnement auf die Zechnungsbücher der „Freien Stunden“, für die jeder Colporteur Bestellungen entgegennimmt, aufrichtig empfehlen.

Im Berliner Verein für Schulgesundheitspflege, der vorgestern im Bürgeraal des Rathauses versammelt war, unterzog der bekannte Breslauer Augenarzt Professor Dr. Hermann Gehr die Berliner Schulbücher und Zeitungen vom augenärztlichen Stand- punkt aus einer kritischen Betrachtung. Unter Hinweis auf die mit der Bildung stetig fortschreitende Kurzsichtigkeit stellte er die Forderung auf, nicht so der Füllung der Schicht der Schüler, als den Gegenständen, die die Kurzsichtigkeit verursachen, erhöhte Auf- merksamkeit zuzuwenden. In diesem Zweck wäre zunächst notwendig, eine Prüfung der Lichtstärke in allen Schulräumen und deren einzelnen Teilen, also namentlich auch in den Ecken und Winkeln vorzunehmen, zu welchem Zweck der Redner einen neu konstruierten Apparat vorführte. Sodann müsse man sich entschieden mehr als bisher um den Druck von Büchern und auch von Zeitungen kümmern. Der Redner hat 50 Berliner Schulbücher in Bezug auf den Druck untersucht und dabei festgestellt, daß 26 „schlecht gedruckt“, 16 „teil- weise schlecht gedruckt“ und nur 8 „gut gedruckt“ sind. — Als Forderung stellte Prof. Gehr auf, daß durch eine einen Quadratcentimeter große Oeffnung nicht mehr als zwei Zeilen sichtbar sein dürfen, wenn ein Buch der Augenhöhe entsprechen soll. Die Höhe eines „n“ muß mindestens 1,5 Millimeter, die Entfernung eines „n“ von dem darunter stehenden kleinen Buchstaben muß mindestens 2,5 Millimeter, und die Dicke der Buchstaben, die jetzt nur 0,2 Millimeter ist, muß mindestens 0,3 Millimeter betragen. Noch diesen Forderungen ist die kleinste Schriftart, die in Schulbüchern angewendet werden darf, Korpus Fekatur beziehungsweise Korpus Antiqua mit 2,5 Millimeter Durchmesser.

Der Ausschuß zur Beratung der Magistratsvorlage über die Uebernahme und Einrichtung der Heimstätte der Heimstätte Gütergog hat unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsiehers Dr. Langerhaus nach einer Besichtigung des Inventars folgendes beschlossen: Die Versammlung ist damit einverstanden, daß vom 1. Juli 1902 ab das jetzige Sanatorium der Landesversicherungs- Anstalt Berlin in Gütergog als dritte Heimstätte für Brustkranke in Betrieb genommen und mit Männern belegt wird, sowie daß vom gleichen Zeitpunkt ab in die Heimstätte Malchow kranke Frauen aufgenommen werden, und bewilligt die zu diesem Zweck erforder- lichen Mittel aus den Ueberschüssen des Etatsjahres 1900. Die Auf- nahme erfolgt nach denselben Grundätzen, wie sie für die schon bestehenden Heimstätten für Brustkranke gelten.

Gegen den „Doktor“ Paul Neumann, über dessen Flucht wir bereits berichtet haben, wurde die Strafanzeige erstattet, daß er auf den Namen eines mit ihm befreundet gewesenen Studenten der Medizin Wechsel in der Höhe von 8000 Mark gefälscht habe. Das Gepäck des Dr. Neumann, das dieser auf dem Bahnhof Friedrich- straße in Verwahrung gegeben hatte, wurde von der Kriminalpolizei mit Beschlagnahme belegt.

Die Pflanzung des Tiergartens ist jetzt in vollem Umfange beendet, nachdem damit im Winter 1897/98 begonnen worden war. In diesem Winter wurde der Teil auf der Südseite von der Hoffägar- Allee bis zur Reichsbahngrenze ausgeteilt, so daß die Arbeiten einen Zeitraum von 5 Jahren erfordert haben. Die Anlagehaltung der Tiergartenfläche mit ihren umfangreichen Rasenanlagen erfordert einen bedeutend höheren Aufwand an Unterhaltungskosten, die auf 240 000 M. festgelegt worden sind.

In die Hände von vier Räubern gefallen ist letzte Nacht der Arbeiter Beher aus der Gartenstr. 158, der kürzlich aus der Provinz nach Berlin gekommen war, um sich hier als Antiker zu verbinden. Beher war Dienstagabend in einem Gasthose der Invalidenstrasse an einem Tische mit vier Räumern bekannt geworden, die sich angelegentlich um seine persönlichen Verhältnisse kümmerten und für sein Fortkommen zu sorgen versprochen. Sie versprachen unter anderem den Beher, ob er in wenigen Stunden ein ausständiges Geld verdienen wollte, wenn er sich an einem Pferde- transport nach Rauen beteiligen würde. Beher sagte freudig zu. Anfangs wollten ihn seine „Gönner“ in aller Fröhe wecken kommen, später aber überredeten sie ihn, gleich mit ihnen nach der Husten- straße 73 mitzugehen, von wo der Aufbruch nach Rauen erfolgen sollte. Als Beher mit seinen vier Begleitern im Fluß des genannten Hauses stand, schlossen die Leute das Haus von innen ab und fielen über den ahnungslosen Mann mit Säcken, Brecheisen und Schläuchen her und verletzten ihn derart, daß er bewußtlos zusammenbrach. Dann beraubten sie ihn seines Portemonnaies mit 30 M. Inhalt, seiner Uhr und sonstiger Besätze, sowie eines Gepäckcheines, auf den sie gestern am frühen Morgen am Seltener Bahnhof den Reiterlord Beher, der seine Habgierigkeiten enthielt, anwiesen. Den Korb haben sie alsdann in der Nähe des letzter Bahnhof in die Spree geworfen, wo er vollständig geleert herausgeholt wurde. Beher selbst erlangte erst nach 1 1/2 Stunden das Bewußtsein wieder und wurde in ein Krankenhaus gebracht. Die Kriminalpolizei, die sofort die Ermittlungen einleitete, hat

Bereits zwei der Räuber, den 25 Jahre alten Arbeiter Caspary und den 30jährigen Wäcker Conrad, beide im Hause Auguststr. 50 wohnhaft, verhaftet.

Ein merkwürdiger Straßeneinfall ereignete sich am Dienstagabend. Von der elektrischen Straßenbahn wurde vor dem Haupte Gartenstr. 153 der Arbeiter Schmidt überfahren und anscheinend schwer verletzt. Da er nicht gleich befreit werden konnte, wurden durch den Feuermelder zwei Hügel der Feuerwehralarmiert. Als diese in schnellstem Gang an der Unfallstätte erschienen, kreuzten zwei Radfahrer den Weg der Feuerwehralarmiert. Um sie nicht zu überfahren, mußten die Fahrzeuge stoppen, wobei nicht verhindert werden konnte, daß eine Dampfmaschine mit dem Straßenbahnwagen zusammenstieß und ein Radfahrer auf den Bürgersteig flog. Der Arbeiter wurde unter dem Wagen hervorgeholt und nach der Unfallstation in der Giesendorffstraße gebracht.

Bei der Arbeit erwischte wurde in der letzten Nacht ein Goldwaren-Dieb Oskar Günther, ein mehrfach vorbestrafter Mensch, der an der Spitze einer Einbrecherbande stand. Mit drei Helfershelfern fuhr er auf dem letzten Straßenbahnwagen nach der Reinholdsdorferstraße und stieg in der Nähe des Hauses Nr. 10 ab. Nachdem sie sich nach allen Seiten umgesehen hatten, hoben die Spitzbuben an der Uhren- und Goldwaren-Handlung von Franz die Krollade in die Höhe und zertrümmerten behutlos eine Scheibe. Während drei Mann draußen blieben, um aufzupassen, stieg Günther ein, um die wertvollsten Sachen auszuwählen und herauszurufen. Ein Schuttmann, den die Einbrecher nicht gesehen hatten, beobachtete von einer dem Hause gegenüberliegenden Bedürfnisanstalt aus das Treiben der Einbrecher, kam dann aus seinem Versteck hervor, stieg ebenfalls in den Laden ein und nahm Günther fest, während seine Helfershelfer entflohen und von einem Wächter und einem andern Schuttmann nicht wieder eingeholt werden konnten. Günther, das Haupt der Bande, hatte bereits eine sorgfältige Auswahl getroffen, als der Beamte ihn am Kragen nahm und auf die Wache brachte.

Und verlebtem Ehrgefühl in den Tod gegangen ist der 48 Jahre alte Gärtler Emil W. vom Kottbusser Ufer. W., der in guten Verhältnissen lebte, war seit Anfang dieses Jahres brustleidend und arbeitsunfähig, geriet aber in den Verdacht, daß er nicht arbeiten wolle. Diese Krankheit wollte er nicht überleben. Gestern mittags ging er von Hause weg, aber nicht, wie er angab, um frische Luft zu schöpfen, sondern um sich im Tiergarten zu vergnügen. Eine Schuttmannspatrouille fand ihn in der Nähe der Löwenbrücke und brachte ihn in ein Krankenhaus. Hier starb er noch ganz kurzer Zeit. In einer Aufzeichnung, die er hinterließ, beklagte sich der Unglückliche, daß er für faul gehalten werde, weil er nicht arbeite, während er krank sei. Frau und Kinder möchten ihm vergeben.

Die Abgehärteten. Wenn ein Schuljunge die alten Griechen nach abgebildet sieht, so wird er von Reid und Borne zugleich erfüllt. Er erwägt, wie schön es ist, wenn man niemals wegen gerissener Hosen geprügelt werden kann und auch des Morgens sich nicht erst anzuziehen braucht. Man kann da eine Viertelstunde länger schlafen. Nur im Winter wird die Sache mühselig. Wenn es friert und schneit, giebt ein jeder der unästhetischen Tracht von heute den Vorzug und bewundert nur selten den alten Sokrates, der ohne Winterüberzieher und barfuß den Schnee vor seiner Thür fortgeschöpft haben soll. Die verweichlichten Kinder des 20. Jahrhunderts aber auch im Winter an die griechische Nacktheit zu gewöhnen, hat sich der Deutsche Verein für intelligente Leibeserziehung zum Ziel gesetzt. Im letzten Sommer haben wir mehrfach auf das Licht- und Luft-Sportbad am Kurfürstendamm hingewiesen, wo der männliche Mensch in reiner Nacktheit, nur der lieben Polizei zuliebe mit einem Schutz angehen, sich stählender Übungen hingab. Eine Rekrutruppe jener Männer hat aber auch dem Winter Trotz geboten. Am Sonntag haben wir im Sportbad eine gar nicht einmal kleine Gesellschaft, vom zehnjährigen Knaben bis zum stattlichen Bierziger sich bei einigen Grad Kälte nadeln tummeln. Man turnte, lief und sprang im Freien umher, ohne im mindesten sich vor Schmutzen und Justingen zu fürchten, und ein ganz besonderes Vergnügen war es für manche, den nackten Körper unangeseht im Schnee zu wälzen. Andre übten sich in Athletenkünsten oder führten Ringkämpfe auf. Groß war die Freude aber, als ein Photograph herangedrückt kam, um für eine heftige Zeitung Gruppenbilder der Wettkämpfer aufzunehmen. Ein anderer Umstand erfüllte die Abgehärteten noch mit Stolz. Ein Athleten-Verein hatte sein Erscheinen zugesagt, war aber nicht gekommen. Natürlich war es nach allgemeinem Urteil die Furcht vor dem Schmutzen, welche das Riesengeschlecht abgehalten hat, sich mit den Mitglidern des Vereins für intelligente Leibeserziehung zu messen. Und dann kam noch ein Drittes hinzu, dessen die meisten der Abgehärteten sich rühmten. Sie verkündeten, daß sie Vegetarier seien; was lag da näher, als die Schlupffolgerung, daß der Rücken vor Tierleichen wesentlich zur Stärkung des Menschen gegen Winterfälle beiträgt!

Nachleben in der Friedrichstraße. In die Damenreihe Friedrichstraße 85 kamen gestern morgen gegen 1/2 Uhr drei gut gekleidete Herren. Nachdem einige Glas Bier geleert waren, begann die kleine Gesellschaft Karten zu spielen. Das Spiel währte nicht lange. Zwei der Herren gerieten mit dem dritten in Streit, und ehe es das Personal verhindern konnte, war es zu Thätlichkeiten gekommen. Die eine Partei sahnte den dritten an, warf ihn zu Boden und schlug mit Biergläsern auf ihn los. Die Angreifer hieben, nachdem schon die Gläser gedrohen waren, mit den Schwerden den Wehrlosen auf den Kopf und in das Gesicht, bis er endlich blutüberströmt und mit fruchtlosen Verletzungen besetzt aus den Händen der sich wie wahnsinnig Gebärdenden befreit werden konnte. Der Schwerverletzte, ein Droguenhändler aus der Chausseestraße, wurde nach der Unfallstation I in der Wilhelmstraße gebracht, wo der dirigierende Arzt mit dem Verbinden der teilweise sehr gefährlichen Wunden zwei Stunden zu thun hatte.

Die vollständige Ausrüstung im Gewerkschaftshaus wird am Freitag, den 28. Februar, geschlossen. Am Donnerstag, den 27., und Freitag, den 28. Februar, finden noch Vorträge verbunden mit Führungen statt, zu denen Eintrittskarten a 30 Pf. im Cigarengeschäft von Dorsch, Engel-Mer 15, zu haben sind. Die Vorträge beginnen Punkt 9 Uhr abends und dauern bis gegen 10 1/2 Uhr.

Feuerbericht. Eine reiche Brandchronik weisen die letzten 24 Stunden auf. Mittwochstr. 1 Uhr wurde die Wehr nach der Königsstr. 47 gerufen, wo in dem Cigarengeschäft von B. Kruidt auf noch nicht ermittelte Weise Feuer ausgebrochen war. Es gelang indes die Flammen mit einem Rohre in kurzer Zeit zu erlöschen. Kurz vorher brannten in der Hauptstadt. I in einer Gastwirtschaft eine Holzwand und Vorhang. Dienstagabend erfolgte ein Alarm von dem Kaufhaus Spittelmarkt. Hier hatten in der im ersten Stock untergebrachten Damenmanteifabrik von S. Bernhard, Konfektionswaren Feuer gefangen, dessen Abblöschung aber auch bald erfolgen konnte, so daß der verursachte Schaden nicht erheblich ist. In der Urbanstr. 36 mußte vormittags 7 Uhr ein Brand abgelöscht werden, der den Fußboden und die Kalkenisse ergriffen hatte. Dienstagabend gingen in der Gartenstraße 45 Kleidungsstücke und Möbel in Flammen auf, während in der Fehrdellmeyerstr. 88 Holz und Lampen Feuer gefangen hatten. Außerdem waren noch Alarmierungen von der Blücherstr. 69 und Lange-straße 88 zu verzeichnen. In beiden Fällen handelte es sich um kleinere Wohnungsbrände, die noch im Entstehen unterdrückt werden konnten.

Aus den Nachbarorten. Ein Submissionsblitz. Man schreibt uns aus Lichtenberg: Zum Erweiterungsbau des Wasserwerks Lichtenberg wurde der Bedarf von Altterland ausgeschrieben. Die Angebote schwankten zwischen 12,30 und 7 M. per Kubikmeter. Dem Mindestfordernden, einem Unternehmer D. in Spandau, wurde der Zuschlag mit 7 M. erteilt. Der Sand wurde auf die Baustelle ge-

fahren, und da gleichzeitlich derselbe Unternehmer für die Betonarbeiten solchen zu liefern hatte, auch für letztere Zwecke zum Teil verwendet. Nunmehr macht der Unternehmer der Bauleitung den Vorschlag, daß der auf der Baustelle befindliche Sand gewaschen und vorschriftsmäßig auf die Filler gebracht werden möge, dafür solle pro Kubikmeter 5 M. berechnet werden. Das heißt, der mit 7 M. angebotene Sand stellt sich auf 12 M. In das nicht uninteressante Wettbewerb. Wenn nun hier die Unverfrorenheit auch pure Ablehnung erfährt, ein netter Beitrag zum „Blindstigebot“ bleibt sie doch.

Armenhaus-Zustände in Friedrichshagen. Im Herbst vorigen Jahres gab der Gemeindevorstand Beschard der Verfassung Ausdruck, daß luxuriöse Wohnungen im neuen Ausbau zum Armenhause eingerichtet werden könnten. Wie wenig von Luxus die Rede sein kann, zeigen folgende Thatsachen. In einer im oberen Stockwerk des alten Armenhauses belegenen Kämmlerei, welche aus Stube und Küche besteht, haufen sieben erwachsene Personen, nämlich fünf Männer im Alter von 56 bis 81 Jahren und zwei weibliche Personen, die Frau des einen der Insassen und seine 16jährige Tochter, welche in der Fabrik arbeitet. Die Stube ist 4 1/2 Meter lang, ebenso breit und 2,63 Meter hoch, die Küche ist 2,15 Meter breit und 4 1/2 Meter lang. Geheizt wird nicht, da die Gemeinde keine Heizung liefert, die Wände sind infolge der Kälte und schlechten Lüftung mit Schimmel bedeckt. In der Küche, die den Zugang zur Stube bildet, schlafen die beiden Frauen. Ein altes Ehepaar, welches das Armenhaus bewohnt, ist Ende August vorigen Jahres ermordet worden. Die Gemeinde hatte sich geweigert, zur Beerdigung einen Zuschuß zu geben, so kam es, daß das bishigen Mobiliar drei Tage lang auf der Straße lag, bis es in einem Stall untergebracht wurde. Am 1. Oktober erhielten die alten Leute das oben beschriebene Quartier im Armenhause. Eine aus elf Köpfen bestehende Familie, welche das Armenhaus schon früher bewohnte, war aus diesem Asyl entfernt worden, und der Vater der Familie hatte eine Anklage zu bestehen, weil er kein Obdach für sich und die Seinen beschafft haben sollte. Er mußte aber freigeprochen werden, weil er nachweisen konnte, daß niemand am Ort ihm eine Wohnung vermitteln wollte. Hierauf mußte die Familie wieder im Armenhause aufgenommen werden.

Aus Zehlendorf berichtet man uns: Die Gemeindevertretung von Zehlendorf hatte voriges Jahr beschlossen, die neue höhere Lehrerschule südlich der Wannseebahn zu erbauen. Schwere Kämpfe waren diesem Beschluß vorausgegangen. Jetzt wird bekannt, daß die Partei, die für den Bau nördlich der Bahn eingetreten war, es durchsetzen will, daß doch ein Grundstück an der Kordseite, und zwar neben dem Elektrizitätswerk, gekauft werde. Man will an dieser Stelle die Schule errichten, um lästigen Scherezeilen mit Eigentümern, die sich durch das Werk in der Nachtruhe gestört fühlen könnten, aus dem Wege zu geben. Ob dies Motiv wirklich das allein maßgebende war? Dadurch, daß die Angelegenheit vorige Woche in nichtöffentlicher Sitzung von der Gemeindevertretung behandelt wurde, ist allerhand Vermutungen Nahrung gegeben.

Der Gemeinde-Etat balanciert mit 626 612 M.; es ist gegen das Vorjahr eine Erhöhung um 251 922 M. eingetreten. Während für das Gymnasium 150 000 M., für die Mädchenschule 50 000 M. angelegt sind, mangelt das Armenhaus nicht im Etat, obgleich ein Gemeindevorsteher das jetzige Gebäude als ein für die Gemeinde unwürdiges bezeichnet hat. Die erhöhten Ausgaben sollen durch eine Anleihe in Höhe von 200 000 M. gedeckt werden.

Das Millionendorf. Während noch vor drei Jahren von den männlichen Haushaltungsvorständen Schöneberg nur eine Person als Summe aller direkten Steuer mehr als 20 000 M. zahlte, haben jetzt zwei Personen einen solchen Steuerbetrag zu entrichten, und zwar die eine Person als höchsten Betrag etwas über 42 000 M. und die andre Person als zweithöchsten Betrag etwas mehr als 27 000 M. In beiden Fällen sind die Steuerzahler Gutsbesitzer. 15 000 bis 20 000 M. Steuer zahlen zwei Personen (Gutsbesitzer) und 10 000 bis 15 000 M. vier Personen (ein Rittergutsbesitzer, ein Gutsbesitzer, ein Arzt und ein Rentier); 8 000 bis 9 000 M. zahlen drei Personen (ein Geh. Kanzleirat und zwei Kaufleute), 6 000 bis 7 000 M. ein Brauereimeister. Mit 5 000 bis 6 000 M. sind drei Personen vorhanden (ein Landgerichtsrat, ein Kaufmann und ein Brauereimeister), während ein Betrag von 4 000 bis 5 000 M. von sieben Personen entrichtet wird (von einem Brauereidirektor, zwei Kaufleuten, einem Rentier, einem Schriftführerbesitzer, einem Zimmermeister und einem Civilingenieur). Im Ganzen zahlen also 22 männliche Personen mehr als 4 000 M. Steuern; vor drei Jahren waren nur neun solcher Steuerzahler vorhanden.

Gerichts-Beifung.

Die Polen germanisiert wird. Bereits gestern haben wir mitgeteilt, daß in dem polnischen Schulprozeß der der Verleumdung des Lehrers Kühn angeklagte Gemeindevorsteher Osminas aus Organon freigesprochen. Aus der Verhandlung wollen wir einige Einzelheiten hervorheben:

Er — der Lehrer — habe anfänglich einen sehr schweren Stand gehabt und sei genötigt gewesen, körperliche Züchtigungen vorzunehmen. Er besitze auch einen fingerdicken Stock. Er habe wohl auch einige Male Kinder auf die Nase geschlagen, so daß diese blutete, das Züchtigungsrecht habe er aber niemals überschritten. Er erinnere sich nicht, mit dem Stock oder mit der Faust die Kinder auf den Kopf geschlagen zu haben, auch nicht, daß er dieselben an die Schiefertafel oder an die Wand gestossen habe. Seit dem 1. April 1901 sei er der einzige Lehrer in Organon und habe 167 Kinder zu unterrichten. Er habe sich derartig in seinem Amte angestrengt, daß er schwer erkrankte und sich einer Operation unterziehen mußte.

Vert.: Ist es richtig, daß Sie behauptet haben, der Angeklagte habe Sie bloß verdrängen wollen, weil er ein sanftmütiger Pole ist und Sie als Deutscher der polnischen Propaganda entgegengetreten sind. — Zeuge: Davon ist mir nichts bekannt. — Vert.: Sie haben dies aber bei Ihrer Vernehmung in Lubitsch in Protokoll gegeben. — Vert.: Das ist richtig. — Zeuge: Es ist mir allerdings erinnerlich, daß mir so etwas mitgeteilt worden ist. — Vert.: Aber irgend eine Unterlage haben Sie dafür nicht. — Zeuge: Nein.

Danach wird die elfjährige Michalska, ein kleines schwächliches Mädchen, als Zeugin in den Saal geführt. Diese bekundet durch Vermittlung des Dolmetschers: Sie habe einmal nicht gut rechnen können; da habe sie der Lehrer Kühn 12 mal mit der Faust ins Gesicht geschlagen, so daß sie heftig geblutet habe. Außerdem habe er sie von hinten am Kopf gefaßt und sie in so heftiger Weise gegen die Schiefertafel geschlagen, daß sie heftige Kopfschmerzen hatte und zwei Tage lang zu Bett liegen mußte.

Die zwölfjährige Bonislawa Rucinska bestätigt vollinhaltlich die Aussagen ihrer Mitschülerin. Die elfjährige Josepha Sitarek bekundet mittels Dolmetschers: Sie habe einmal nicht rechnen können; da habe sie der Lehrer Kühn mit der geballten Faust, auf der ein dicker Ring war, heftig auf den Kopf geschlagen und sie mehrfach gehohlet. Außerdem habe der Lehrer Kühn ihr die Schiefertafel derartig an den Kopf geschlagen, daß dieselbe in Stücke zerbrach. Daraufhin zerbrach der Lehrer auch noch den Schiefertafel. Sie habe geblutet und heftige Kopfschmerzen gehabt. Lehrer Kühn giebt auf Befragen des Vorsitzenden zu, daß er, da er verheiratet sei, den Krauring trage, die von dem Kinde bekundete Verletzung sei aber jedenfalls sehr abvertiebt. — Die 14-jährige Wanda Waskiewicz bekundet ebenfalls mittels Dolmetschers: Lehrer Kühn habe sie, da sie im Gedächtnisunterricht nicht zu antworten wußte, heftig mit dem Stock auf die Hand und mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Sie habe derartig geblutet, daß sie sich auf Befehl des Lehrers das Blut an einem Brunnen auf dem Schulhofe abwuschen mußte. Lehrer Kühn, der zwei Stöße befaß, habe diese, sobald der Schulinspektor kam, verhehrt. — Der 10-jährige

Stanislaus Gwitt spricht zunächst deutsch, sehr bald muß aber auch bei diesem der Dolmetscher helfend eingreifen. Dieser Knabe bekundet: Er habe einmal in der Rechenstunde ungenügende Antwort gegeben, deshalb sei er von dem Lehrer Kühn mit der Faust ins Gesicht geschlagen worden, so daß ihm die Nase blutete. Wobaus habe ihn der Lehrer mit dem Kopf an die Schiefertafel geschlagen.

Trotz dieser von der Kinder bekundeten haarsträubenden Züchtigungen kam der Gerichtshof zu dem Ergebnis, daß Kühn das Züchtigungsrecht nicht überschritten habe. Die Freisprechung des Gemeindevorstehers erfolgte, weil er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe.

Bemerkenswert sei noch, daß der Kreis-Schulinspektor Kempf-Parzsch in der Befundung abgab, daß der Lehrer Kühn die Kinder nur in unerheblicher Weise geprügelt habe.

Eine nette Pflanze. Die phantastischen Märchen eines „verschwandenen Mädchens“ beschäftigen gestern die erste Strafkammer des Landgerichts in einer gegen den Bürger August Doliwa gerichteten Anklage wegen Sittlichkeitsverbrechen. Im Frühjahr vorigen Jahres verschwand das 11-jährige Schulmädchen Frida Fliegner aus der Wallfadenstraße. Alle Nachforschungen nach dem Mädchen blieben erfolglos, und es tauchte schließlich das Gerücht auf, daß das Mädchen erschlagen und dann in einer Laubkolonie in der Peterburger Straße vergraben worden sei. Das Gerücht verdichtete sich so, daß die Polizei seiner Zeit auf dem Gebiet der Laubkolonie nach Grabungen anstellen ließ, die aber auch erfolglos blieben. Das Mädchen blieb fast acht Monate verschwunden, bis im Dezember die Eltern von ihrem Vorfahre Kunde erhielten. Das Mädchen befand sich unter dem Namen Elise Hofmann bei einem Einwohner von Mühlberg in Waisenpflege. Die dortige Polizei hatte durch eine Vernehmung des Mädchens, daß es aus der Wallfadenstraße in Berlin stamme, den Verdacht geschöpft, daß das Kind mit der verschwundenen Frida Fliegner identisch sei. Als der herbeigeeilte Vater diesen Verdacht noch bestätigte und sein Kind in die Arme schließen wollte, wurde das Mädchen dreifach und erklärte lateinisch: „Ja, kenne Sie wohl, Sie sind Herr Fliegner aus der Wallfadenstraße, Sie sind aber nicht mein Vater!“ Es bedurfte erst stundenlangem Ueberredung, um das Mädchen zu bewegen, die Kommode aufzugeben und dem Vater nach Berlin zu folgen. Hier wurde sie ins Gebet genommen und gab über ihren Verbleib folgende Mittheilungen: Am 18. Mai sei sie aus Furcht vor Strafe wegen einer von ihr begangenen kleinen Unterschlagung in Höhe von 2 M. aus der elterlichen Wohnung weggegangen und habe sich planlos in den Straßen umhergetrieben. Da habe sie ein unbekannter Mann zu ihr gestellt und habe sie zu einer Frau in der Mühlbergstraße gebracht, wo sie über vier Monate geblieben sei. Dann sei sie vorübergehend nach dem Waisenhause gebracht worden. Eines Tages habe sie denselben Mann auf der Straße aufgegriffen und abwärts zu der Frau gebracht, sie wäre dann von beiden mit auf die Reise genommen worden und habe in einem Schauspielers-Wohnungen die Tour einer Schauspielergesellschaft durch die Provinz mitgemacht. Als sie eines Tages kurz vor Mühlberg sich von dem Wagen etwas entfernt gehabt habe, sei dieser bei ihrer Rückkehr verschwunden gewesen und sie habe nun hilflos allein dagestanden. Schließlich sei sie von der Polizei aufgegriffen und, da sie erklärte, elternlos zu sein, durch die Waisenverwaltung dem Pfleger in Mühlberg überwiesen worden. Die Polizei machte nun alle Anstrengungen, um die angeblich in der Köpenickerstraße wohnende Frauenderson, die offenbar eine Supplentin sein mußte, zu ermitteln. Das Mädchen hatte ein ganz bestimmtes Haus angegeben, in welchem die Frau hinten auf dem Hof drei Treppen wohnen sollte. Als sie aber dort hin geführt wurde, ergab sich die völlige Falschheit dieser Behauptung. Das Mädchen änderte dann seine Angaben und behauptete, daß das betreffende Haus einer Feuerwache gegenüber gelegen sei, aber auch nach dieser Richtung hin blieben alle Recherchen ohne jegliches Ergebnis. Da ein elfjähriges Berliner Mädchen, welches monatelang in einer Wohnung sich aufgehalten haben wollte, das betreffende Haus nicht wieder finden sollte, war schon an sich indenkbar. Weitere Nachforschungen ergaben dann, daß das Mädchen die ganze phantastische Geschichte von dem Aufenthalt in der Köpenickerstraße und seinem abenteuerlichen Zuge im Wohnwagen der Schauspielersgruppe frei erfunden hatte. Thatsächlich hatte sich das Mädchen aus Furcht vor Strafe aus dem elterlichen Hause entfernt, hat es verstanden, diese Tage sein Leben im Wagnis zu fristen, ist dann aufgegriffen und der Waisenverwaltung zugeführt und als angeblich elternlos Elise Hofmann dem Pfleger übergeben worden. Man nahm sie nun energisch ins Verhör, ob sich während der Zeit ihrer Wagnisbondage jemand an ihr vergangen habe und da riefte sie denn mit der Beschuldigung heraus, daß noch vor ihrer Entfernung aus dem elterlichen Hause der Angeklagte, bei dem sie öfter kleine Bestellungen auszurufen hatte, ihr wiederholt Gewalt angethan habe. Sie blieb auf eindringliches Vorhalten unentwegt bei dieser Beschuldigung, die dadurch eine gewisse Verstärkung erhielt, daß der Angeklagte einmal so leichtsinnig gewesen ist, das Kind auf seine Witten zu begleiten, als es sich eine Puppe kaufen wollte. Der Angeklagte wurde am 20. Dezember in Haft genommen und seine Chauven standen im geringen Termin ziemlich schlecht, da die Richter der kleinen Verlastungsgegenstände dieser ein glänzendes Zeugnis gaben und sie als ein ungewöhnlich begabtes Mädchen, das sich nie als verlorne gezeigt habe, schilderten. Schließlich gelang es dem Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Tadmänn durch erstens, väterliches Einreden auf das Mädchen die Situation zu klären, nachdem Rechtsanwalt Dr. Schöps schon erhebliche Widersprüche in den Aussagen des Mädchens festgestellt hatte. Es ergab sich, daß das Mädchen auch diese Beschuldigung ihrer lebhaften Phantasie entnommen hatte. Der Staatsanwalt beantragte die Freisprechung, Rechtsanwalt Dr. Schöps hielt es für geboten, bei der ganzen Sachlage auch die Kosten des Verteidigers der Staatskasse zur Last zu legen. Der Gerichtshof vermochte nicht so weit zu gehen, da sich der Angeklagte immerhin in einen gewissen Verdacht selbst gebracht hatte; er sprach ihn aber frei und ordnete seine sofortige Haftentlassung an.

Der Meineidsprozeß gegen den früheren Bankier und Hausbesitzer Eduard Wertens in Potsdam hat vor dem dortigen Schwurgericht jetzt stattgefunden. Der Vorfall wurde durch Fragen an den Angeklagten zunächst festzustellen, wie es mit dessen angeblicher Gedächtniswache beschaffen sei. Wertens gab nun an, daß er den Tag seiner Geburt nicht mehr genau wisse. Er sei aber im Juni 1841 geboren. Vorbestraft wurde er wegen Falschmünz, Verwöhnung, Diebstahl, Urkundenfälschung usw. Jetzt wird er beschuldigt, am 21. September v. J. einen Offenbarungseid wesentlich falsch geleistet zu haben. Außerdem soll er es im Dezember versucht haben, die Witwe des Rotenmeisters Limarz in Potsdam zum Meineid zu verleiten. Am 28. September, also wenige Tage nach der Ableistung des Offenbarungseides, zahlte er in einem Zwangsversteigerungs-Termin Wertens 1000 M. Pfennig, indem er eine von ihm früher nicht angegebene Witwe verkaufte. Diese wollte er von der Witwe Limarz gesehen haben, die er wiederholt bestärkte, seine Wohnung zu besichtigen. — Zwei Kerle erklärten Wertens für einen geschickten Simulanten, der das vergesse, was ihm nicht passe. Die Geschworenen erachteten Wertens des sohöflichen Meineids und der verübten Verleitung zum Meineid für schuldig. Als Wertens ihren Spruch hörte, schrie er laut auf. Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Zuchthaus. Der Gerichtshof erkannte auf 2 Jahre Zuchthaus.

Schriften-Eingang.

Dresdener Schulprozeß vor der 2. Strafkammer des Landgerichts zu Gießen. Verlag System Verlag, Gießen. 170 Seiten.
Die Arbeiterkraft und die Mittelklasse. Ein Vortrag von Otto Lang. Mit einem Nachwort von Dr. S. Adler. 10 Seiten. Wien. Volksbuchhandlung (Janaus Brand).
Was haben die Armen dem Christentum zu verdanken? Von Dr. Eugen Lohmeyer. Preis 20 Pf. Berlin. Expedition der Buchhandlung Bornhörs.